Einzelpreis 15 Pfennig

Volksstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volksstimme erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse 6264 bis 6267. — Postzeitungsliste Seite 210. — Bezugspreis der Zeitung: Monatlich 2.00 Mark, Abholer 1.80 Mark, Einzelpreis 15 Pfg., Sonntags 20 Pfg.

Anzeigenpreise: Die 10gespaltene 27 mm breite Nonpareillezeile örtlich 25 Pfg., auswärts 30 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche 15 Pfg., Vereinskalender 50 Pfg., die 3gespaltene 90 mm breite Reklamezeile 1.50 Mark. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Text 33⅓% Aufschlag. Für Platzvorschrift keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postscheckkonto 122 Magdeburg.

Nr. 69 — Magdeburg, Mittwoch den 23. März 1927 — 38. Jahrgang

Stresemann vor dem Reichstag

Berlin, 22. März. Reichsaußenminister Stresemann hielt sich bei seiner Rede eng an das Manuskript, ganz entgegen seiner sonstigen Gewohnheit, frei zu sprechen. Die Rede wurd mit Aufmerksamkeit aufgenommen. Das Haus wies starke Lücken auf. Die Regierungsbank war mit dem Reichskanzler und dem Reichsjustizminister besetzt.

Stresemann selbst wurde während der Vorlesung nur wenige Male durch Zwischenrufe unterbrochen. Auch die Kommunisten hielten sich stark zurück.

Am Schlusse der Rede ertönte Beifall auf den Bänken der Regierungsparteien.

Nach Stresemann ergriff der Abgeordnete Breitscheid (Soz.) als erster Debatteredner das Wort. Er stellte fest, daß der Reichsaußenminister des Bürgerblockkabinetts heute dieselbe Politik vertreten habe, die man jahrelang den Sozialdemokraten zum Vorwurf gemacht habe. —

Reichstagsbericht

T. U. Berlin, 22. März. In der heutigen Reichstagssitzung, die um 1 Uhr eröffnet wurde, nahm zum Punkt „Haushalt des Auswärtigen Amtes" sofort nach dem Berichterstatter Hoetzsch (dt.-natl.) das Wort:

Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann

Zunächst beschäftigte er sich mit dem Haushalt des Auswärtigen Amtes. Dieser Haushalt, so erklärt der Minister, spiele im Rahmen des Gesamthaushalts nur eine sehr bescheidene Rolle. Im vorigen Jahre machte der Gesamtetat des Auswärtigen Amtes 55 Millionen Mark aus, diesmal sind es 4 Millionen Mark mehr. Festzustellen ist eine erfreuliche Verminderung der Einnahmen, nämlich der Paßgebühren um 1 Million Mark. Der Rückgang ist zurückzuführen auf die Tendenz des Abbaues der Paßgebühren. Es würde mich freuen, wenn ich Ihnen einmal einen Etat vorlegen könnte, aus dem die Einnahmen aus den Paßgebühren überhaupt verschwunden sind. Denn es ist eine der unerwünschtesten Erscheinungen, daß wir den Verkehr zwischen den einzelnen Ländern durch Paßgebühren erschweren, statt ihn zu fördern. (Beifall.)

Wir sehen in der gesamten Notlage Entwicklungen, die uns zwingen, bei unsern außenpolitischen Erwägungen mehr und mehr auch die Faktoren zu berücksichtigen, die außerhalb unsrer eignen auswärtigen Beziehungen liegen. Diese Entwicklungen gehen nicht von den Problemen aus, die uns unmittelbar interessieren, sie stehen mit ihnen in keinem unmittelbaren Zusammenhang, aber es wird zu berücksichtigen sein, daß sie eine mehr oder weniger große Rückwirkung auch auf diese Probleme ausüben können. Dabei denke ich an

drei internationale Fragenkomplexe

Wir sehen einmal hochbedeutsame Vorgänge, die sich im fernsten Osten abspielen. Wir sind ferner Zeuge von ernsten Auseinandersetzungen zwischen zwei großen Ländern, deren Politik für Deutschland von unmittelbarer Bedeutung ist. Dazu kommen in den letzten Tagen überraschende Nachrichten, die darauf hindeuten, daß auch die in der Lage auf dem Balkan zusammenhängenden internationalen Beziehungen Momente der Unsicherheit aufweisen.

Man wird guttun, von den alarmierenden Meldungen, mit denen zunächst über die letztern Vorgänge berichtet wurde, viel abzustreichen. Soweit sich die Dinge bisher von Deutschland aus übersehen lassen, glaube ich nicht, daß irgendwelche akute Gefahr besteht. Ich glaube das insbesondere aus den Mitteilungen schließen zu können, die in der Presse bereits bekanntgegeben wurden und die die italienische Regierung uns in diesen Tagen zugehen ließ.

Der Wille, Europa vor jeder Kriegsgefahr zu bewahren, hat in allen Ländern so stark Wurzeln geschlagen, daß ein Friedensbruch der Weltverurteilung verfallen würde.

Von einer endgültigen Konsolidierung der allgemeinen internationalen Lage sind wir allerdings noch weit entfernt. Wir müssen deshalb auch diejenigen Vorgänge mit ernstester Aufmerksamkeit verfolgen, die unsre eignen Aufgaben zunächst nicht zu berühren scheinen.

Die außenpolitische Lage Deutschlands

hat sich in den letzten Jahren weitgehend geklärt. Wir haben nur das eine große Interesse, daß die Entwicklung nicht unterbrochen und die Bemühungen um die Herbeiführung einer internationalen Zusammenarbeit nicht gestört werden. Für Deutschland kommt eine Politik der Sonderbündnisse nicht in Betracht, sondern nur eine Politik, die den Gedanken der Verständigung und des Ausgleichs widerstreitender Interessen fördert.

Unser Weg ist gekennzeichnet durch die Verträge von Locarno, den Eintritt in den Völkerbund und den Berliner Vertrag. Es versteht sich von selbst, daß wir uns in dieser Situation von jeder unnötigen Einmischung fernzuhalten haben. Sobald Deutschland aber zu einer Mitwirkung berufen sein sollte, kann sein Bemühen nur darauf gerichtet sein, zur Beseitigung der Spannungen beizutragen.

Der Minister erklärt, daß er sich angesichts der gegenwärtigen Lage auf diese allgemeinen Bemerkungen beschränken wolle. Zu seiner Ueberraschung hätten einige russische Zeitungen plötzlich wieder die Frage aufgerollt, ob Deutschland bei Verwicklungen in östlichen Ländern den Truppen von westlichen Mächten

den Durchmarsch zu gestatten

habe. Für die Frage des Durchmarschrechts komme ausschließlich Artikel 16 der Völkerbundssatzung nach Maßgabe der Locarno-Vereinbarungen in Betracht. Weitere Abmachungen über diese Frage beständen nicht.

Auch der Sowjetregierung sei der ganze hiermit zusammenhängende Fragenkomplex bekannt. Es sei deshalb erstaunlich, daß russische Blätter es für angebracht halten, die Wahrheit und Vollständigkeit der offiziellen deutschen Erklärungen in Zweifel zu ziehen. Zu neuen Erklärungen liege kein Anlaß vor.

Der Minister geht dann zu den deutschen Fragen über und verweist auf

die zwei Tagungen des Völkerbundsrats,

an denen Deutschland teilgenommen hat. Die Ergebnisse dieser Tagungen umfaßten die Reglung des Investigationsprotokolls, die Aufhebung der Militärkontrolle, den für spätestens Juni vorgesehenen Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet und der Errichtung des dortigen Bahnschutzes sowie Fragen der deutschen Minderheitsschule. Die Tagungen im Völkerbundsrat haben einen neuen Beweis dafür erbracht, wie richtig der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund war. Wir sehen unsre Mitgliedschaft keineswegs nur als ein aus opportunistischen Gründen gewähltes Mittel an, um unsre Sonderinteressen zu fördern. Die Deutschland berührenden Fragen stehen aber auch im Völkerbund in der vordersten Reihe.

Gewiß ist es nicht in allen Fragen gelungen, den deutschen Standpunkt restlos zur Geltung zu bringen, und es wären Kompromisse notwendig.

Wir stehen vor der Tatsache, daß wir uns von der Erfüllung unsers Wunsches, alsbaldige Räumung des Rheinlandes, eher entfernt haben. Die Ursachen liegen außerhalb, nicht innerhalb Deutschlands. Angesichts des augenblicklichen Standes der Dinge ist es aber ratsam, die weitere Entwicklung ohne Ungeduld abzuwarten. Das ist nicht gleichzusetzen mit dem Gedanken an Resignation seitens der Regierung. Auch im Abwarten kann ein Moment enthalten sein, das die weitere Entwicklung in unserm Sinne fördert.

Die alsbaldige Räumung des Rheinlandes

kann ohne den guten Willen der andern beteiligten Mächte schwer erreicht werden. Es wird und muß auch dem Ausland die Erkenntnis reifen, daß das, was wir erstreben, nicht eine bloße Vergünstigung für Deutschland ist. Es gibt in dieser Forderung keine Differenzierungen unter den deutschen Parteien. Sie ist eine Forderung des gesamten Volkes. Von der Volksvertretung und der öffentlichen Meinung erbitten wir das Vertrauen, der Regierung die Entscheidung darüber zu überlassen, welche Schritte nach dem weitern Verlauf der Dinge zu tun sind. (Beifall.) —

Neuer Femeprozeß

Der Berliner Fememordprozeß ist noch nicht beendet, da wird die Oeffentlichkeit wieder durch die gerichtliche Erörterung einer andern Feme-Schandtat in Aufregung gehalten.

Am Dienstag begann vor dem Schwurgericht in Gießen der große, auf 6 bis 8 Tage Dauer berechnete Prozeß gegen den Kaufmann Ernst Kasimir Schwing, 29 Jahre alt, von Frankfurt a. M., zurzeit in Untersuchungshaft, gegen den Bankbeamten und Leutnant a. D. Ernst v. Salomon, 25 Jahre alt, von Kiel, zurzeit im Landgerichtsgefängnis Gießen, und gegen den Oberleutnant a. D. und Schriftleiter Friedrich Wilhelm Heinz, 28 Jahre alt, von Frankfurt am Main, zuletzt in Magdeburg wohnhaft, wo er Hauptschriftleiter des Stahlhelm-Bundesorgans war.

Schwing und v. Salomon werden beschuldigt, in der Nacht vom 4. zum 5. März 1922 in Bad Nauheim, in Gemeinschaft mit dem erschossenen Rathenau-Mörder, dem Oberleutnant zur See a. D. Erwin Kern, den Entschluß durch vorsätzliche und mit Ueberlegung unternommene Handlungen ins Werk gesetzt zu haben, den Oberleutnant a. D. Erwin Wagner zu töten.

Heinz ist angeklagt, durch Versprechen, Drohungen und Mißbrauch seines Ansehens die beiden Täter zum Mordanschlag bestimmt zu haben.

Die Vorgeschichte.

Ende Januar 1922 wurde der Oberleutnant Ditmar aus dem Gefängnis in Naumburg befreit. Dabei wirkten der Oberleutnant Erwin Wagner aus Naumburg, der in Bad Nauheim das Opfer des Mordanschlags wurde, und der Oberleutnant zur See a. D. Erwin Kern in besonderem Maße mit. Es ist charakteristisch für die edle „Kameradschaft" jener „Nationalisten", daß Kern dann seinen Helfershelfer bei der Befreiungsaktion in Naumburg mit seinen Frankfurter und Bad Nauheimer Spießgesellen ermorden wollte.

Kern hat einige Monate später den Reichsminister Rathenau ermordet und hat sich dann im Juli 1922 auf der Burg Saaleck, als kein Entkommen mehr möglich war, zusammen mit Fischer erschossen. Die „Vaterländischen" schmücken noch heute das Grab.

Wagner, der bei Ditmars Entweichung das Auto geführt hatte, wandte sich auf der Flucht nach Frankfurt am Main, geriet aber dort, da er mittellos war, in große Not. Er trat deshalb dort an den Major Becher heran, mit dem er von früher her befreundet war, und bat ihn um Unterkunft und Unterstützung. Beide, Becher wie Wagner, gehörten der Organisation Escherich an, deren Leiter Becher in Frankfurt war. Die erbetene Hilfe wurde Wagner geboten. Aber schon sehr bald tauchten in den Kreisen dieser Menschen allerlei falsche Gerüchte auf. Es wurde behauptet, Wagner wolle Ditmars Aufenthalt und den der andern Beteiligten verraten. Weiter wurde gezischelt, Wagner schreibe Erpresserbriefe, drohe mit Anzeige, er stünde in französischen Diensten.

Die Angeklagten Heinz und Salomon wollen diese Gerüchte, die erfunden und falsch waren, für wahr gehalten haben. In diesem nationalistischen Abenteurermilieu traute keiner dem andern.

Das Mordprogramm.

Der Mordplan beschäftigte längere Zeit die Angeklagten Heinz und von Salomon, der geständig ist. Namentlich Heinz, der Stahlhelmredakteur, drängte auf eine rasche „Beseitigung des Erpressers". Schwing, der eine Führerrolle in der Bad Nauheimer Ortsgruppe nationalgesinnter Soldaten hatte — ebenso wie Heinz, der, bevor er in Magdeburg Stahlhelmredakteur wurde, eine ebensolche Funktion in Frankfurt ausübte — Schwing also, der von Heinz für den Plan gewonnen worden war, wünschte, daß der Mord in Bad Nauheim ausgeführt werde, da die Gelegenheit in Frankfurt ungünstiger sei. Ernst v. Salomon wandte sich an Kern, der sofort bereit war, sich an der Mordtat zu beteiligen. Wagner mußte nun nach Bad Nauheim gelockt werden. Man lud ihn zu einem „lustigen Ausflug", bei dem man sich köstlich amüsieren wolle, in das schöne Taunusbad ein. Das Geld für die Freihaltung Wagners stiftete Kern. Am 4. März, zwei Tage nach der zwischen Schwing und Heinz getroffenen Vereinbarung, besuchte v. Salomon den Schwing in Bad Nauheim und kündigte das etwas spätere Eintreffen von Kern und Wagner an. Beide streiften nun durch Nauheim, gingen durch den Kurpark zum Teich, um die günstigste Mordstelle auszusuchen, wohl auch, um die Wassertiefe festzustellen. Kern und Wagner kamen mit dem nächsten Zuge.

Und nun handelten die Mordgesellen dem aufgestellten Programm gemäß. Schwing ging heim, v. Salomon aber begab sich zum Bahnhof, um Kern und Wagner abzuholen.

Neue Hakenkreuz-Ueberfälle in Berlin

Berlin, 22. März. (Eigner Drahtbericht.) Heute nacht kam es im Westen Berlins zu erneuten schweren Zusammenstößen zwischen Links- und Rechtsradikalen. Am Wilhelmsplatz stieß ein Trupp Nationalsozialisten, von einer Versammlung kommend, auf eine größere Menge Kommunisten. Im Nu entstand eine große Schlägerei, die so lange dauerte, bis ein größeres Polizeiaufgebot am Platz erschien und die Kämpfenden trennte.

Eine Person wurde schwer, mehrere andre leichter verletzt. Auf die Wache gebracht wurden einige Rädelsführer.

Der Kampf in der Sonntagnacht auf dem Bahnhof Lichterfelde Ost ist mittlerweile von der Polizei völlig aufgeklärt worden. Wie einwandfrei feststeht, sind die Nationalsozialisten die Angreifer gewesen. Gegen die verhafteten sechs Nationalsozialisten ist ein Verfahren wegen Landfriedensbruchs eingeleitet worden.

Die Polizei geht jetzt schärfer gegen die rechtsradikalen Ruhestörer vor. Gestern abend drangen Kriminalbeamte in eine Versammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ein und durchsuchten sämtliche Teilnehmer nach Waffen. Man fand u. a. zwei Revolver, mehrere Dolche, Gummiknüppel usw.

Eroberung Berlins?

Vor wenigen Wochen hielt der Stahlhelmführer Seldte eine Rede, in der er ankündigte, der Stahlhelm werde im Laufe des Jahres ausziehen, um Berlin zu erobern und werde, wenn er erst einmal in Berlin sei, sich nicht wieder verdrängen lassen. Die Ueberfälle der Nationalsozialisten am Sonntag, die sich am nächsten Tage wiederholten, bringen diesen Ausspruch Seldtes wieder in Erinnerung. Sind die Hakenkreuzler der Vortrupp des Stahlhelms? Soll durch fortgesetzte Provokation der republikanischen Bevölkerung Berlins der Kampfboden für den Stahlhelm vorbereitet werden, der in letzter Zeit so stark nach rechts rückte, daß er kaum noch von den Hakenkreuzlern zu unterscheiden ist?

Da werden die Stahlhelmer sich mächtig verrechnen! —

Nach deren Eintreffen begaben sich alle drei in verschiedene Lokale, es wurde gut gegessen, Wein und Sekt getrunken und von Salomon wurde mit dem Gelde, das Kern hergegeben hatte, die Zeche bezahlt. Es war inzwischen 10 Uhr geworden. Nun eilte Kern zu Schwing in dessen Zimmer, stellte sich ihm vor und drängte zu rascher Tat. Wagner sei ein „Vieh", „Verrat und Erpressung müßten unbedingt verhindert werden". Ein Gericht oder eine Polizei gäbe es für sie nicht. Schwing müsse beim Spaziergang zum Teiche die Führung zum Mordplatz übernehmen. Zugleich forderte Kern den Schwing auf, einen schon bereit liegenden schweren Stein im Gewicht von 15 bis 20 Pfund mitzunehmen. Bis 12 Uhr nachts wurde inzwischen mit Wagner gezecht. Um 12 Uhr nachts brachen die Mordbuben mit ihrem arglosen Opfer auf. Es war dunkel, etwas Regen rieselte herab. Die Gruppe zog zum Teiche.

Verzweiflungskampf des Opfers.

Kern und Salomon fielen hier über Wagner her und schlugen ihn mit stumpfen Werkzeugen fortgesetzt in die Schläfengegend. Ein wilder Kampf hub an. Wagner, ein kräftiger Mensch, kämpfte verzweifelt um sein Leben. Bald blutete er am Kopf, aus dem Munde, an den Händen, Zähne wurden ihm eingeschlagen, ein Finger zerbrochen. Wiederholt kam Wagner in diesem Kampfe, den er einen entsetzlichen nannte, zu Fall. Schließlich unterlag er und suchte den letzten Ausweg darin, daß er sich tot stellte.

Kern forderte nun den Schwing auf, den Stein im Mantel des scheinbar Erschlagenen zu befestigen. Das geschah.

Die Mordbuben stahlen die Brieftasche des Opfers mit 3000 Mark Inhalt,

schleiften dann den Niedergeschlagenen zum Teich-Geländer und warfen ihn ins Wasser. Der Stein löste sich beim Falle vom Mantel des Wagner, dieser tauchte auf und suchte sich durch Schwimmen zu retten. Kern, der viehische Rohling, gab nunmehr noch drei Revolverschüsse auf Wagner ab, die aber in der Dunkelheit und weil Wagner sofort untertauchte, fehlgingen. Wagner konnte das Ufer gewinnen.

Die Verbrecher glaubten ihn tot und gingen auf Schwings Zimmer, um sich dort zu reinigen. Dem Schwing selbst versagten die Nerven, er setzte sich auf sein Bett und weinte. Kern und von Salomon wanderten dann zu Fuß über Friedberg nach Homburg, um von dort mit der Bahn nach Frankfurt a. M. zu fahren.

Wagner wurde aufgefunden

und ins Krankenhaus in Bad Nauheim gebracht. Er hatte schwere Verletzungen, auch eine schwere Gehirnerschütterung davongetragen. Interessant ist, daß Wagner sich im Krankenhaus den Namen Weidel zulegte und den Sterbenden spielte. Man pflegte ihn, auf Fragen reagierte er nicht, sondern tat als könne er nicht sprechen, und eines Tages war er plötzlich aus dem Krankenhaus verschwunden. Erst vier Jahre später konnte das Opfer der Fememörder in Frankfurt a. M. entdeckt werden; denn der beinahe totgeschlagene Wagner fürchtete nicht nur seine „Freunde", die ihn ins Jenseits befördern wollten, er fürchtete auch zudringliche Fragen des Staatsanwalts über gewisse Zusammenhänge beim Erzberger- und beim Rathenaumord.

Nach dem „Montag-Morgen" spielt in den Gießener Femeprozeß noch ein zweiter Fall hinein. Im Sommer 1925 fand man zwischen Bad Nauheim und Butzbach direkt an der Bahnstrecke die Leiche des ehemaligen Marineoffiziers Tackenberg, der in Nauheim seinen Wohnsitz hatte, Mitglied der Brigade Ehrhardt war und zahlreiche Beziehungen zu rechtsradikalen Kreisen und Organisationen hatte. Da man bei der Leiche noch alle Wertgegenstände fand, wurde Tackenberg als „aus dem Zuge gefallen" deklariert. Aber auch er starb den geschäftigen Nauheimer Herrschaften so sehr gelegen, daß man einen Fememord annimmt und Schwing in Verdacht hat.

V. Salomon ist geständig, dadurch konnte der schändliche Mordplan aufgedeckt und in seinen Einzelheiten klargelegt werden. —

Abstriche an falscher Stelle

Das Reichskabinett befaßte sich am Montag u. a. mit der Balancierung des Etats. Es heißt, daß auch jetzt ein endgültiger Beschluß noch nicht gefaßt wurde. Man plant zunächst, das im Etat vorgesehene Kanalprogramm noch einmal einer genauen Revision zu unterziehen und möglichst starke Streichungen vorzunehmen. Der Ausgleich soll also auf Kosten der Sozialpolitik erfolgen.

Nach der „Täglichen Rundschau" sollen die am Montag geführten interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien über den Ausgleich des Voranschlags zu einer gewissen Verständigung geführt haben, von der am Dienstag noch dem Steuerausschuß des Reichstags Mitteilung gemacht werden soll. Danach hat man sich entschlossen, im Etat eine Reihe von Abstrichen vorzunehmen. Ferner sollen in den Etat nur eingesetzt werden die Ausgaben für eine Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge und für eine Erhöhung der Invalidenrente.

Es handelt sich selbstverständlich auch hierbei, wie es sich für den Bürgerblock geziemt, um gänzlich ungenügende Mittel. Alle andern dringenden Ausgaben, d. h. die Erhöhung der Beamtenbesoldung, die Aufbesserung der Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Berücksichtigung der Liquidationsgeschädigten, sollen nicht im Rahmen des Voranschlags behandelt werden, das heißt mit andern Worten, sie werden zunächst auf die lange Bank geschoben.

Die „Tägliche Rundschau" erklärt hierzu zwar, daß die Regierung eine entschiedene Erklärung in dem Sinn abgeben werde, daß sie die jetzt wegfallenden Ausgaben in der Gestalt eines Nachtragsetats für 1927 anfordern werde, und zwar selbst auf die Gefahr hin, daß eine sofortige Deckung dafür nicht vorhanden sein sollte. Aber was hat die Bürgerblockregierung nicht schon alles erklärt — und was hat sie gehalten?

Im Zusammenhang mit den Absichten des Reichsarbeitsministers, der, wie verlautet, im Verlauf dieser Woche über das Arbeitszeitnotgesetz so oder so eine Entscheidung herbeiführen will, weiß das „Berliner Tageblatt" heute zu melden, daß die Reichsregierung von sich aus an dem ursprünglichen Arbeitszeitnotgesetz Aendrungen vorzunehmen gedenkt, da eine Einigung unter den Regierungsparteien nicht erzielt worden ist. —

Küstriner Abzählvers.

A, B, C, – D, E.
Feme, die tut weh.
Fahlbusch, Büsching, Schulz,
Zerschneiden dir den Puls,
Drücken dir die Kehle zu
Und aus bist du!

Eins, zwei drei, vier, fünf,
Mach dich auf die Strümpf!
Legner, Wilms, Pannier . . . .
Klapproth sucht nach dir,
Trifft er dich hier an,
Dann bist du dran!

Jetzt haltet alle dicht!
Der Fall kommt vors Gericht.
Herr Hahn, der kräht tiptop,
Dann kost't es nicht den Kopp.
Reichswehr war auch dabei
Und ihr seid frei!

Hans Bauer.

Völkische Ueberfälle in Berlin

Zu dem Feuergefecht auf dem Lichterfelder Bahnhof in Berlin, über das wir gestern berichteten, wird berichtigend gemeldet, daß es sich um 250 Nationalsozialisten handelte, die über 25 Rote Frontkämpfer — also mit zehnfacher Uebermacht herfielen. Auf welcher Seite die Angreifer waren, erkennt man auch daraus, daß nur zwei Nationalsozialisten, aber 14 Kommunisten ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Von den drei Schwerverletzten befindet sich einer in Lebensgefahr.

Gegen alle Beteiligten werden Verfahren wegen Landfriedensbruchs eingeleitet, und es ist mit einem Massenprozeß zu rechnen, bei dem weit über hundert Personen sich zu verantworten haben dürften.

Daß die Hakenkreuzler sich selbst in Berlin am Sonntag einen „Großkampftag" schufen, erkennt man aus folgenden Berichten, die wir dem „Vorwärts" entnehmen:

Ein andrer Zusammenstoß ereignete sich in Steglitz. Mehrere Reichsbannerleute aus Zehlendorf hatten an der Fahnenweihe in Tempelhof teilgenommen. Auf der Fahrt von Tempelhof nach Steglitz mußten sie in Steglitz am Rathaus auf den Omnibus der Linie 20 warten. In diesem Augenblick kam ein Trupp von mehreren Hundert Nationalsozialisten vorüber und bot den Reichsbannerleuten Flugblätter an, die sie ablehnten. Darauf rief einer der Hitlerleute: „Hier sind Reichsbannerschweine", worauf einer sofort mit seinem Stock auf den Reichsbannerführer einschlug, ihm das Nasenbein zertrümmerte und eine Schädelverletzung beibrachte. Bemerkenswert war, daß alles dieses sich vor der Polizeiwache Steglitz abspielte. Trotzdem war kein Schupomann zur Stelle.

Ein ähnlicher Ueberfall wurde um ½10 Uhr abends an der Ecke Schloß- und Schildhornstraße in Steglitz auf zwei Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei verübt, die sich in Zivilkleidung befanden und nur das Parteiabzeichen trugen. Mit dem Rufe „Judenknechte" drangen etwa 25 bis 30 Hakenkreuzler mit Stöcken und Schlagringen auf beide ein, bis sie blutüberströmt zusammenbrachen. Bewohner eines Hauses nahmen die Bedrängten bei sich auf, um sie vor weitern Tätlichkeiten der völkischen Rowdys zu schützen. Als Polizeibeamte einschritten, waren die Täter entkommen. Die Verletzten, von denen einer schwere Gesichts- und Schädelverletzungen erlitten hatte, wurden von Polizeibeamten zur nächsten Rettungsstelle geschafft, wo ihnen Notverbände angelegt wurden.

Am Wittenbergplatz und an der Gedächtniskirche kam es zu Schlägereien zwischen Hakenkreuzlern und Straßenpassanten. Es handelte sich um völkische Teilnehmer eines Zuges, der von Lichterfelde über Wilmersdorf nach Charlottenburg marschierte. Wo die völkischen Lausbuben nur eine Gelegenheit zu Anrempelungen von Straßenpassanten zu haben glaubten und wo die Polizei außer Sicht war, übten sie rücksichtslosesten Terror. Drei Rädelsführer der Völkischen wurden verhaftet und der Abteilung Ia zugeführt. —

Schweres Geschütz

Die Entscheidung über das Arbeitszeit-Notgesetz ist von neuem angekündigt. Endlich soll es Ernst werden, d. h. zunächst nur hinter den Kulissen bei den Verhandlungen der Regierungsparteien. Der Reichsarbeitsminister kehrt am Dienstag nach Berlin zurück, und in acht Tagen wird der Regierungsentwurf für das Notgesetz angeblich an den Reichstag gehen.

Der Reichsarbeitsminister will — so oder so — eine Entscheidung erzwingen. Er hat ein Ultimatum gestellt und gedroht, daß der Regierungsentwurf, wenn es zu keiner Einigung der Regierungsparteien komme, bestimmt an das Plenum des Reichstags gehen werde. Daß dann, im offenen Kampfe, die Aussichten auf eine Einigung im Bürgerblock noch geringer sind, liegt auf der Hand.

In letzter Stunde fährt der Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften, Herr Stegerwald, schweres Geschütz auf, um die Rechtsparteien mürbe zu machen. Er erklärte in München in einer beachtenswerten Rede: „Entweder die jetzige Regierungskoalition macht in einer Stunde, in der zwei Millionen Arbeitslose vorhanden sind, ein vernünftiges Arbeitszeit-Notgesetz, oder sie spielt mit ihrer Existenz." Weiter betont Stegerwald, um für Eventualitäten gedeckt zu sein, er habe die jetzige Koalition nicht gewollt, weil er die Außen- und Innenpolitik nicht für ausgereift halte. Diejenigen, die die Koalition erzwungen hätten, müßten jetzt den Nachweis erbringen, daß sie mit ihr nicht die sozialpolitische Reaktion wollten.

Ob Stegerwald mit seiner Salve gegen die Bastion der Notgesetzgegner Erfolg haben wird? Wir glauben es nicht. Gewiß müssen die Rechtsparteien auch auf die in ihrem Lager stehenden Arbeitnehmer-Wähler Rücksicht nehmen, aber sie wissen, daß ja auch das Zentrum an dem Bestand der jetzigen Regierungskoalition nicht uninteressiert ist.

Stegerwald hat in München dem Bürgerblock zugerufen: „Wer regieren will, muß Opfer bringen!" Ein Opfer wird gebracht werden. Das Opfer wird aber nicht der Verzicht des Kapitals, sondern die christliche Arbeiterschaft sein. —

Argentina: Spanische Tänze

Der „Auslandssimmel" des Deutschen: seine Bewunderung alles Fremdländischen, erklärt sich wohl nicht nur aus einem Mangel an Selbstbewußtsein und „nationaler Würde". Vielmehr scheint uns hier eine Gefühlskritik mitzusprechen, die durchaus gesund und gerecht ist. In der Aeußerungen exotischer Kunst spüren wir etwas elementar Sinnliches, Naturwahres, — etwas Gewachsenes, was den Nasen unsers Landes fehlt. Die bürgerliche Kunst Deutschlands (und nicht nur Deutschlands) ist konstruiert und ergrübelt; sie entspricht fast nur noch Anschauungen und nicht mehr Instinkten. Der Ausschluß der breiten Masse von Kunstproduktion und Kunstpflege hat sich hier bitter gerächt: die unverbrauchten Kräfte von Geist und Gemüt, die immer nur aus dem großen Reservoir der Volksseele nachdrängen, sind abgeschlossen und erstickt. Die Kunst ist eine Angelegenheit der Bildung geworden. Und wer von der Bildung ferngehalten wurde, der wurde auch von der Kunst ferngehalten. Nun führt unsre Kunst ein Treibhausdasein in den künstlich angewärmten und gedüngten Bezirken der begüterten Klassen, während der frischwüchsige Acker des Volksempfindens brachliegt. Immer mehr hat man Kunst durch Bildung ersetzt, Impuls durch Spekulation, so daß schließlich etwas Wissenschaftliches dabei herausgekommen ist. Und Wissenschaft ist oft verdammt langweilig. Bei uns muß man durch Mühe und Gedankenarbeit zum künstlerischen Genuß kommen, während der umgekehrte Weg der natürlichere wäre. (Zum Beispiel: der optische Genuß des Regenbogens ging doch wohl der Entdeckung des Spektrums voran, — die Freude am aufwärts strebenden Klang war eher da als das Tonleitersystem.) Was unser Herz bewegt, muß unser Hirn bezahlen: deshalb haben fast nur noch geschulte Denker Verständnis für deutsche Kunst.

Bei fremden, weniger durchzivilisierten Völkern ist die Trennung von Kunst und Volk, die Bildungsphilisterei der Kunstpflege noch nicht so weit fortgeschritten. Um eine akademisch strenge, konstruktivistische Musik zu verstehen, bedarf es gründlicher Vorbildung, — eine italienische Arie oder ein russisches Volkslied gehen den Sinnen aller empfänglichen Menschen glatt ein und werden von da aus schon ihren Weg zu Hirn und Herz finden. Bei unsrer gedrungten Philosophie, bei der aus ganz individuellen geistigen Anlagen konstruierten Choreographie muß man mühsame Gedankenarbeit leisten, bis man hinter den Sinn der Geschichte kommt, — ein spanischer Bolero reißt den Volksschlag rhythmisch mit und entspricht den multiplizierten tänzerischen Empfindungen eines ganzen Volkes. So kommt es, daß uns die unverbildeten, geistig schlichten, aber wesentlichen Aeußerungen fremdländischer Kunst — fast wider Willen — gewaltig imponieren, weil sie eben das haben, was den unsern fehlt, nämlich: Tragfähigkeit des Gedankens und nationales Temperament. Der „Auslandssimmel" des Deutschen ist viel weniger Blasiertheit als Sehnsucht.

Aus all diesen eben erwähnten Gründen wurde das Gastspiel der spanischen Tänzerin La Argentina zu einem Erlebnis. Die „National-Festsäle" waren zwar nur schlecht besucht, aber die Begeisterung des Publikums kannte keine Grenzen. Vom ersten Schritte der Tänzerin an war man ganz im Banne dieser temperamentvollen, sinnlich-heißen Kunst. Wenn eine deutsche Tänzerin irgendwo gastiert, dann sieht man meist eben Fräulein Isolde Maier oder Annemarie Soundso, — mit der Argentina aber war Spanien zu uns gekommen. Kunst ist von Erotik ebensowenig zu trennen wie vom Können. Der weltliche Tanz ist von Natur aus ein Werbe- und Lockspiel. Bei uns wird das aus Gründen der Moral möglichst negiert, die sinnenfrohen Spanier dagegen tanzen alles Verlangen und Verführen des Liebesspiels frei heraus. Schon der erste Tanz „L'Andalouse sentimentale" (die empfindsame Andalusierin) zeigte all das Schmachten, Kokettieren, Locken und Versagen des sehnsüchtigen Weibes. Stolze Anmut wandelte sich in ungeschraubte Schelmerei, verhaltene Glut brach mitunter jäh aus in eine prächtige, nur durch Gesetze der Schönheit gezügelte Wildheit. „Danse du feu" (Feuertanz), „Bolero" und „Seguidillas": alles ein Wechsel von Schweben und Wirbeln, eine heftige, eindringliche Sprache des Blutes. Und — wir sagten es schon — Kunst kommt von Können. Die Argentina kann tanzen. Diese Disziplin des schlanken, sehnigen Leibes, diese Zirkelheit der ewig erregten Füße, diese feinen, mitschwingenden Gebärden der Hände und dieser wechselvolle Ausdruck des mutigen Gesichts: all diese Dinge sind durch erstaunliche Technik konzentriert auf den Sinn der Musik. Als wichtiges Requisit der spanischen Tanzkunst beherrscht die Argentina die Kastagnetten in geradezu virtuoser Weise. Wer hätte sich das träumen lassen bei uns zu Lande, daß diese so viel mißbrauchten Spatzenschreck-Instrumente derartig kunstvolle Musik machen können. Vom lockern, sachten, lockenden Geklapper steigerten sich Ton und Rhythmus zum wilden Wirbel, Synkopen knacken hinein, und im lustigen, listigen Klingeln kehrt es abgekehrt, um plötzlich wieder loszubrechen in leidenschaftlichem Knattern. In einigen Tänzen werden die Kastagnetten durch einfaches, aber ebenso virtuoses Fingerschnippen ersetzt.

Es war spanische Welt auf der reichlich schlichten Bühne der „National-Festsäle". Leidenschaft in der Anmut, Grandezza noch im Toben, triebhaftes Schweigen im Banne strenger Rhythmik. Keinerlei Verzerrtheit, keinerlei Blasse des Gedankens, sondern gesunden Impuls und heitere Sinnlichkeit, wie sie das unverbildete Volk bei Spiel und Tanz äußern! Darum alles unmittelbar, echt und überzeugend!

Als Begleiterin und Klaviervirtuosin wirkte Carmencita Perez. Eine kultivierte Pianistin, mit subtiler Anschlagstechnik im Piano und besonders in Echoeffekten. Die Passagen im Diskant verschwammen mitunter ein wenig, aber das kann auch am Flügel gelegen haben. Ihre Solostücke spanischer Komponisten zeigten sich sehr nach unsrer und im Kolorit nach französischer Bravourpianistik orientiert. Ihre Tanzbegleitung war ausgezeichnet: maßvoll in der Detailmalerei, um der Tänzerin nicht die Nuancen zu nehmen oder aufzuzwingen, sicher im Rhythmus und zuverlässig führend in der Linie.

Beide Künstlerinnen begeisterten das Publikum derart, daß der letzte Tanz „La Corrida" (der Stierkampf) wiederholt werden mußte. Die Argentina mußte sich auch nach der Zugabe immer wieder zeigen, um mit herzlichem Lächeln und „Gracias"-Sagen für den enormen Beifall zu quittieren.

Ede.

Vortrag: Bild und Bildung

Der Verein für religiöse Kunst in der evangelischen Kirche veranstaltete in der Stadtmission einen Werbeabend, der als Endzweck die Gründung einer Ortsgruppe des Vereins haben sollte.

Im Mittelpunkt des Abends stand ein Lichtbildervortrag des Generalsuperintendenten D. Schöttler, über das Thema „Bild und Bildung". Man muß es offen sagen, dieser Vortrag, der eine Unmenge interessanter Einzelheiten bot, war gehemmt durch eine allzugroße Einseitigkeit des Vortragenden, die manchmal direkt den kosmopolitischen Gedanken dieses künstlerischen Themas unterband. Die Regierung der augenblicklichen Kunstbewegung — ein leider krasser Auffassungsgegensatz zu den überaus weitherzigen Einleitungsworten des Vorsitzenden — die Ausfälle gegen den Film usw. trübten diese Ausführungen, die in ihrer Art doch manch neue Anregungen zu geben versprachen. — Der Vortragende stellte die Wissenschaft gegen die produktive Kunst, in diesem Falle die bildende: Bei der Wissenschaft die seelenlose Analyse, die Sektion, bei der Kunst der instruktive Charakter des Schöpfens. Alle echte Kunst ist ein Schöpfen aus dem Unterbewußten im Menschen. Die mathematische, wie überhaupt die wissenschaftliche Form, kann bei der bildenden Kunst keine Anwendung finden, da ihr bei dieser Behandlung ein Punkt, und zwar der wichtigste, fehlen würde: die Seele. Nicht das Können noch die technische Ausarbeitung sind die Hauptfaktoren in der bildenden Kunst, sondern die Relation von subjektivem Gestaltungsempfinden und objektivem Wirkungseffekt sind das Ausschlaggebende. Die Regierung der impressionistisch-naturalistischen Darstellungsmanie und die Propagierung der Gegenstandslosigkeit führten zu den Ideen unsrer heutigen bildenden Künstler. —

Finanzausgleich verlängert

Der Steuerausschuß des Reichstags begann am Montag die Einzelberatung des Finanzausgleichs. Sie endete mit der Annahme der Anträge der Regierungsparteien und der Ablehnung aller Anträge der Opposition. Infolgedessen wurde die Verlängerung des provisorischen Finanzausgleichs um zwei Jahre beschlossen.

Die erhöhten Ueberweisungen sollen zur Senkung der Realsteuern durch die Länder und Gemeinden verwendet werden. Auch werde der Gemeindezuschlag von 2 Prozent bei der Grunderwerbssteuer, der an Stelle einer Wertzuwachssteuer zu erheben ist, entsprechend dem Vorschlag der Reichsregierung beseitigt.

Eine längere Debatte rief der Antrag auf Streichung des § 35 des Finanzausgleichs hervor. Diese Bestimmung garantiert den steuerschwachen Ländern Zuschüsse des Reiches, wenn der Ertrag ihrer Einkommensteuer um 20 Prozent hinter dem Reichsdurchschnitt zurückbleibt. Staatssekretär Popitz teilte mit, daß im Rechnungsjahr 1926 insgesamt 7,65 Millionen

Zuschuß an die Länder

geleistet worden ist, und zwar an

Mecklenburg-Schwerin	etwa	4,8	Millionen
Anhalt	„	0,163	„
Mecklenburg-Strelitz	„	0,657	„
Waldeck	„	0,398	„
Schaumburg-Lippe	„	0,223	„
Lippe	„	1,39	„

Die Beträge, die im Rechnungsjahr 1927 für das Jahr 1926 zu zahlen sind, lassen sich noch nicht genau berechnen. Sie werden auf 14 bis 15 Millionen geschätzt. Davon entfallen auf

Mecklenburg-Schwerin	etwa	4,5	Millionen
Mecklenburg-Strelitz	„	0,9	„
Waldeck	„	0,7	„
Schaumburg-Lippe	„	0,28	„
Lippe	„	1,2–1,3	„
Oldenburg	„	2,0	„
Bayern	„	3,0	„

Diese Zahlen beleuchten kraß die Unsinnigkeit solcher Alimentenzahlung an die genannten Länder auf Kosten der andern, gaben aber den Bürgerblockparteien keine Veranlassung, für die Streichung des § 35 zu stimmen. Es bleibt also dabei: Länder wie Bayern zum Beispiel können weiterhin Unsummen für alle möglichen Zwecke vergeuden, sie bekommen ja vom Reiche die Zuschußmillionen. So etwas nennt sich dann gerechter Finanzausgleich. —

Der Fememord an Wilms

Der Fememordprozeß Wilms nimmt immer größere Ausdehnung an, da die Verteidigung stets weitere Beweisanträge stellt. Am Montag entschied sich das Gericht vor der öffentlichen Verhandlung in geheimer Sitzung dahin, zunächst den Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß zu hören, und die Leutnants a. D. Knüppel, Janke und Heyn als Zeugen laden zu lassen. Die Ladung des irgendwo in Südafrika sitzenden Hauptmanns Gutknecht wurde abgelehnt und als wahr unterstellt, daß seine Stimme der des Angeklagten Oberleutnants Schulz ähnlich ist. Die Beschlußfassung über die Ladung der frühern preußischen Minister Am Zehnhoff und Severing behält sich das Gericht bis nach der Vernehmung des Dr. Weiß vor.

In öffentlicher Sitzung wurden dann die beiden im Fememordprozeß Pannier zum Tode verurteilten und später zu lebenslänglichem Zuchthaus Begnadigten Benn und Stein vernommen. Zuerst wurde noch einmal der Fall Pannier erörtert. In bezug auf den Fall Wilms erklärte Benn; Büsching habe ihm später erzählt: „Wir haben den Wilms erschossen.“ Seinen Rat, sich an Schulz um Hilfe zu wenden, habe Büsching aus Angst abgelehnt, dieser könne ihn hochgehen lassen. Stein dagegen bekundet, daß Benn ihm gesagt habe, Schulz habe die Sache mit Wilms so fein eingefädelt, daß nur die nächstbeteiligten Leute davon wüßten. Er erzählte auch, wie Oberleutnant Schulz am Gründonnerstag nach Döberitz gekommen sei und mit Gutknecht gesprochen habe. Daraufhin sei der Wachtmeister Legner „geschanzt“ und am selben Abend sei auch der Feldwebel Voß erledigt worden. Benn habe auch vor den Leuten sich dahin geäußert, daß Verräter an die Wand kommen würden. Benn gibt das zu, während er alle andern Angaben des Stein bestreitet. Benn habe auch Stein, als er sich weigerte, die Ermordung des Pannier zu leiten, damit zu beschwichtigen gesucht, daß er ihm erklärte: „Der Putsch kommt bestimmt. Sie brauchen keine Angst zu haben. Außerdem ist

Schulz ein so gerissener Kerl,

daß er die ganze Staatsanwaltschaft einwickelt.“ Weiter erklärt Stein, daß Benn unbedingt von ihm die Beseitigung des Pannier verlangt habe, sonst komme er selbst daran. Auch Fahlbusch habe ihn, Stein, zur Tat ermuntert und behauptet, von Schulz strengsten Befehl dazu zu haben. Zuzugeben sei, daß Benn die Ermordung des Pannier nicht auf eigne Kappe nehme, sondern sich erst höhern Orts die Genehmigung holen wollte. Die Offiziere des Kommandos seien zur Division gefahren und nach der Rückkehr habe Benn erklärt, mit der Feme sei alles restlos geklärt; Verräter müßten glatt erledigt werden. An der entscheidenden Sitzung der Offiziere hätten u. a. Schulz und Gutknecht teilgenommen. Freiherr von Senden habe übrigens erklärt, er würde nie von einem Morde Anzeige machen, zumal die Reichsregierung im Gegensatz zur preußischen Regierung mit dem Fememverfahren einverstanden sei.

Im Verlauf der weitern Auseinandersetzungen erzählt Stein u. a., daß Schulz eines Tages mit einem Stoßtrupp acht Mann, mit Pistolen und Handgranaten ausgerüstet, nach Kottbus gefahren sei, um dort die

Kommunisten zu provozieren.

Polizeivizepräsident Dr. Weiß, damals Leiter der Berliner Politischen Polizei, stellte bei seiner Vernehmung fest, daß er einmal in der Zitadelle in Spandau war, aber nicht im Oktober 1923. Das Bestreben der „Arbeitskommandos“ sei der politischen Polizei seit dem Sommer 1922 bekannt gewesen und aus innenpolitischen Gründen seien sie deshalb beobachtet worden. Bei der Auflösung des Spandauer Arbeitskommandos verhandelte Dr. Weiß mit Oberst v. Bock. Man habe sich dahin geeinigt, die Leute aufs Land abzuschieben, wo die Auflösung in etwa drei Monaten durchgeführt werden sollte. Oberst v. Bock muß als Zeuge die Angaben von Dr. Weiß bestätigen. Ganz ausgeschlossen sei, daß eine Amnestie versprochen wurde. —

In einem Teile des Programms trugen Pastor Peters und Frau die Fantasie und Fuge in G-Moll von J. S. Bach vierhändig vor. Der Vortrag, technisch einwandfrei, fand allgemeine Anerkennung. P.

Konzerte

Ein Beethoven-Abend fand im Festsaal des Frankejugendheims statt. Veranstalterin war die Kreisjugendpflege Magdeburg-B., welche an ausübenden Künstlern Fräulein Margarete Nahme und die Herren Kurt Dippner und Emil Bünger gewonnen hatte.

Die Idee des Abends war, durch geeignete musikalische Vorträge und das gesprochene Wort ein für die Jugend faßliches Bild Beethovens zu entwerfen. Die Vortragenden hatten ihrer Eigenart entsprechend eine Anzahl Programm-Nummern gewählt, welche den gefeierten Musikeros in typischer Form zeigten: Herr Dippner durch Klavierwerke, Fräulein Nahme und Herr Bünger durch Lieder und Gesänge. Daß Herr Dippner seiner Aufgabe in vollem Umfange gerecht wurde, unterlag nach seiner musikalischen Betätigung in Magdeburg keinem Zweifel. Fräulein Nahme ist zwar noch neu in Konzertsälen, bewies aber durch die Art ihres Vortrags Verständnis für die Werke des großen Meisters. Herr Bünger ist als Konzertsänger bekannt und beliebt. Sein Vortrag über „Beethoven, dessen Leben und Bedeutung“ entsprach der Auffassungsmöglichkeit jüngerer Hörer, die den Ansporn besitzen, durch möglichst aktive Betätigung bei musikalischen Bestrebungen ihren Teil zur Verwirklichung künstlerischer Ideen durch das Volk beizutragen.

Die Anteilnahme an dem Vortrag war ersichtlich dementsprechend, wennschon kein Beifall zu hören war, eine im allgemeinen zu billigende Maßnahme des Konzertleiters. Der Saal war überfüllt. Gr.

Schülerkonzert. Die Musikschule Höhne veranstaltete in der Loge Harpokrates ein Schülerkonzert. Eine große Schülerschar in allen Altersklassen zeigte durch ein langes Programm, was in der Anstalt geleistet wird. Einen bedeutenden Teil des Programms bildeten Violin-Vorträge mit Klavierbegleitung, die wohl vom Geigenlehrer Graff vorbereitet worden waren. Soweit ein Schülerkonzert überhaupt ein Maßstab der Leistungen in einer Musikschule kein kann, bewies dieses, daß die Erwartungen, welche die Eltern der Schüler an die Anstalt stellen, sich erfüllt haben dürften, wenigstens bestätigte das geduldige Ausharren bei der Erledigung eines 38 Nummern umfassenden Programms eine schätzenswerte Sympathie mit den jugendlichen Künstlern. —

Straßenkämpfe in Schanghai

Schanghai ist seit Montag in Händen der Kantonarmee. Die Besetzung der Eingebornenstadt begann nicht mit der regulären Vorhut, sondern mit der Besetzung wichtiger Punkte, wie Post, Polizeistationen usw., durch Angehörige der Kuomintang-Armee, die in Zivil verkleidet in die Stadt eingedrungen waren. Dieser organisierten Ziviltruppe der Kantonarmee folgte dann die reguläre militärische Vorhut in den frühen Stunden des Vormittags.

Die Eingebornenstadt steht völlig unter der Kontrolle von Kuomintang. Dort, wo Anhänger der Nordarmee Widerstand zu leisten versuchten, kam es zu blutigen Zusammenstößen. So wurde eine Polizeistation, die Widerstand versuchte, von den Kantonesen in Brand gesetzt, so daß alle Insassen den Tod in den Flammen fanden. Der erste Zusammenstoß mit den ausländischen Truppen erfolgte, als eine Abteilung indischer Infanterie auf Motorwagen außerhalb der internationalen Niederlassung in die Verteidigungsstellung gebracht wurde. Die Abteilung wurde beschossen, ein indischer Soldat getötet und zwei verwundet. Das Feuer war allerdings von nicht regulären Kantontruppen abgegeben worden. Ein weiterer Zwischenfall ereignete sich außerdem gegen Abend des Montag, als Anhänger der fliehenden Nordarmee in die internationale Niederlassung eindrangen und zu plündern begannen. Zwei britische Tanks wurden hier in einen Kampf verwickelt, wobei ein Offizier und zwei Soldaten verwundet wurden. Auch an der Grenze der französischen Konzession entwickelte sich ein Feuergefecht, ohne daß es jedoch zu Verlusten gekommen zu sein scheint.

Der Sieg der Kantonarmee wird in Schanghai mit dem Generalstreik gefeiert, der zu einem völligen Stillstand des Geschäftsverkehrs und aller Transportmittel geführt hat. Der Gemeinderat der internationalen Niederlassung verkündete am Mittag den Ausnahmezustand über das ganze Fremdengebiet. In einem Aufruf werden die Bewohner aufgefordert, sich nach Eintritt der Dunkelheit innerhalb der Häuser aufzuhalten. In dem Aufruf wird ferner die Bereitwilligkeit ausgedrückt, mit den neuen chinesischen Behörden zusammenzuarbeiten zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutze von Leben und Eigentum.

Der Aufruf verkündet zum Schlusse die Entschlossenheit der europäischen Behörden, alle Formen von Gewalttätigkeiten innerhalb der internationalen Konzessionen zu unterdrücken und hierbei unter Umständen alle verfügbaren Mittel anzuwenden. —

*

Neue Truppenlandungen

Am Montag nachmittag sind in Schanghai neue amerikanische Truppen gelandet worden. Die Truppen marschierten in Eilmärschen durch die internationale Niederlassung und verschanzten sich dann zum Teil in der Chinesenstadt, zum Teil in freiem Gelände in leichten Feldstellungen. Erst nach einem Protest des internationalen Konsularkorps in Schanghai an die amerikanische Regierung wurden die Truppen zurückgezogen, und zwar mit der Order, die von den internationalen Behörden gegenüber der Chinesenstadt gezogene Demarkationslinie nicht zu überschreiten.

Reuter meldet, daß eine in der Nähe von Schanghai stehende etwa 10 000 Mann starke Truppe der Nordarmee zu den Kantonesen übergegangen ist.

Auf Wunsch der Gemeindeverwaltung der internationalen Niederlassung sind auch japanische, holländische, spanische und italienische Seesoldaten gelandet worden. In der französischen Konzession wurden französische Seesoldaten an Land gesetzt. —

Gefahrenherd Albanien

Im Laufe des Montags sind, wie uns aus Paris berichtet wird, die diplomatischen Bemühungen zwischen den Großmächten zur Vermeidung des italienisch-jugoslawischen Konflikts fortgesetzt worden. Dem „Temps“ zufolge, sind die Kabinette von Paris, London, Rom und Belgrad in ständigem Kontakt. Der jugoslawische Gesandte in Paris hat bei Briand vorgesprochen und ihm die Versicherung der durchaus friedlichen Absichten seiner Regierung wiederholt. Auch der bulgarische Gesandte hat eine ähnliche Demarche bei Briand unternommen. Briand hat später auch den italienischen Botschafter in Paris empfangen und bei dieser Gelegenheit ebenfalls Ratschläge der Mäßigung erteilt. Anderseits ist der französische Gesandte in Belgrad durch Briand angewiesen worden, in Belgrad zur Mäßigung zu raten. Man scheint überzeugt, daß unüberlegte Handlungen nicht von jugoslawischer Seite kommen werden und hofft, daß auch Rom kaltes Blut bewahren wird.

Trotz dieser Bemühungen, den Frieden zu erhalten, wird die Lage nach wie vor als sehr ernst angesehen und man gibt vor allem der Befürchtung Ausdruck, daß auch, wenn es diesmal noch gelingen sollte, den Konflikt beizulegen, die Konfliktsgefahr, die der italienisch-albanische Vertrag in sich birgt, nicht aus der Welt geschafft wird. Man hätte es hier sehr begrüßt, wenn England auch in Rom in dem gleichen Sinne vorstellig geworden wäre wie in Belgrad. An Versuchen von französischer Seite, das nachträglich zu erwirken, fehlt es nicht.

Die sozialistischen Abgeordneten Leon Blum und Fontaneau haben am Montag einen Interpellationsantrag in der Kammer eingebracht über die französische Politik im Balkan und die Haltung, die Frankreich im italienisch-jugoslawischen Konflikt einzunehmen gedenkt. Das Datum der Beantwortung dieses Interpellationsantrags ist auf Dienstag in der Kammer festgesetzt. Dabei wird aller Voraussicht nach Briand eine prinzipielle Erklärung über die französische Haltung abgeben. —

*

Gegen Intervention des Völkerbundes

Aus Paris wird gemeldet: Eigentümlicherweise steht man hier einer Intervention des Völkerbundes im gegenwärtigen italienisch-jugoslawischen Konflikt mit sichtlichem Widerstreben gegenüber und erhofft eine Klärung auf diplomatischem Wege. Der Grund hierfür mag darin liegen, daß man aus allerhand Prestigegründen Stresemann das Verdienst für eine Einberufung des Völkerbundes nicht überlassen möchte.

Auch England ist gegen die Anrufung des Völkerbundes. Der amtliche englische Funkdienst äußert sich am Montag abend dahin, daß es nicht ratsam wäre, zu den Vorgängen auf dem Balkan die Völkerbundsmaschinerie ohne zwingenden Grund in Bewegung zu setzen. In vielen Kreisen — so wird hinzugefügt — sei man der Auffassung, daß der Belgrader Vorschlag hinsichtlich einer internationalen Untersuchung zweckmäßig erscheint und die Militärattachés der verschiedenen Mächte an Ort und Stelle gemeinsam die Tatsachen nachprüfen sollten. —

Hygienische Mißstände in Polen

Das polnische Innenministerium hat sich entschlossen, gemeinsam mit dem öffentlichen Gesundheitsamt eine umfangreiche Säuberungsaktion einzuleiten, um der mißlichen hygienischen Lage in Polen energisch entgegenzutreten. Die Regierung hat zu diesem Zwecke die Säuberung aller Hotels, Gastwirtschaften, Gasthöfe und Aemter angeordnet. Besonders die Aemter befinden sich in einem unbeschreiblich verwahrlosten Zustand. In den Höfen von Amtsgebäuden liegen heute noch aus den Tagen der deutschen Besetzung Abfälle, leere Konservenbüchsen usw. umher. In drei Monaten will das Gesundheitsamt den hygienischen Stand des Landes von Grund auf ändern.

Die Maßnahmen sind wirklich dringend notwendig. Polen hat vom Krieg eine Reihe von Seuchen geerbt, die noch heute das Land bedrohen. Im Jahre 1919 gab es bei mehr als 200 000 Erkrankungen über 20 000 Todesopfer von Flecktyphus, darunter mehr als 400 Aerzte. Gegenwärtig ringt man besonders mit der Tuberkulose. Es gibt 35 Lungenheilanstalten mit 2500 Betten gegen zwei mit 300 Betten noch vor wenigen Jahren. Aber auch die jetzige Anzahl ist vollkommen unzulänglich. Noch im Jahre 1925 waren von 50 000 untersuchten Schulkindern zwölf Prozent mit der ägyptischen Augenkrankheit (Ophthalmia granulosa) behaftet. Ein großer Teil davon war rettungslos der völligen Erblindung verfallen.

In Polen herrscht ein fürchterlicher Aerztemangel. Es gibt im Land insgesamt 8000 Aerzte. Die Hälfte davon entfällt auf die großen Städte Warschau, Lodz, Krakau, Lemberg, Posen und Wilna mit einer Bevölkerung von zwei Millionen. 4000 Aerzte stehen für die restlichen 27 Millionen Einwohner zur Verfügung. Z. K.

Notizen

Die Einreise nach Haiti verboten. Der nordamerikanische Senator King, bekannt als Kritiker der imperialistischen Einmischungspolitik, wollte mit andern Mitgliedern des Außenausschusses die mittelamerikanische Republik Haiti besuchen, aber der Präsident Borno hat King als „Ruhegefährder“ die Einreise verboten! Dabei ist Haiti ebenso Unionsprotektorat wie Nikaragua. —

Depeschen

Waffenfunde

Wb. Berlin, 22. März. Die Polizei durchsuchte gestern abend die Teilnehmer zweier Versammlungen der Nationalsozialisten nach Waffen. Gefunden wurden in der einen bei einem Teilnehmer ein Totschläger und ein leerer Patronenrahmen, in der andern Versammlung fand man eine Mauserpistole mit 16 Schuß, einen Trommelrevolver, zwei Stahlruten, zwei Gummiknüppel, einen Totschläger, eine Bleistahlrute und drei Dolche, alle in einem Klavier versteckt. —

Flugrekord

Wb. Dessau, 22. März. Der Flieger Schnäbele der Junkers-Werke in Dessau, der am Montag früh aufgestiegen war, ist um 5.33 Uhr auf dem Flugplatz in Dessau nach einer reinen Flugzeit von 22 Stunden 11 Minuten 45 Sekunden gelandet. Er hat eine Strecke von 2770 Kilometer zurückgelegt und dabei den Weltrekord im Streckenflug über 2300 Kilometer bei einer Nutzbelastung von 500 Kilogramm weit überboten. (Der Luftweg Tilsit—Aachen über Berlin ist ungefähr 1160 Kilometer lang. Schnäbele hätte also zweimal über ganz Deutschland hinweg fliegen können und dann immer noch 450 Kilometer dazu fliegen können, ohne zu landen. Red. V.) —

Garten-Tischdecken bunt kariert, echtfarbig, 80×80 cm . . 48

1 Herren- oder Dam.-Badetrikot mit farbigem Besatz 95

Damen-Sommer-Handschuhe weiß 48

1 Kinder-Sweater Größe 1 bis 5 . . . 95

1 Damenschlüpfer feinfarbig 48

Messaline reine Seide, viele Farben 95

Verkauft solange Vorrat!

Benutzen Sie bitte die Vormittagsstunden.

Zipfelmützen-Baumwolle 2 Stück 48

Rohseide 75 cm reine Seide Mtr. 1.95

1 Herren-Sportsweater marine od. schwarz 2.95

Voile 110 cm, bedruckt, weiß, Grund mit Rosenmuster Mtr. 48

Taffet 85 cm, nur schwarz Meter 2.95

1 Prinzeßrock Kunstseide, gestreift 2.95

Weitere sensationelle Angebote!

48 ₰

Mtr. Zephir oder Flanell für Sporthemden . . 48
3 Wischtücher gesäumt und gebändert 48
1 Rolle Obergarn 4/100 und 1 Stern Zwirn . 48
7 Dtzd. Wäschekn öpfe sort. Größen . . 48
2 Stück Rouleauxkordel à 7 Meter . . . 48
4 Knäuel Häkelgarn weiß, Nr. 30 b. 70 48

1 Stickerei-Coupon 2,30 u. 4,60 Meter . 48

2 Hemdenpassen 48
5 Damen-Taschentücher mit gehäkelt. Kante 48
2 Herren-Taschentücher weiß und weiß m. bunt. Kante 48
1 Paar Damen-Strümpfe Baumw. verst., schw. u. farbig 48
2 Paar Herren-Socken grau 48
1 Knaben-Schürze verschiedene Größen, gestreifte Stoffe . . . 48

8 Decken farbige Zephirwolle 48

2 Nachttischdecken gezeichnet 48
1 Mittaldecke schwarz, ges 48
6 Stück Blumenseife verschiedene Gerüche 48
3 Rollen Butterbrotpapier fettdicht . . 48
1 Kerzenschauer 48

1 Kinder-Schlupfhose Größe 30 u. 35 . . 48

3 Stehkragen 4fach Mako . . . 48
Zipfelmützen Kunstseide . . . . Stück 48
1 Paar Scheibengardinen Etamin, mit Einsatz u. Spitze 48
1 Meter Fensterborte in versch. Breiten, Etamin oder Englisch Tüll 48
2 Meter Samtband mit Seidenrücken, ca. 3 cm breit . . . 48

1.95

1 Jacquard-Tischtuch weiß, 115×115 1.95
3 Meter Perkal od. Zephir in neuesten Mustern . 1.95
1 Paar Damen-Strümpfe Ia. Waschseide, in neuesten Farben 1.95
1 P. Damen-Handschuhe reine Seide hellfarbig . 1.95

1 Damen-Hemd Achselschluß oder schmale Träger, mit breiter Stickerei 1.95

1 Damen-Hemdhose Windelform, mit Stickerei . . 1.95
1 Küchenhandtuch fertig gestickt . . 1.95
1 Herren-Hose Normal oder Mako . 1.95
1 Einsatzhemd prima Mako 1.95

Hausröcke Donegal in allen Größen 1.95

1 Meter Madrasstoff dunkelgrundig 130 cm breit, neueste Dessins . . . 1.95
1 Madras-Gardine 3teilig, echtfarbig 1.95
Donegal 140 cm, für Röcke und Kostüme . . . . Meter 1.95

1 Wäscheleine 15 Meter 48
1 rostfreies Küchenmesser 48
1 Wichskasten mattiert 48
1 Glanzbürste reine Borsten 48
3 Solinger Küchenmesser 48
4 Tassen mit Untertassen, weiß 48

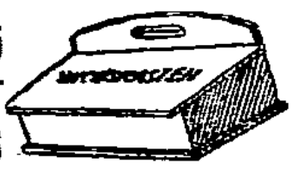
Haushaltwaren

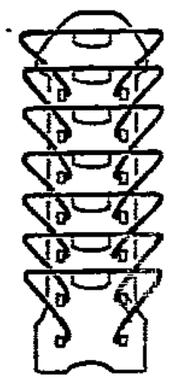
1 Kakaokanne mit Nickeldeckel, Ia. Defore 1.95

6 Weinrömer mit grün. Stiel 1.95

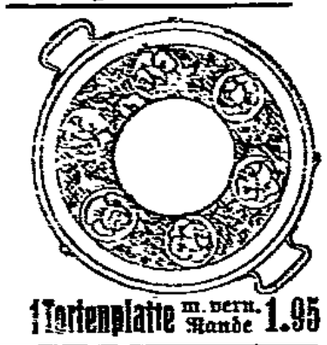
6 Likörgläser mit Goldrand . . 95

1 Wichskasten mattiert . 48





1 Zeitungshalter für die Woche 95



1 Tortenplatte m. vern. Rande 1.95

1 Damenschere fein vernickelt 48
6 Aluminium-Eßlöffel, 6 Aluminium-Kaffeelöffel . . . . . zusammen 95
1 Kuchenteller 33 cm, Preßkristall 95
1 Satz = 5 Stück Glasschüsseln „Hansa" . . 95

2.95

1 Bettuch aus prima Haustuch, mit und ohne Hohlsaum . . . 2.95
1 Paar Damen-Strümpfe Bemberg-Seide . . . 2.95
1 Damen-Prinzeßrock alle Weiten, mit Klöppel u. Stick. 2.95
1 Korbtischdecke 90×90 mit reicher Klöppelspitze . . . 2.95

1 Herren-Hemd Normal oder Mako, mit doppelter Brust 2.95

1 Kinder-Sportweste plattiert Wolle 2.95
Eleganter Frauenhut Seide m Stroh 2.95
Kinderkleider Pulloverstoff, Größe 45 bis 55 . . . 2.95
1 Wandbehang mit Bild 2.95

1 Tischdecke 140×140 cm, gewebt, od. 110×13 cm, bedruckt 2.95

Helvetia-Seide alle Farben 2.95
Popeline 110 cm, ripsähnliche Ware 2.95
Taffet 85 cm breit, kariert, reine Seide 2.95

2 Goldrand-Speiseteller Goldrand und »Linie« 95
1 Glaskompottschale 23 cm 95
2 Alpaka-Eßlöffel mit verziertem Stiel 95
1 Porzellan-Sauciere mit Goldrand und »Linie« 95
2 Paar Solinger Tischbestecke 95
1 Aermel-Plättbrett gut gepolstert . . . 95

95 ₰

1 Gartentischdecke 110×100 95
1 Mtr Bettkattun Deckbettbreite 95
1 Zelluloid-Taschenbügel 95
1 Voileweste weiß und farbig 95
1 Stickerei-Coupon schöne Gittermuster, Meter 9.20 4.60 2.30 95
5 Herren-Taschentücher kariert 95

3 Spitzentaschentücher 95

1 Paar Damen-Strümpfe Kunstf., m. Naht, schwarz u. farbig 95
1 Paar Herren-Socken Mako oder Kunstf. in modern Farb. 95
Damen- und Herren-Handschuhe farbig od. gelb, mit schwarz Zwickel 95
1 Jumper-Untertaille mit breiter Stickerei 95
1 Warp-Schürze gestreift 95
1 Küchenhandtuch mit farbigem Einsatz, gezeichnet . . . 95

1 schwarzes Ripskissen mit 1 Docke farb. Wolle zuf 95

Kissenfüllungen alle Formen . . Stück 95
4 Meter Ripsband verschiedene Farben, ca 8 cm breit 95
1 extra große Flasche Kölnischwasser . 95
4 große Stücke Lavendelseife i. Karton 95
1 Damen-Schlupfhose Flor 95

3 Stück echte Reiherstiele 95

1 Etamin-Halbstore mit Einsatz und Spitze 95
1 Meter Rouleau-Damast 80 cm breit, weiß, elfenbein und gold 95
1 Bettvorleger gemustert, 40×80 cm . . 95
Kunstseiden-Façonné aparte Lichtfarben 95
Crêpe marocain moderne Druckmuster, 100 cm breit . . Meter 95

WITTKOWSKI

61 Breiter Weg 61

Lampenschirm-Gestelle
30 cm Durchmesser 1.10 ℳ
50 cm „ 2.00 ℳ
60 cm „ 2.80 ℳ
70 cm „ 3.40 ℳ
Alle Formen gleich. Preise
Ia. Japan-Seide 4.80 ℳ, Ia. Seidenstoff 1.60 ℳ
sowie Seidenfransen, Schnüre, Rüschen, Wickelband u. fertige Schirme billig. 1 Treppe hoch. Otto-von-Guericke-Str 27, gegenüber Kaufhalle

Zum Frühjahr

empfehle

Markisenstoffe gran
„ farbig gestreift
Besatz
Stangen, Ringe

Rucksackstoffe
Verdeckstoffe

Matratzendrelle
Inlette

Möbelstoffe Moquette
Mohair-Plüsche
Gobelin
zu Ruhebetten
Posamenten

Fahnen-Stoffe 927
„ Stangen, Spitzen

Polsterartikel

Innendekorationsartikel

alles in großer Auswahl zum billigsten Tagespreis.

O. E. Müller

Spezialgeschäft

Georgenstr. 6 Katschersir. 7

— Fernsprecher 581. —

Zur Jugendweihe

E. A. Müller:
Die Sternenträger. Lebenswanderung einer Jugend Brosch. 1.60, geb. 2.50 Mk.

W. Hauff:
Lichtenstein. Romantische Sage. Leinenrücken 1.50 Mk. Lederrücken 3.25 Mk.

J. W. v. Goethe:
Faust . . . . . Lederrücken 2.25 Mk

Gottfried Keller:
Das Sinngedicht. Sieben Legenden. Leinenrücken 1.50 Mk Lederrücken 2.25 Mk.

Auerbach:
Barfüßele. Ein Roman mit einer Einleitung Leinenrücken 1.50 Mk Lederrücken . . . . . 3.25 Mk.

J. V. v. Scheffel:
Ekkehard. Eine Geschichte aus dem 10. Jahrhundert Leinenrücken 1.50 Mark. Lederrücken . . . . . 3.25 Mk

Hermann Löns:
Mein braunes Buch. Mein goldenes Buch. Wida (Ein neues Tierbuch). Jeder Band m. Lederrück. u. Lederecken 3.25 Mk.

Rolf Mauzahn:
Der letzte Hausierer. Dahinten in der Heide. Die Hüter vom Ohlenhof. Heidebilder. Wida. Da draußen vor dem Tore. Mein buntes Buch. Mein braunes Buch. Scherz und Lust. Auf der Wildbahn. Mein blaues Buch. Jeder Band gut gebunden . . . 3.50 Mk

Pierre Loti:
Gefilda. Die Blüte. Jerusalem. Der moderne Schilderer von Land und Leuten sowie der Eigenarten des Heiligen Landes Jeder Band mit Lederrücken nur 3.25 Mk.

Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Große Münzstraße Nr. 3

Waschfrauen
erreichen mit Berliebe Ringes Blaue-Tauben-Seife, weil sie eine vorzügliche Schaumbildung hat und dem Waschwasser einen angenehmen Sahlgeruch verleiht. Waschfrauen, welche die Blaue Taube noch nicht kennen, erhalten gegen Rückseite im Laden, Fröhlichstr. 16, ein Probestück.

Anfertigung eines Anzugs, Mantels oder Kostüms nur 45 Mk mit Futter, prima Arbeit, tadellos passend nach neuster Mode.
Otto Fischer,
Gartenstadt Reform, Hedwigstr 8

Ia. Markenfahrräder
Bei 10 ℳ Anzahl u. 3 ℳ wöchtl Abzahl. Fahrradvertriebsgesellschaft m. b. H., Stephansbrücke 22 und Magdeburg-B Feldstr. 1.

Enorm billig
Einzelmöbel
auf
Kredit
10 % Anzahlung
Abzahlung wöchtl von 2 Mk an oder monatl. von 8 Mk an
Verkauf geg. bar
nußbaum od. eiche 1 Bettstelle, 1 Aufleg., 1 Spiral 50 bis 75 ℳ
1 Spiegel 20 bis 35 ℳ
Schränke mit u. ohne Wäscheeinr. 53 b 125
Vertikos 53 bis 75 ℳ
Tische 30 bis 65 ℳ
Stühle 6 bis 20 ℳ
Waschkommoden 50 bis 95 ℳ
Chaiselong. 35 b. 50 ℳ
Spiralmatratzen 12.50 bis 14 ℳ
Auflegematratzen 14 bis 28 ℳ
Trumeaus 50 b. 75 ℳ
Plüschsofas 95 b. 110
Metallbettstellen m. Sprung 35 bis 45 ℳ
Schreibtische 65 b. 100
Kurbelspiegel 10 bis 15 ℳ
Nachtschränke 22 b 30
Küchen-Büfetts 70 bis 85 ℳ
Kommoden 30 b. 45 ℳ
Küchen 95 bis 250 ℳ
Speise-Schlafzimmer
Ernst 189
Geissler
Breite Weg 174
Hallestelle
Schroteborner Straße
Also Kund u. Bekannte erst ohne Anzahlg

Leinöl-Firnis Ia.
gar. rein, Pfund 40 Pf.
Schlemmkreide
Rügener 3 Kronen, ¼ Zentner 75 Pf.
Herm. Mische, Kölner Str. 11

Am 25. März 1927, von 10 Uhr vormittags ab, findet in unserm Fundbüro hier, Ostseite des Hauptbahnhofes öffentliche Versteigerung v. Fundsachen statt. Reichsbahndirekt. Magdeburg.

Neustädt. Strumpfwirker-Sterbekassen-Gesellschaft

Mittwoch den 30. März 1927, abends 8 Uhr, im „Wintergarten", Friedrichplatz 2

Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Rechnungslegung des Vorstandes für das Jahr 1926.
2. Bericht der Beigeordneten über Prüfung der Jahresrechnung, Genehmigung derselben und Entlastung des Vorstandes.
3. Wahl eines Beigeordneten.

Magdeburg, den 21. März 1927.

Der Vorstand.
J. A.: Rud. Valentin, Vorsitzender.

Mieterverein Schönebeck u. Umg.

Am Freitag, 25. März, abends 8 Uhr, im „Alten Dessauer" in Bad Salzelmen

Gr. öffentl. Mieter-Versammlung

Referent Becker 3.

• Pflanzkartoffeln •
gelbfleischige, lange, Nieren und Industrie.
Koek, Jakobs- und Mühlenstraßen-Ecke
Telephon 5614.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt.

Todesfälle. 21. März. Hagelversicherungsinspektor a. D. Ernst Schellhas, 64 J. Trichinenschauer Paul Lasse, 63 J. Led. Elisabeth Fabricius, 51 J. Diplom-Ingenieur Kasimir Schulz, 44 J. Tischlermeister Reinhold Teumig, 64 J. Sophie geb. Stiele, Ehefrau des Arbeiterinvaliden Karl Thiele, 65 J. Eisenbahndirektor a. D. August Lanz, 84 J. Verwitw. Eisenbahnarbeiter Klara Janecke geb. Clarus, 66 J. Schmiedemeister Louis Voigt, 71 J. Arbeiterinvalide Friedrich Schlemmert, 65 J. Ledige Elisabeth Fischer, 6 J. Renate T. des Eisenb.-Rangierarbeiters Otto Hauck aus Salzelmen, 1 T. Herbert, S. des Arbeiters Robert Stöhr aus Biederitz, 1 M. Verwitw. Rechnungsrat Emilie Beinhöbel geb. Spieß, 75 J.

Magdeburg-Sudenburg.

Todesfälle. 19. März. Bauunternehmer Heinrich Leibing, 55 J. Ehefrau des Arbeiters Otto Schüßler, Anna geb. Schollmeyer, 56 J. Schlosser-Invalide Paul Reinhardt, 46 J. Zählermeisters-Witwe Berta Krietsch geb. Beseke, 45 J.

Magdeburg-Neustadt.

Todesfälle. 21. März. Witwe des Maur. Heinrich Gading, Luise geb. Bulich, 65 J. Oberzollinnehmer i. R. Otto Oldendorf, 76 J.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unsers lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank. Ganz besondern Dank der Firma Walter u. Co. und deren Angestellten, dem Landwirt Herrn Fritz Mensing und seinen Arbeiterinnen sowie Herrn Oberpfarrer Dr Hoepel für die trostreichen und zu Herzen gehenden Worte am Grabe.

Wwe. Emma Grundmann
Familie Fritz Hennig als Bruder

Statt Karten.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Bewohnern des Hauses Bodestraße 5 meinen herzlichsten Dank. Vielen Dank der Firma Röhrig & König und den Arbeitskollegen der Firma, Abteilung Sudenburg dem Metallarbeiterverband und den Arbeitskolleginnen der Firma Winkelooß. Heißen Dank auch Schwestern Elsa und Gerda und dem Pfleger Heim, Station 9, für die aufopfernde Pflege. Ganz besondern Dank Herrn Pfarrer Franke für die tröstenden Worte in der Kapelle und am Grabe.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Magdalene Kaufhold
geb. Saalmann.

Die Seuche der Landesverratsprozesse

Die Reichstagssitzung vom Montag wird um 1 Uhr vom Vizepräsidenten Rießer eröffnet. Das Haus setzt die Beratung des Haushalts des Innern fort.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.):

Meine Freunde haben in den letzten Jahren die Seuche der Landesverratsprozesse hier oft zur Sprache gebracht. Der Landesverratsparagraph wird immer weiter ausgedehnt. Ein Herd dieser Seuche liegt im Reichskommissariat für öffentliche Ordnung, dessen Gutachten die Anregung für manchen Landesverratsprozeß abgeben.

Nach solchem Gutachten soll manches geheim sein, was die Spatzen von den Dächern pfeifen. So hat in letzter Zeit in einem Prozeß gegen den dänischen Staatsangehörigen Laursen das Reichskommissariat ein Schriftstück für geheim erklärt, das niemand etwas Neues sagt. Nach diesem Bericht soll ein Land, das nicht Deutschland ist, gegenüber der Regierung eines andern Landes, das auch nicht Deutschland ist, einen Nachrichtendienst aufgezogen haben zur Beschaffung von Nachrichten über dieses andre Land. Das ist alles. (Hört, hört! links.)

Es kommt nur noch hinzu, daß eine deutsche amtliche Stelle auf dieses Schriftstück ein Datum, einen Buchstaben und zwei Zahlen gesetzt haben soll, woraus sich ergeben mag, daß das Schriftstück im Besitz einer deutschen Behörde gewesen ist. (Hört, hört! links.)

Was soll an einem solchen Schriftstück geheim sein? Nach Ansicht des Reichskommissariats lediglich die Tatsache, daß Deutschland über die Spionage eines andern Landes gegen ein drittes Land Nachrichten sammelt. Als ob es jemand gäbe, der das nicht ganz genau wüßte. (Sehr wahr! links.) Jeder Staat hat heute einen

Nachrichtendienst gegen jeden andern Staat.

Das weiß jedermann. Man braucht nur das Reichsgesetzblatt aufzuschlagen, um die geheimen Nachrichtenfonds festzustellen, die doch zu solchen Zwecken bestimmt sind. Man braucht auch nur an die Militärattachés zu denken, die jeder Staat in jedem andern Lande gegen jeden andern Staat unterhält. (Sehr wahr! links.) Es ist deshalb eine Ungeheuerlichkeit, bei solchem Tatbestand einen Landesverratsprozeß zu machen.

Graf Metternich berichtete einst dem Reichskanzler Bülow, daß Balfour zu ihm gesagt habe, es sei ja bekannt, daß die großen Staaten militärische Informationen einzuholen suchten, wo und wie sie könnten. Metternich sagt also, daß

alle Länder gegen alle Länder Spionage treiben.

(Sehr wahr! links.) Poincaré berichtet in seinen Memoiren sogar, daß die russische Regierung die chiffrierten Depeschen des französischen Gesandten in Rußland habe entziffern lassen. Also selbst unter Verbündeten wird spioniert! (Hört, hört! links.) Wilhelm 2. schrieb als Prinz 1885 an den Zaren: Ich bin sehr eng befreundet mit dem englischen Militärattaché, der mir viele Dinge erzählt hat, die den andern unbekannt sind. Wilhelm 2. bemühte sich sogar, Mitteilungen über eine Mobilisierung in England zu erlangen,

um sie an den Zaren zu verraten.

Das war das Verfahren eines Fürsten und niemand nahm Anstoß.

Wenn das die allgemeinen Gepflogenheiten zwischen den Staaten sind, wie kann dann das Kommissariat für öffentliche Ordnung solch ein Gutachten erstatten? Was sagt das Auswärtige Amt dazu? Ist ein solches Gutachten etwa nur dadurch zu erklären, daß es sich in dem Prozeß um einen Kommunisten handeln soll? Was sagt Herr v. Keudell zu dem Gutachten? Noch kann er verhindern, daß auf Grund eines solchen Gutachtens eine Verurteilung womöglich zu Zuchthaus erfolgt.

Herr Minister! Bisher haben sie nur geredet, ohne etwas zu sagen. Jetzt brauchen Sie nicht lange zu reden, sprechen Sie aber wenigstens klar aus, daß Sie hinter jenem Gutachten nicht stehen. Wir aber, meine Damen und Herren, werden an der Kritik am Reichskommissariat, an der

Kritik an der Landesverratspraxis

nicht nachlassen, bis es uns gelungen ist, eine andre Rechtsprechung herbeizuführen und zunächst einmal das Reichskommissariat, diesen Seuchenherd für Landesverratsprozesse, zu beseitigen. Bei diesem Etat lehnen wir es ab, dem Reichskommissariat für öffentliche Ordnung auch nur einen Groschen zu bewilligen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Mittelmann** (D. Vp.) kann sich kaum vorstellen, daß der von dem Vorredner angeführte Fall wirklich so liegt, denn das Reichskommissariat habe sich bisher immer als objektive Behörde bewährt.

Abg. **Wegmann** (Ztr.) stellt fest, daß auch durch die Bewilligung von 190 Millionen für die Landespolizei das verfassungsmäßige Recht, daß die Länder über ihre Polizei selbst bestimmen, nicht verletzt werden dürfe. Die Ueberwachung solcher Organisationen, die einen gewaltsamen Umsturz gegen das Reich planen, könne noch nicht entbehrt werden. Daher dürfe man das Reichskommissariat noch nicht abbauen, es müsse aber nach beiden Seiten gleichmäßig vorgehen. Das Ausführungsgesetz zu Art. 48 der Verfassung müsse bald geschaffen werden.

Abg. **Lemmer** (Dem.) bedauert, daß die praktische Einwirkungsmöglichkeit des Reichs auf die Länderpolizei so gering sei. Der Staat sei verpflichtet, seine Organe so zu erziehen, daß sie jederzeit zu seinem Schutze bereit sind. Dem früheren preußischen Innenminister und seinem Helfer Abegg müsse man dafür danken, daß sie die preußische Polizei zu einer wirklichen Volkspolizei gemacht hätten.

Reichsminister des Innern v. Keudell

erklärt in der Beantwortung einer deutschnationalen Interpellation, daß in Baden eine Reichsbannerübung stattgefunden hat, die militärischen Charakter angenommen hatte. Bei Wiederholung solle dagegen eingeschritten werden. Mit den Ländern seien Richtlinien vereinbart worden, wonach innerhalb der Schutzpolizei keine politischen Vereinigungen gebildet werden sollen. Ueber die Beschlagnahme wissenschaftlicher Werke in Stuttgart sei dem Minister amtlich nichts bekannt. (Zuruf links: Lesen Sie keine Zeitung?)

Das Reichskommissariat für öffentliche Ordnung habe mit den Ländern gut zusammengearbeitet. Die technische Vervollständigung der Kriminalpolizei werde vom Reiche gefördert werden, ohne daß damit ein Eingreifen in die Rechte der Länder erfolgen soll. Für die Technische Nothilfe seien neue Richtlinien in Vorbereitung. Man dürfe die Hoffnung haben, daß sie in Zukunft nur noch bei Naturereignissen verwendet werden würde.

Zu dem vom Abg. Rosenfeld vorgetragenen Fall könne er sich nicht äußern, da er sonst in ein schwebendes Verfahren eingreifen würde. (Gelächter links.)

Abg. **Meyer** (Franken, Komm.) führt Beschwerde über das Vorgehen der bayrischen Polizei, das verfassungs- und gesetzwidrig sei.

Abg. Schmidt (Köpenick, Soz.)

erklärt, daß die Sozialdemokratische Partei jede Stärkung der polizeilichen Zentralgewalt unterstützen werde. Der Kampf der bayrischen Polizei gegen die Kommunisten diene nur dazu, die Gewerkschaften in ihrem Versammlungsleben zu hindern und ihre Tätigkeit zu erschweren. Die bayrische Regierung muß endlich für die Beachtung der Verfassung durch die Polizei sorgen.

Die Bemerkungen des Abg. Wegmann über die etwaige Rückkehr Wilhelms 2. nach Deutschland waren sehr eigenartig. Er hat die Hoffnung ausgesprochen, daß seine Freunde ihn veranlassen würden, von der Rückkehr Abstand zu nehmen. Das scheint doch so zu klingen, als ob das Zentrum der Regierung eine Brücke bauen will, um nachher sagen zu können, Wilhelm habe Besserung versprochen. Uns Sozialdemokraten hat Wilhelm einmal gesagt, daß wir den Staub von unsern Pantoffeln schütteln und Deutschland verlassen sollen. Die Arbeiter sind in Deutschland geblieben, Wilhelm aber ist ausgerückt. Wenn Herr Wegmann glaubt, daß Wilhelm den guten Ratschlägen zugänglich sei, so erscheint uns das als ein Versuch an einem untauglichen Objekt. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Sozialdemokratie verlangt, daß die Verordnung aus dem Jahre 1920 über die lebenswichtigen Betriebe endlich aufgehoben und der gesamte Etatstitel für die

Technische Nothilfe gestrichen

wird, weil diese Einrichtung nicht mehr notwendig ist. Wir bedauern es lebhaft, daß im Ausschuß unsre Entschließung abgelehnt worden ist, wonach der Reichstag über die Tätigkeit der Technischen Nothilfe und über die Verwendung der Mittel unterrichtet werden soll. Wir hoffen, daß diese Entschließung jetzt angenommen wird. Wenn ein solcher Bericht erstattet wird, dann dürfte sich bald herausstellen, daß die Technische Nothilfe nichts mehr zu tun hat. Wir brauchen auch keinen besonderen Schutz bei Hochwasser- und ähnlichen Katastrophen. Der Breslauer Gewerkschaftskongreß hat sich durch einen Beschluß bereit erklärt, die Notstandsarbeiten in lebenswichtigen Betrieben auszuführen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Bertz** (Komm.) beantragt gleichfalls die Streichung der Mittel für die Technische Nothilfe.

Abg. **Frick** (völk.) begründet eine Entschließung, in der die Aufhebung des Redeverbots gegen Hitler gefordert wird.

Damit ist die Aussprache über den Reichshaushalt des Innern geschlossen. Die Abstimmungen werden am Dienstag vorgenommen.

Es folgt die

Beratung des Haushalts der Post

Der Ausschuß empfiehlt mehrere Entschließungen, in denen die Regierung ersucht wird, dem Landpostwesen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden; zur Verminderung des Pensionsfonds für die Unterbringung der Wartestandsbeamten der Reichspost entsprechend den Bestimmungen des Reichshaushaltsgesetzes zu sorgen; bei posteignen Bauten grundsätzlich das ortsansässige Handwerk zu berücksichtigen; ferner darauf hinzuwirken, daß die im neuen Fernsprechtarif vorgesehene Ortsgesprächsgebühr von 10 Pfennig auf 8 Pfennig herabgesetzt wird und für die Ueberführung der Arbeiter und Handwerker der Telegraphenzeugämter in das Beamtenverhältnis in gleicher Weise zu sorgen, wie das für die Telegraphenarbeiter geschieht. Schließlich sollen die Bestrebungen auf Beseitigung der Sonntags-Briefbestellung nicht unterstützt werden. Die Zahl der im Reichspostministerium beschäftigten beamteten und nichtbeamteten Hilfskräfte soll im Etat angegeben werden.

Reichspostminister Schätzel

führt aus, daß der technische Ausbau der Reichspost vervollkommnet werden soll. Die internationalen Verbindungen sollen gefördert werden. Die gesamte Tätigkeit der Post soll der ständigen Kontrolle des Reichstags unterstellt werden. Die Post wird Helferin der Wirtschaft sein, aber die Wirtschaft soll der Post auch die Gebühren zugestehen, deren sie bedarf.

Der künftigen Entwicklung der allgemeinen und der Postwirtschaft sieht der Minister mit Vertrauen entgegen. Die sozialen, hygienischen und kulturellen Einrichtungen sollen ausgebaut werden. Die Richtlinien, die über den Verkehr mit dem Publikum ausgegeben worden sind, sollen auch Geltung im Verkehr innerhalb des Personals haben.

Abg. Seppel (Soz.):

Die Reichspost hat ihre Verpflichtungen dem Reiche gegenüber erfüllt, dem sie 70 Millionen Ueberschuß abgeführt hat. Ich hätte gewünscht, daß der Reichsfinanzminister den Wünschen des Personals in bezug auf die Anforderung neuer Stellen mehr Rechnung getragen hätte. Es ist zu bedauern, daß immer ein Unterschied zwischen den Betriebs- und Hoheitsverwaltungen des Reiches gemacht wird. Die Betriebsverwaltungen müssen noch besonders berücksichtigt werden, da hier das Personal auch des Nachts und am Sonntag seine Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit stellen muß.

Auch die Organisationen des Personals nehmen auf die wirtschaftliche Lage Rücksicht, aber auf die Wünsche der Organisationen ist bisher noch keine Rücksicht genommen worden. Das gesamte Personal ist mit dem vorliegenden Personaletat mit Recht unzufrieden, da entgegen der Auffassung des Arbeitsausschusses und des Verwaltungsrats und selbst des Sparausschusses nicht 7500 Stellen in Gruppe IV bewilligt worden sind, sondern 2000 Stellen abgeschrieben wurden. Der Schrei nach Beförderung würde verstummen, wenn der Beamtenschaft gesagt werden könnte, daß die Personalreform in absehbarer Zeit verabschiedet und ihnen

das zum Lebensunterhalt Notwendige gesichert wird.

Wir wenden uns entschieden gegen den Versuch, den Landzustellungsdienst nicht von Beamten, sondern von Privatpersonen wahrnehmen zu lassen. Wir haben schon deshalb Bedenken dagegen, weil dadurch das Postgeheimnis nicht gewahrt werden könnte. Eine Entlastung des Bahnpersonals ist dringend notwendig.

Ganz entschieden erheben wir Einspruch dagegen, daß von den Beamten immer wieder die Leistung von Nachtdienst ge-

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Nimm bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung
Fays echte Sodener Mineral-Pastillen

Zwölf Jahre Zuchthaus

Novelle von Magdalena Eisenberg.

In einer abgelegenen Großstadtstraße verröchelte, auf dem Pflaster liegend, ein Sterbender. Zeit und Raum lösten sich ihm in eine letzte tiefe Ohnmacht auf.

Kam ein nächtlicher Wandrer die Straße hinab. Summte ein Lied, träumte in jenem halbwachen seligen Duselzustand der Jugend die Erlebnisse des Abends weiter und gelangte zu der Stelle, wo im matten Laternenlicht der aus vielen Stichwunden blutende Tote lag.

Herbert Steinmann blieb erwachend stehen. Beugte sich über den Mann am Boden, dachte an Hilfe, griff aus Versehen mit den Händen in eine Blutlache, fühlte ein Rieseln im Rücken und richtete sich langsam empor mit dem Gedanken im verträumten Hirn: der Aermste gibt kein Lebenszeichen mehr von sich, man müßte feststellen, wer er ist, ihn nach seiner Wohnung schaffen, man . . .

Schritte klappten durch die in diesem abgelegenen Viertel stille Nacht. Herbert Steinmann erkannte einen Polizisten. Gut, dachte er und wartete, um den Beamten aufzuklären. Aber der schoß plötzlich sprunghaft vor und Herbert Steinmann fühlte sich eisern an der Schulter gepackt, die andre Hand des Polizisten umklammerte ebenso eisern seinen Unterarm, und wie Donnerschläge hallten die Worte:

„Sie sind verhaftet!"

„Aber mein Herr," rief Steinmann fassungslos, „Sie irren sich!"

„Still!"

„Sie irren sich. Ich habe den toten Mann soeben hier gefunden und wollte Hilfe holen."

„Ach was, das wird sich ja herausstellen!" sagte achselzuckend der Beamte. „Jetzt folgen Sie mir zur Wache! Alles weitere wird sich finden."

„Alles weitere," dachte Herbert erregt, und diese Worte wurden zum Gespenst. Für ihn lag „alles weitere" in den Händen der jungen Tochter seines Vorgesetzten, und schlaglichtartig kam ihm die Erkenntnis, wie enorm ihn dieser nächtliche Vorfall schädigen würde, seinem Nebenbuhler, der sich ebenso eifrig wie er um Schön-Waldtrauts Gunst bewarb, Gelegenheit geben mußte, ihn zu diskreditieren und sich selber einzudrängen — nein, um keinen Preis durfte er sich jetzt verhaften lassen, daß sein Name durch die Zeitungen gejagt würde in einer so dunkeln Angelegenheit — — nein, nein!

„Lassen Sie mich los!" sagte er brüsk und versuchte den Arm aus der eisernen Umklammrung freizubekommen. „Lassen Sie mich los. Sie irren sich und bringen mich unnötig in eine unangenehme Situation. Ich habe eine wichtige Reise vor und kann mich jetzt nicht mit gerichtlichen Scherereien aufhalten. Als Zeuge kann ich gar nichts nützen, denn ich weiß nicht mehr als Sie selbst. Also . . .!"

Aber eher hätte Herbert Steinmann eine Marmorstatue bewegen können als diesen Mann des Gesetzes, der sich seiner Pflicht bewußt war. Fest hielt ihn dessen athletische Faust, während die andre Hand etwas Blankes zum Munde führte. Schrill durchpeitschte ein Pfiff die Luft. Aber „Hilfe!" rief Herbert Steinmann gemartert, „Hilfe! Man vergewaltigt mich." Und plötzlich die wahnsinnige Angst: wenn man mich für den Mörder hält . . .! Diese Angst gab Kraft. Herbert riß sich los.

„Halt oder ich schieße!" rief der Polizist, fühlte aber unerwartet einen heftigen Stoß vor die Brust, taumelte, empfand sekundenlang dumpfen Anprall gegen die Stirn und stürzte bewußtlos zu Boden, während Herbert Steinmann davonstürmte.

Aber der Fliehende hörte nun auch die Pfeifensignale und laufende Schritte hinter sich, und da verlor er den Kopf, blieb unschlüssig stehen und wußte nicht aus noch ein. Und so wäre er doch noch den herbeieilenden Kameraden des Schutzmannes in die Hände gefallen, wenn er sich nicht plötzlich von hinten am Arm ergriffen und weitergezerrt gefühlt hätte, während ihm die fast gezischten Worte ins Ohr drangen: „Keine Furcht, keine Furcht! Vorwärts! Immer mir nach! Nicht umsehen! Voran! Voran!"

Wie blödsinnig keuchte Herbert mit. Wie hypnotisiert. Er griff nach dem laufenden Unbekannten, als müsse er sich an ihn festklammern, und rannte blindlings drauflos, nicht wissend, wohin und in welchen Windungen der Weg, den sie nahmen, lief. Der war eine Flucht durch enge Gassen, über niedrigen Zaun — Garten? — Hof? — Tennisplatz? Kino? Traum?

Aber dann wieder Straße. Und energisches Raunen des Führers, langsam zu gehen, sich nicht auffällig zu machen, ja zu schlendern, zu summen, zu trällern.

Und nun? Noch einen forschenden Blick die menschenleere Gasse entlang — unter die Brücke, vom breiten Pfeiler gedeckt. Tunnel? Durchfahrt? Hier diese Schuppen entlang. Güterbahnhof? Ah Schienen. Gleise. Schnell drüber weg! Vorstadt. Gärten, Chaussee. Wald. Ueber den Acker, dann sind wir am Ziele.

Sie waren in Sicherheit.

Herbert Steinmann lag auf dem etwas feuchten Waldboden mit von Pein zerfetzter Seele. Wie ein weidwundes Tier. In seinen Schläfen zuckte das aufgehetzte Blut wie ein Morseapparat, hart und schnell. Und als dies unerträgliche Pochen allmählich nachließ, löste sich Herbert Steinmanns Nervenspannung in einen heftigen Weinkrampf.

Es dauerte lange, bis er wieder sprechen konnte. Aber einstweilen sagte er nichts.

Dann kroch er vorsichtig zu dem Unbekannten hin und sagte, ihn wie ein Rätsel betrachtend:

„Sie — Sie haben mir — geholfen. Aber warum taten Sie das?"

„Werden wir nicht pathetisch," sagte jener, leicht die Schultern hebend, „dazu ist dies Leben nicht geeignet. — Hm. — Wenn ich pathetisch werden wollte, könnte ich sagen: ich habe Ihnen das Leben gerettet."

Herberts Augen weiteten sich:

„Meinen Sie, er hätte mich erschossen?"

„Der Schutzmann? — Hm. — Das wäre ja nicht schlimm gewesen."

„Das wäre . . . .?"

„Nicht schlimm gewesen, sagte ich. Philosophie. Kehren Sie sich nur nicht daran, lieber Kerl. Es wäre wirklich nicht so schlimm gewesen, als wenn er Sie nicht erschossen hätte. Dann hätte man Sie nämlich — hm — geköpft. Und das ist viel unangenehmer."

„Aber um Himmels willen!" rief Herbert Steinmann. "Sie glauben doch nicht etwa, daß ich mit jenem Mord irgend etwas zu tun habe? Bei Gott, ich dachte nur an meine Ehre und wollte . . ."

„Lieber Kerl," wehrte der Unbekannte ab. „Daß Sie mit dem Morde nichts zu tun habe, weiß keiner besser als ich."

Der junge Mann fuhr zurück. Aber jener lächelte wiederum.

„Fürchten Sie nichts. Ich tue Ihnen nichts. Ich bin zwar einer von denen, die die hohe Hermandad, wie die Spanier sagen, schon lange sucht, und der mit manchem Gefängniswärter sozusagen auf du und du steht . . ."

„So haben Sie etwa selber . . .? rief Herbert erstaunt und unangenehm berührt.

„Den Mann erstochen, meinen Sie?" fragte der andre gleichmütig. Und dann, ein wenig lauernd: „Wie wäre es, wenn ich der Mörder wäre? — Dann müßte der junge Herr jetzt eigentlich schleunigst aufstehen und mit dem — Verbrecher kein Wort mehr wechseln, wie? Es wäre ehrenrührig. — Oder ihn der Polizei melden, was?"

Herbert Steinmann fühlte sich vollkommen verwirrt durch diese sonderbare Art des Fremdlings. Er schwieg nachdenklich. Aber er empfand, daß er in dieser merkwürdigen Lage die Antwort nicht schuldig bleiben durfte.

(Fortsetzung folgt.)

fordert wird, auch in solchen Fällen, wo er vermieden werden kann. Mit diesem Nachtdienst wird

Raubbau an den Kräften des Personals

getrieben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es wäre zu erwägen, ob der Sonntagsdienst nicht mit dem anderthalbfachen bezahlt werden sollte, um einen Ausgleich zu schaffen. Die Beamten lehnen es ab, die Ueberstunden bezahlt zu erhalten, sie wollen dafür lieber eine Verlängerung des Urlaubs und der Freizeiten. Die Helfer haben allerdings Anspruch auf tarifliche Bezahlung der von ihnen geleisteten Ueberstunden.

Erfreulich ist, daß der Minister sich als Anhänger des Achtstundentags bekennt; wir hoffen, daß er sich für das Notgesetz zur Wiederherstellung des Achtstundentages einsetzt. Wir haben eine Entschließung eingebracht, die grundsätzlich die

Einführung der achtstündigen Arbeitszeit

für sämtliche Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Verwaltungen des Reiches verlangt; wir erwarten, daß der Reichstag hier zustimmt.

Unter der Rationalisierung haben die untern Beamten bisher sehr zu leiden gehabt. Auch wir begrüßen die Rationalisierung, aber sie darf nicht dahin führen, daß eine Hetzarbeit geleistet wird.

Die Versorgungsanwärter klagen darüber, daß sie nicht zur besonderen Prüfung zugelassen werden, trotzdem sie bereits im Jahre 1916 eine Prüfung abgelegt haben. Das Wort von der Wirtschaftlichkeit ist mit der Zeit zu einem Schlagwort geworden, mit dem zum Teil Unfug geübt wird. Die Wirtschaftskonferenzen, die allmonatlich abgehalten werden, sind zum Teil überflüssig. Wir verurteilen es, daß Vorträge über Wirtschaftlichkeit im Betriebe in den dienstfreien Stunden des Personals gehalten werden.

Die Reglung der wirtschaftlichen und finanziellen Dinge bei der Reichsrundfunkgesellschaft befriedigt uns nicht. Wenn im ganzen Jahre 36 Millionen Rundfunkgebühren aufkommen, so geht es nicht an, daß die Deutsche Reichspost nur so viel bekommt, um ihre Ausgaben für die Zwecke des Rundfunks zu bestreiten. Es müßte sich für die Reichspost mindestens ein ebenso stattlicher Reingewinn ergeben, wie ihn die Reichsrundfunkgesellschaft erzielt, sonst müßten die Rundfunkgebühren von 2 Mark monatlich ermäßigt werden.

Der Minister hat versprochen, daß er alles daransetzen werde,

das Vertrauen zurückzugewinnen,

das die Post früher genossen hat. Dazu gehört, daß er den Willen hat, seine Absichten auch gegenüber den einzelnen leitenden Personen durchzusetzen. Wenn die Verhältnisse für das Personal der Reichspost in zufriedenstellender Weise gestaltet werden, dann hat den Gewinn davon nicht nur die Verwaltung, sondern das ganze deutsche Volk. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Bruhn** (dt.-natl.) erklärt, daß zu einer Aendrung des Postfinanzgesetzes kein Anlaß vorliege. Allerdings sei der Einfluß des Reichstags im Reichspostverwaltungsrat nicht ausreichend.

Abg. **Allekotte** (Ztr.) sieht in der Ermäßigung des diesjährigen Haushalts der Post um 12 Millionen den Beweis dafür, daß die Post zum Sparen entschlossen sei. Das Defizit im Postzeitungs-, Postscheck- und Telegrammverkehr müsse durch Erhöhung der Gebühren beseitigt werden.

Abg. **Morath** (D. Vp.) weist darauf hin, daß der Statszwang bei der Post gute Erfolge erzielt habe.

Abg. **Torgeler** (Kommunist) erklärt, daß die neuen Minister der Rechtsregierung alle möglichen Versprechungen gemacht hatten, ihre Taten dienten aber nur dazu, der kapitalistischen Wirtschaft zu dienen.

Reichspostminister Schätzel

erklärt, daß die Postbeamten genau so behandelt werden müßten wie die Beamten der andern Reichsverwaltungen. Der 10-Pfennig-Tarif für den Brief entspreche nicht mehr der Arbeit, die die Post aufzuwenden habe.

Den Rundfunk könne man nach seiner Bedeutung als sechste Großmacht bezeichnen, er solle keiner Partei dienen. Die Reichspost könne nicht den Sündenbock für den Rundfunk hergeben, seine Ueberwachung sei Sache des Reichstags und des Reichsinnenministers.

Man werde nachprüfen, ob zu hohe Gehalte und Tantiemen gezahlt werden, aber Beamtenbesoldungen könnten hier nicht zum Vergleich herangezogen werden, sondern nur die analogen Stellungen im Privatleben. Allen einzelnen vorgetragenen Beschwerden solle nachgegangen werden. Innerhalb des Betriebs müsse gearbeitet werden, außerhalb des Dienstes könne der Beamte machen, was er wolle, sei es rot oder schwarz. (Heiterkeit.)

Im Dienste müßten die Reichsfarben getragen

und die Hoheitsabzeichen des Reiches gezeigt werden. Bei der Vergebung von Arbeiten solle das Handwerk berücksichtigt werden.

Nach einer weitern ausführlichen Debatte wird der Postetat bewilligt, ebenso der Etat der Reichsdruckerei und des Rechnungshofes.

Gegen 10 Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Etat des Auswärtigen Amts. —

Preußischer Landtag

In seiner Montagsitzung führte der Landtag zunächst die Aussprache über das Kapitel „Universitäten und wissenschaftliche Anstalten" zu Ende. In der Debatte über den Abschnitt „Kunst" versuchte die Abg. Frau **Lehmann** (dt.-natl.) vor allem die Aufführungen der Staatstheater zu kritisieren, die angeblich viel zuviel Rücksicht auf die breite Masse nehmen und die nationalen Interessen zuwenig in den Vordergrund stellten.

Abg. Frau **Oestereicher** (Soz.)

nahm Gelegenheit, dem Staatssekretär Schulz vollste Anerkennung dafür auszusprechen, daß er durch eine Ausstellung ostpreußischer Kunst die kulturellen Interessen Ostpreußens besonders wahrgenommen hat. Das Zusammengehörigkeitsgefühl zum übrigen Deutschland sei deshalb in diesen Grenzprovinzen so lebendig, weil Arbeiter-Gesangvereine und Sprechchöre in Ostpreußen einen wesentlichen Anteil daran haben. Statt in den Schulen Reproduktionen aufzuhängen, müßten die Bildwerke moderner, noch lebender Künstler angekauft und ausgestellt werden, weil nur dadurch unsre Jugend in ein richtiges Verhältnis zur Kunst unsrer Zeit kommen könnte.

Die sozialdemokratische Rednerin setzte sich ferner warm für die Annahme von Anträgen ein, die die Notlage der Künstler aller Gattungen aus Staatsmitteln lindern wollen und kritisierte mit aller Schärfe die galantere Konkurrenz, die den schwer ringenden Zivilberufsmusikern von den Militärkapellen gemacht wird.

In der weitern Debatte versuchten auch die volksparteilichen Redner Buchhorn und Schuster die Tätigkeit des Staatstheater-Intendanten Jeßner abfällig zu kritisieren.

Abg. **König** (Swinemünde, Soz.)

trat den Angriffen der Rechtsparteien scharf entgegen. Der sozialdemokratische Redner nahm vor allem Gelegenheit, die Vorstöße gegen die Volksbühne wegen angeblicher Bevorzugung in der Berliner Oper zurückzuweisen, da sie deshalb ein Recht auf die Zuweisungen der ihr vertraglich zustehenden Plätze in der Kroll-Oper hat, weil dieses Theater fast ausschließlich aus eignen Mitteln gebaut wurde.

Recht wirkungsvoll kennzeichnete auch der Demokrat Doktor **Bohner** die Vorstöße der Rechtsparteien, die weniger der Ausfluß kritischen Geistes als vielmehr der Ausdruck politischen Machtwillens seien.

Damit wurde die Aussprache über den Abschnitt „Kunst" abgeschlossen und das Haus auf Dienstag den 22. März mit der Tagesordnung Einzelberatung der Etatstitel des Kultusetats vertagt. —

Aus der Wirtschaft

Reichsbahn-Abschluß

Der Abschluß der Reichsbahngesellschaft für Januar weist gegenüber dem Dezember 1926 einen Rückgang der geleisteten Zugkilometer von 49,67 Millionen auf 47,46 Millionen auf. Der Personenverkehr ging von 28,76 Millionen auf 28,53 Millionen zurück, der Güterverkehr dagegen von 20,52 Millionen auf 18,73 Millionen.

Der Personalbestand betrug im Januar 647 117 Köpfe (darunter 9267 Zeit- und Aushilfsarbeiter) gegenüber 700 399 Köpfe (42 137 Zeit- und Aushilfsarbeiter) im Monat Dezember. Der Rückgang der Zeit- und Ashilfsarbeiter erklärt sich rein saisonmäßig durch Einschränkung der Bahnunterhaltungsarbeiten infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse.

Die Einnahmen werden für Januar mit 344 946 000 Mark ausgewiesen, denen Ausgaben in gleicher Höhe gegenüberstehen. Unter den Ausgaben befinden sich rund 45 Millionen Mark für den Dienst der Reparationsschuldverschreibungen; weiter befindet sich darunter eine Rückstellung von 14,7 Millionen Mark zum Ausgleich von Mindereinnahmen infolge Schwankungen des Verkehrs. —

Reichsgastwirtsmesse in Berlin

Am Sonnabend wurde in der Autohalle am Berliner Kaiserdamm die Reichsgastwirtsmesse, die vom 19. bis 24. März dauern wird, durch Ansprachen des Berliner Oberbürgermeisters Böß und des Präsidenten des deutschen Gastwirtsgewerbes, Köster, eröffnet. Die Ausstellung ist überaus gut beschickt. Man darf die Ausstellerzahl auf ungefähr 500 veranschlagen.

Vor allem ist die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit Fleisch- und Wurstwaren, Molkereiprodukten, Konserven, Kaffee, Tee, Tabakwaren, Wein, Fruchtsäften, alkoholfreien Erzeugnissen, Süßwaren, Dauergebäck usw. vertreten. Viel bemerkt wurde die schwedische Konservenindustrie, die in einer schön aufgemachten Koje ihre Produkte präsentiert. Dänemark ist mit seinem Aquavit, der viel nach Deutschland importiert wird, vertreten. Viel Interesse erregen Wärme- und Kältemaschinen, für die die großen deutschen Firmen, z. B. Linde, auch im Ausland ausschlagebend sind. Weiter sind die technischen Einrichtungen für Heizung und Beleuchtung, Lüftung, Kühlung und Eisgewinnung bemerkenswert.

Die chemisch-technische Branche zeigt Fußbodenöle, Seife, Scheuer-, Wasch- und Putzmittel, weiter Bohnerwachs, Desinfektionsmaterial usw. Auch das eigentliche Bureaubedarfsgewerbe hat die Gelegenheit benützt, um seine Neuerungen auszustellen. Hier kommen insbesondere Schreib- und Rechenmaschinen, Papierwaren, Kontoruten-Sillien, Plakate, Preisschilder, Reklame- und Zugabeartikel in Frage.

Schon in den ersten Stunden nach der Eröffnung setzte der Besuch auch aus dem Reiche stark ein, so daß wohl mit einem günstigen Abschluß der Messe gerechnet werden kann. —

Textil-Hochkonjunktur

In der Textilindustrie herrscht, abgesehen von einigen Betrieben im Tuchgewerbe und in der Spitzenweberei, durchaus Hochkonjunktur. Die Betriebe sind bis weit in den Sommer hinein beschäftigt. In einigen Fällen liegen sogar Auftragsbestände für das ganze Jahr 1927 vor. Darüber hinaus ist, im Anschluß an den guten Ausfall der Leipziger Messe, mit einem weitern Eingang von Aufträgen und mit Nachbestellungen zu rechnen.

Zweifellos hat der Sturz der Baumwollpreise dem guten Geschäftsgang in der Textilindustrie Vorschub geleistet. Die Rohstofflager sind, besonders in der Baumwollindustrie, zum Brechen voll. Nach einer Zusammenstellung der Internationalen Federation of Cotton-Spinners und Manufactures Associationes betrug der Baumwollankauf Deutschlands in den 6 Monaten vom August 1926 bis Ende Januar 1927 insgesamt 702 000 Ballen gegen 501 000 Ballen im Halbjahr vom Februar bis Ende Juli. Das ist eine Steigerung des Baumwollankaufs von über 40 Prozent. Leider klagen die Webereien teilweise über nicht genügende Garnbelieferung, die tatsächlich in mehreren Fällen zu Betriebseinschränkungen Anlaß gab. —

Einfuhrüberschuß im deutschen Außenhandel. Die deutsche Handelsbilanz weist einen erheblichen Einfuhrüberschuß auf. Er hat sich gesteigert von 131 Millionen Mark im November 1926, 243 Millionen im Dezember 1926 und 295 Millionen im Januar 1927 auf 339 Millionen Mark im Februar 1927. Die vermehrte Einfuhr in Rohstoffen entfällt besonders auf die Mehreinfuhr von Textilrohstoffen. Die verringerte Ausfuhr an Rohstoffen geht vor allen Dingen auf die verringerte Ausfuhr an Koks, Ammoniak und Eisenhalbzeug zurück. Bei der Fertigwarenausfuhr selbst ist der Textilfertigwarenexport gestiegen. Die Einfuhr von Lebensmitteln und lebenden Tieren ist etwas zurückgegangen. —

Hohe Bau-Dividende. Die gute Lage der Bauindustrie illustriert von neuem der Gewinnabschluß der bedeutenden Berliner Baufirma Boswau u. Knauer, A.-G. Nach den ersten Mitteilungen darüber bleibt für 1926 ein Reinüberschuß von über 390 000 Mark gegen nur 8600 Mark im Vorjahre, aus dem auf das Kapital von 3,47 Millionen Mark eine Dividende von 10 Prozent verteilt werden kann. Die tatsächlichen Gewinne waren offenbar noch höher als die ausgewiesenen, da nach den Bilanzziffern die Bankguthaben und die Forderungen bedeutend erhöht sind, während die Schulden bedeutend zurückgingen. Der gegenwärtige Auftragsbestand soll die Vorjahrsziffer erheblich übersteigen. —

Gewerkschaftsbewegung

Der abgelehnte Ruhr-Schiedsspruch

Der Zechenverband hat in einer Direktionskonferenz beschlossen, den Schiedsspruch vom 18. März abzulehnen. Maßgebend für diesen Beschluß war, daß eine Reihe wichtiger Forderungen des Zechenverbandes, insbesondere bezüglich der Arbeitszeit, keine Berücksichtigung erfahren hat. Auch beanstandet der Zechenverband, daß die Zahlung des Soziallohns in Krankenfällen, deren Wegfall er unter Hinweis auf die Wiedereinführung des Sozialzuschlags zum Krankengeld durch das neue Reichsknappschaftsgesetz gefordert hatte, in den Rahmentarif übernommen worden ist.

Der Zechenverband spielt also trotz der Beibehaltung des Zweischichtensystems und trotz acht Stunden unter Tage den Unzufriedenen. Damit naive Gemüter nicht auf seine Redewendung von der neuerlichen Anerkennung — so heißt es in der Begründung des ablehnenden Beschlusses — der 7stündigen Schicht unter Tage im Rahmenvertrag irregeführt werden, sei nochmals betont, daß der Schlichter die Siebenstundenschicht unter Tage, die in einem besonderen Mehrarbeitsabkommen durch einstündige Mehrarbeit um eine Stunde verlängert wird, aufrechterhalten hat.

Der Schiedsspruch für den Ruhrbergbau stößt bei den Gewerkschaften aller Richtungen auf entschiedene Ablehnung. Nicht nur die freien, auch die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften lehnen den Spruch, der für die Untertage-Belegschaft keine Verkürzung der Arbeitszeit bringt und auch sonst keinen irgendwelchen Fortschritt aufweist, entschieden ab

Anläßlich der Nachverhandlungen, die im Laufe dieser Woche in Berlin stattfinden, sind die Schlichtungsbehörden daran zu erinnern, daß die Einführung der 7stündigen Arbeitszeit unter Tage und der 8stündigen über Tage nicht nur von der Bergarbeiterschaft, sondern auch in den Parlamenten gefordert wird. Im Hauptausschuß des Preußischen Landtags ist z. B. ein entsprechender Antrag angenommen worden.

Wenn der Reichsarbeitsminister vor kurzem in Köln erklärte, in der Arbeitszeitfrage gelte es Politik auf weite Sicht zu machen — nun, gerade die Reglung der Arbeitszeit im Bergbau erfordert schon mit Rücksicht auf die Haltung Englands in der Frage des Washingtoner Abkommens solche Politik auf weite Sicht. Je kräftiger die Verbesserung der Arbeitszeit im deutschen Bergbau, desto leichter wird es auch England werden, in der Ratifizierungsfrage das Haupthindernis, das in der Verlängerung der Arbeitszeit seines Bergbaues liegt, aus dem Wege zu räumen.

Ende des Lodzer Streiks. Die Lodzer Textilarbeiter haben am Montag teilweise die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik ist als beigelegt zu betrachten. Der Arbeiterverband hat einen Aufruf erlassen, daß das Schiedsgericht den Arbeitern von der Regierung mit Gewalt aufgedrängt worden ist. Vor Sonnabend ist der Schiedsspruch der Regierung nicht zu erwarten. —

Kündigung der Frankfurter Steingutarbeiter. Im Zusammenhang mit dem Lohnkonflikt in der feinkeramischen Industrie ist der zirka 600 Mann starken Belegschaft der ostmärkischen Steingutfabrik von Georg Paetsch in Frankfurt a. d. Oder zum 26. März gekündigt worden. —

Neuer Ueberstundenschiedsspruch. Für die Metallindustrie Niederschlesiens wurde am Sonnabend unter Vorsitz des Oberregierungsrats und Gewerberats Kramer in Breslau durch ein freiwilliges Schiedsgericht ein Schiedsspruch gefällt, der eine Lohnerhöhung von 7 Prozent vorsieht, außerdem im Arbeitszeitabkommen für die 49. bis 52. Stunde einen Zuschlag von 10 Proz., für die 53. und 54. Stunde einen Zuschlag von 15 Prozent gewährt, im übrigen bleibt das Arbeitszeitabkommen bestehen. Die beiden Parteien haben sich noch nicht geäußert. —

Straßenbahner-Tarifkündigung. Die Frankfurter Straßenbahner beschlossen in einer Mitgliederversammlung, das Bezirkslohnabkommen zum 30. April 1927 zu kündigen. —

Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung. Die Hamburger Verkehrsarbeiter setzten nach zähem Tarifkampf durch, daß die Arbeitszeit für alle Verkehrsarbeiter von 9 auf 8¾ Stunden herabgesetzt wurde. Für erwachsene männliche Arbeiter wird eine Erhöhung des Lohnes von 5 Pfennig, für erwachsene weibliche von 3½ Pfennig und für Jugendliche von 2½ Pfennig die Stunde gezahlt. Die Lohnreglung gilt vorbehaltlich einer Nachprüfung der Lohnsätze bei wesentlichen wirtschaftlichen Verändrungen bis 31. März 1928. Die für den 1. April und 1. Oktober vorgenommenen Mieterhöhungen von je 10 Prozent sind durch die Lohnerhöhung abgegolten. Die gewerkschaftlichen Instanzen empfehlen die Annahme dieser Vereinbarung. —

Vereinskalender

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Zeile 50 Pfennig, aufgenommen.

Mittwoch, 23. März, abends 8 Uhr, im Vortragssaal der Methodisten-Gemeinde Breiteweg 230, Emil Hohenthal aus Connecticut (U. S. A.): „Die sogen. Schäden und Mängel des amerikanischen Alkoholverbots. Eintritt frei.

Aus der Buchhandlung Volksstimme

Neuerscheinungen:

Wege zum Wissen. Wiese: Das Meer. Seine Bewohner und seine weltwirtschaftliche Bedeutung. — Podach: Körper, Temperament und Charakter. — Neumann: Brutpflege und Elternfürsorge im Tierreich. — Gruber: Die Welt der kleinsten Lebewesen. Die Bedeutung der Bakterien im Haushalt der Natur. — Bratter: Amerikanische Industriemagnaten. — Zander: Die Wunder der Blüten. Streifzüge eines Naturfreundes. — Borchardt: Der Mond. — Lutz: Zwischen zwei Weltmeeren. Natur- und Lebensbilder aus Mittelamerika. — Fodor: Edison. Der Lebensweg eines Erfinders. — Borchardt: Philosophische Grundbegriffe. Der Erkenntnisweg des Sokrates. **Jedes Bändchen** zirka 130 Seiten stark, **geheftet 85 Pfennig, mit Leinenrücken 1,35 Mark. — Sozialdemokratie und Berufsbeamtentum.** 50 Pfennig.

Wieder vorrätig:

Dittmann: **Die Marine-Justiz-Morde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918.** 104 Seiten. 1,60 Mark. — Deutsch: **Wehrmacht und Sozialdemokratie.** 115 Seiten. 2,20 Mark. — Karl Marx: **Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte.** 123 Seiten. 60 Pfennig. — Kautsky: **Das Erfurter Programm.** 252 Seiten. Gebunden. 1,50 Mark — **Hamburger Jugendliederbuch.** 50 Pfennig. — Kampffmeyer: **Die erste deutsche Revolution.** 60 Seiten. 80 Pfennig. — Melitz: **Führer durch die Opern. Mit 15 Abbildungen.** 350 Seiten. Leinenband. 3,50 Mark. — Ernest: **Beethoven.** Persönlichkeit, Leben und Schaffen. Mit 5 Bildnissen und einer Schriftprobe. 592 Seiten. Leinenrücken. 4,50 Mark. — Huch: **Der junge Beethoven.** Roman. 342 Seiten. Leinenband. 5,50 Mark. —

Arbeiter-Angestellte u. Beamte
sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses und der Genossenschaftstage nur versichern bei dem eigenen Unternehmen der
Volksfürsorge
Gewerkschaftl.-Genossenschaftl. Versicherungs-A.G.
Auskunft erteilt, sowie Material verwendet bereitwilligst die Hauptverwaltung Magdeburg, Hafenstr. 15 b.

Das Essen von Hauswaldt Schokoladen und Trinken von Jyeha-Kakao „Grünwappen" ist ein Beweis für guten Geschmack!

Sanitäts-Kindermilchanstalt
Schweizerhof
CHR. BAUEN
Magdeburg, Gartenstraße 9
Unter ärztlicher Kontrolle
Telephon 4458 Telephon 4458

Bezirkstagung Sozialdemokratischer Frauen

Vom Anbeginn ihres Bestehens hat die Sozialdemokratische Partei für die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Frauen gekämpft. Ein sehr steiniges Feld war es, was die sozialdemokratischen Agitatoren unter den Frauen zu beackern hatten. Die Novemberrevolution 1918 brachte einen großen Erfolg dieses Ringens gegen eine Welt voller Unverständnis und traditioneller Rückständigkeit und Gebundenheit: Die Volksbeauftragten gaben den Frauen das allgemeine Wahlrecht, die Frauen wurden dem Manne politisch gleichgestellt. Politische Rechte ziehen aber politische Pflichten nach sich. In der Nachkriegszeit sind dann auch die Aufgaben, die den Frauen aufgebürdet wurden, immer größere geworden. Alle die vielfältige Kleinarbeit in der Wohlfahrtspflege, in der öffentlichen und privaten Fürsorge nehmen immer mehr Frauenkräfte in Anspruch. Wirkungsvoll kann aber alle solche Tätigkeit nur sein, wenn sie von einer lebendigen Organisation getragen wird. Aus dieser Erkenntnis hat sich die Sozialdemokratische Partei um die Organisierung der Arbeiterfrauen nach besten Kräften bemüht. Daß diese Arbeit nicht umsonst gewesen ist, bewies der Bezirksfrauentag der Sozialdemokratie im Bezirk Magdeburg-Anhalt, der am Montag in der „Wilhelma" abgehalten wurde.

Die Tagung wird von der Genossin Arning (Magdeburg) eröffnet. Für den Bezirksverband der Sozialdemokratischen Parteien begrüßte der Genosse Ferl die Frauen. Neben den 60 Delegierten waren noch sehr viele Gäste erschienen.

Den

Bericht über die Frauenarbeit

gibt die Genossin Arning. Alle die großen Kämpfe der Nachkriegszeit haben an die Frauen große Anforderungen gestellt. Noch nie war eine solche Häufigkeit an Wahlen, wie in den letzten Jahren. Daneben sind schwere Kämpfe um die Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung geführt worden. Kampf gegen Zölle, für den Achtstundentag und Verbesserung der Sozialgesetzgebung: überall stand die Sozialdemokratie im Vordergrund. Hemmnisse mancherlei Natur haben eine wesentliche Besserung der Lage der Arbeiterschaft verhindert. Besonders hinderlich ist das große Heer der Indifferenten, die ohne Anteilnahme am politischen Leben entweder nicht zur Wahlurne gehen, oder den rückschrittlichen, volksfeindlichen Parteien ihre Stimme geben.

Allerorts muß sich heute die Arbeiterbewegung und in ihr in erster Linie die Frauenbewegung mit den Gegnern messen. Es geht für die Frauen nicht mehr in erster Linie um die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung in allen Dingen des gesellschaftlichen Lebens, sondern um die

Bewältigung immer neuer Aufgaben.

Die Arbeit der Frau in den Parlamenten, sei es im Dorfe, in der Stadt, im Lande oder im Reichstage wird allgemein anerkannt. Hauptursache ist, daß sich die Frauen der größten Sachlichkeit in ihrer Arbeit befleißigen.

Der Kampf um die Gleichberechtigung der Frauen ist keineswegs schon beendet. Besonders ist die wirtschaftliche Stellung der Frauen noch sehr hinter der des Mannes zurück. Eine stürmische Vermehrung der Arbeitshände hat eingesetzt. Immer größere Frauenkreise müssen sich einer Berufsarbeit zuwenden. Rund 3,3 Millionen erwerbstätige Frauen gibt es heute mehr als in der Vorkriegszeit. Die Gesamtzahl der beruflich tätigen Frauen beläuft sich in Deutschland auf 11 Millionen. Immer größer wird die Zahl der Frauen, die keinen Ehestand begründen können. Sie vergrößern die Zahl der arbeitenden Frauen. Eine sehr große Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei ist es, für ausreichenden Arbeiterinnenschutz unablässig zu kämpfen. Scharf muß gegen die Bestrebungen Front gemacht werden, die Landarbeiterinnen und die Hausangestellten vom Schutz ausschließen wollen. Wir müssen im Gegenteil für diese schweren Berufe verstärkten Schutz verlangen.

Große Aufgaben sind von uns auf dem Gebiete der Wöchnerinnenfürsorge noch zu leisten. Rückschauend kann gesagt werden, daß ohne die Arbeit der Sozialdemokratie die Fürsorge für Mütter noch sehr im Argen liegen würde. Besonders hat uns die

Sorge um die unehelichen Mütter

aufgelegen. Die vielen unsinnigen Ausnahmebestimmungen gegen diese Mütter und aber auch die kleinbürgerlichen Moralanschauungen der Menschen unsrer Zeit können gar nicht scharf genug bekämpft und schnell genug beseitigt werden. Vor allem ist es eine Aufgabe der sozialdemokratischen Frauen, hier nach besten Kräften zu wirken, damit der unehelichen Mutter wenigstens der Gesetzesschutz voll gewährt wird. Durch die Arbeit der Sozialdemokratie hat der § 218, der

Abtreibungsparagraph eine erhebliche Milderung

erfahren. Die Abtreibung wird nicht mehr mit Zuchthaus, sondern nur noch mit Gefängnis bestraft. Wir werden auch für die Zukunft in dieser Richtung unser möglichstes tun.

Auch in der Arbeit für die Prostituierten sind wir sehr tätig gewesen. Die Aufhebung der Bordelle und öffentlichen Häuser steht bevor. Mit dem Ende der Kasernierung der Prostituierten fängt für uns eine besonders notwendige Arbeit an, nämlich den unglücklichen Insassen dieser Häuser Schutz und Hilfe zu gewähren. Mit liebevollem Verstehen und mit freundlicher Fürsorge muß die gefährdete weibliche Jugend vor dem Straucheln bewahrt werden. In den Pflegeämtern müssen wir gern und freudig helfen. Allüberall müssen wir eine sehr aktive Kleinarbeit entfalten, um die sozialen und moralischen Schäden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nach Möglichkeit zu mildern oder auszumerzen. Und für alle diese Arbeiten, die sich ständig durch neue Aufgaben vermehren, muß die Partei das Rückgrat sein, sie muß immer wieder das Becken sein, aus dem wir die Kräfte zur hilfsbereiten Arbeit schöpfen.

Im Bezirk Magdeburg-Anhalt ist

die Frauenbewegung in den letzten Jahren

nicht nur zahlenmäßig gewachsen, sondern ist auch innerlich fester geworden. Immer mehr setzt sich der Gedanke durch, daß die Frauenabende Inhalt und Kultur bekommen müssen. Der Erfolg ist in unsrer Frauenbewegung so in die Augen springend, daß wir auch in Zukunft die geselligen Frauenveranstaltungen beizubehalten haben. Wir haben durch Frauenweltabende und Frauenfeierstunden zu verzeichnen, daß wir schon eine Reihe von Ortsvereinen im Bezirk haben, in denen mehr Frauen als Männer organisiert sind. Ueberall wetteifern die Genossinnen, den Stand der männlichen Mitglieder zu erreichen oder zu überholen. Unsre lebendige Frauenbewegung hat manchen müde gewordenen Funktionär wieder aktiv gemacht. Unsre Aufgabe muß es auch im kommenden Jahre sein, diesen Arbeitseifer der Frauen lebendig zu erhalten, um durch eine gute Frauenbewegung die Partei zu stärken.

Die Frauenbewegung ist in sehr starkem Maße eine Führerfrage. In Kursen und Konferenzen ist versucht worden, den Funktionärinnen das Werkzeug für ihre Arbeit zu geben. In der kommenden Zeit soll noch mehr in dieser Richtung getan werden. Vor allem ist auch die Heranbildung rednerischer Kräfte eine Notwendigkeit. Ein Rednerkursus soll hier Wandel schaffen.

Alles in allem genommen ist die Frauenbewegung im Bezirk sehr gut vorwärtsgekommen und kann sich der Gesamtpartei, die über eine gute Aufwärtsentwicklung in allen Zweigen unsrer Parteiorganisation berichtet ebenbürtig an die Seite stellen. Wir dürfen nur nicht ausruhen und zufrieden sein, sondern alle Kräfte müssen restlos weiterarbeiten in der Aufklärung und Gewinnung von Frauen zum Nutzen der Partei und zum Segen des arbeitenden Volkes.

Die Aussprache

war sehr rege und legte ein starkes Zeugnis von der großen Lebendigkeit der Frauenbewegung im Bezirk ab. Sie war der beste Beweis dafür, wie sehr die Arbeiterfrauen Anteil nehmen an den politischen und wirtschaftlichen Geschehnissen, aber auch dafür, daß eine Unsumme praktischer Arbeit auf dem Gebiete der Fürsorge und der Wohlfahrt von den Genossinnen geleistet worden ist und in steigendem Maße auch für die Zukunft geleistet werden wird.

Von der Genossin Wiese (Harbke) wird die vom Bezirksparteitag beschlossene Erhöhung des Frauenbeitrags von 10 auf 15 Pf. pro Woche begrüßt.

Die Genossin Süß (Burg) bespricht die Ausgestaltung der Frauenabende und wünscht, daß stärkere Bildungsmöglichkeiten für die Frauen geschaffen werden. Sie stimmt ebenfalls der Beitragserhöhung zu.

Von der Genossin Fiedler (Bernburg) wird auf das erfreuliche Anwachsen besonders der weiblichen Mitgliederzahlen im Bezirk hingewiesen. Erfreulich ist auch die Tatsache, daß sich die Frauen immer mehr um kulturelle Durchdringung ihrer Zusammenkünfte bemühen. Sozialistische Veranstaltungen müssen so ausgestaltet sein, daß sie eine starke Wirkung und ein Erlebnis bei allen Beteiligten hinterlassen.

Der Geist der Gemeinschaft

muß bei allen Zusammenkünften von Sozialisten durchklingen. Von der Frauenarbeit ist eine Veredelung des politischen Lebens ausgegangen. Zur Führerinnenschulung empfiehlt die Genossin Fiedler die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften. In ihnen läßt sich sehr viel fruchtbare Arbeit leisten; Arbeit, die dort, wo sie bisher betrieben, große Erfolge gebracht hat. Die Not im Volk ist groß, aber der Opfermut der Arbeiterfrauen ist noch größer. Die Frauen müssen fest zur Partei stehen, denn ohne diese wären sie noch politisch unmündig und rechtlos.

Kritik wird von der Genossin Jäckel (Klötze) an der unverständlichen Haltung mancher Krankenkassen in Fragen der Wöchnerinnenfürsorge geübt. Hier können wir durch praktische Hilfe und Eintreten für die benachteiligten Mütter manche Hilfe schaffen.

Ueber Möglichkeiten der Agitation, besonders in ländlichen Gebieten, spricht die Genossin Richter (Bernburg).

Von der Genossin Scharf (Zerbst) wird betont, daß die Frauen auf dem Gebiet der Jugendschöffenarbeit immer im sozialistischem Sinne handeln müssen.

Genossin Minna Bollmann (Halberstadt): Der Einfluß der Frauen in den Parlamenten muß noch stärker werden, damit die Frauen nicht nur auf dem Papier, sondern auch tatsächlich gleichberechtigt werden. Noch immer ist eine Ehegesetzgebung vorhanden, die die Frau in eine Ehesklaverei zwängt. Der Grund liegt darin, daß die bisherigen Gesetze ausschließlich von Männern und darüber hinaus zum Schutze des Besitzes gemacht worden sind. Bei den weiblichen Parlamentariern herrscht bei weitem keine einheitliche Ansicht über die Gleichberechtigung der Frauen. Nur ein Beispiel. Wenn ein Beamter ein uneheliches Kind hat, so ändert sich in seinem Anstellungsverhältnis nichts; bekommt aber

eine Beamtin ein uneheliches Kind,

wird sie entlassen. Sämtliche bürgerlichen Frauen halten diesen Standpunkt für berechtigt. Die Aufhebung der Kasernierung der Prostitution ist ein sehr zweischneidiges Schwert. Ueben die bedauernswerten Mädchen ihr Handwerk inmitten von Kindern und Jugendlichen aus, so geht das nicht ohne schwere moralische Schäden für die Umwelt ab. Vor 20 Jahren wurde die Frauenbewegung im Bezirk Magdeburg-Anhalt ins Leben gerufen. 900 Mitglieder zählten wir damals. Welch ein gewaltiges Wachsen bis zur heutigen Stärke. Wir dürfen aber auf den Lorbeeren nicht ausruhen, sondern nach wie vor nach besten Kräften für die Partei arbeiten.

Von der Genossin Wüstling (Calbe) wird stärkere Beachtung für den Schwangerenschutz gefordert.

Der Genosse Ferl (Magdeburg) setzt sich mit der Beitragsfrage auseinander und zeigt die Notwendigkeit der Erhöhung der Frauenbeiträge. Die Frauenbewegung braucht die jungen Kräfte. Zwischen alt und jung muß ein besseres gemeinsames Arbeiten angebahnt werden.

Auf den Wert der Frauenabende weist die Genossin Gleichen (Raguhn) hin.

Vom Genossen Müller (Stendal) wird der Königin-Luisen-Bund (Lieschenbund) als größter Gegner der sozialistischen Frauenbewegung bezeichnet. An Hand von Versammlungsberichten bringt er den Nachweis, daß die Absicht dieses Bundes darauf hinausläuft, die Frauen wieder kriegsbegeistert zu machen. Die Tätigkeit des Bundes wächst sich nachgerade zu einer außenpolitischen Gefahr aus.

Genossin Rettmann (Roßlau): In der Parteiarbeit dürfen wir nie zufrieden sein.

Genossin Zell (Groß-Quenstedt) weist auf die lebhafte Agitation der Rechtsparteien auf dem Lande hin. Die

Willkür der Agrarier auf dem Lande

kennt keine Grenzen. Wir müssen uns mit aller Kraft dagegen wehren, daß die Landarbeiterinnen vom allgemeinen Schutze der Arbeiterinnen ausgeschlossen werden. Auf dem Lande muß um jede Frau mit den Rechtsbünden gekämpft werden.

Genossin Otto (Neuhaldensleben): Wer seinen Mann im Kriege hingegeben hat, muß mit aller Leidenschaft gegen jeden Krieg kämpfen. Wir sozialistischen Frauen müssen immerfort Verkünderinnen der Völkerverständigungsidee sein. Die Kriegerwitwen können es nicht verstehen, daß sie mit niedrigen Renten abgespeist werden für das große Opfer, das sie dem Vaterland gebracht haben, während die Offiziere mit hohen Pensionen gefüttert werden.

Der Bezirksvorsitzende Genosse Fabian (Magdeburg) zerstört die Auffassung, daß durch die Erhöhung der Beiträge Mitgliederverluste eintreten könnten. Der Arbeiter braucht ebenso nötig wie die Partei auch ein Sprachrohr, und das ist die Parteipresse. In den meisten Familien bestimmen die Frauen, welche Zeitung gelesen wird. Für jede Arbeiterfrau muß es eine Selbstverständlichkeit sein, eine Arbeiterzeitung zu halten.

In ihrem Schlußwort weist die Genossin Arning auf den hohen Stand der Aussprache hin. Allseitig ist betont worden, daß unter den Frauen der Glaube an den Sozialismus immer stärker geweckt werden muß.

Es wird dann die Wahl der

weiblichen Delegierten zum Parteitag,

der Delegierten zum Frauenparteitag und zur Reichstagung der Arbeiterwohlfahrt vorgenommen. Gewählt werden die Genossinnen Richter (Zerbst) für Anhalt I, Herbold (Roßlau) für Calbe-Quedlinburg, Süß (Burg) für die Jerichowschen Lande und Bollmann (Halberstadt). Außerdem nimmt an den Tagungen die Genossin Arning als Mitglied des Parteiausschusses teil.

Nach der Mittagspause wird dann ein Lichtbildervortrag vom Genossen Robert Breuer (Berlin) über

Arbeiterwohnung und Heimkultur

gehalten. Die Städtebilder sind Ausdruck des menschlichen Empfindens und der Gedankenwelt, in der sie leben. Aber nicht nur der tote Stein redet vom Geiste der Menschen, sondern auch die Einrichtung der Wohnräume. Genau so wie Bauten zweckentsprechend sein sollen und auch sein müssen, genau so ist es auch mit den Möbeln. Eine Königsburg war ein reiner Zweckbau. Sie verkörperte mit ihren Zinnen und Türmen den absoluten Herrscherwillen des Besitzers. Mit ihren Mauern und Wällen diente sie aber auch der Verteidigung. Dome und Kirchen verkörpern die einstige Macht der Kirchenorganisationen. Unecht wirken aber Bauten, die ohne jeden Zweck nach Vorbildern kopiert werden, wie zum Beispiel der Berliner Dom als eine Nachahmung der Peterskirche in Rom recht komisch wirkt. Ebenso ist es, wenn venedische Dogenpaläste, die mit ihren festen Mauern Macht verkörperten und Schutz boten gegen Angriffe, in die ruhsamen Städte unsers Zeitalters hineingebaut werden. Mietkasernen können nur entstehen, wenn die Arbeiterschaft ohne Macht ist, wenn sie noch keinen eignen Bauwillen hat. Die Kasernen mit ihren engen, licht- und luftarmen Höfen sind Brutstätten jeglicher Not. Ein erwachtes Proletariat baut sich Siedlungen mit großen Höfen und Gartenanlagen, die Häuser ohne jeden unnötigen Zierat kram, alles nur dem einen Zwecke dienend, gesundes Wohnen zu ermöglichen.

Die

Heimkultur der Arbeiterschaft

muß eine proletarische sein, d. h. sie muß den Willen der Arbeiterschaft zur Macht verkörpern. Einfach und schlicht, wie die Masse der Arbeiter, muß auch die Arbeiterwohnung sein. Leider ist es meistens so, daß Möbel vergangener Zeiten den Arbeiter umgeben. Die Arbeiterbewegung ist mehr als eine Magenfrage. Sie hat ihre Aufgaben darin, das gesamte menschliche Leben mit einem neuen Geiste zu erfüllen. Berufen sind die Arbeiterfrauen, auf dem Gebiet eines neuen Wohnens Wandel zu schaffen.

Eine Reihe klarer Lichtbilder ergänzen die mit Humor gewürzten und sehr temperamentvollen Ausführungen des Redners.

Zum Schlusse fordert die Genossin Arning die anwesenden Genossinnen auf, das Gehörte in der Tagesarbeit für die Partei im Interesse des Aufstiegs der Arbeiterschaft zu verwerten und daran zu arbeiten, daß sich die sozialistische Frauenbewegung noch stärker wie bisher entwickelt. —

Magdeburger Angelegenheiten

Lohnschiedsspruch für die Metallindustrie

Nach längeren Verhandlungen vor und im Schlichtungsausschuß Halle wurde am 21. März für die Mitteldeutsche Metallindustrie folgender Schiedsspruch gefällt:

1. Der Lohn der über 23 Jahre alten

a) Facharbeiter wird ab laufender Lohnwoche (27. März 1927) um 5 Pf., also von 69 auf 74 Pf., ab 2. Oktober 1927 um 1 Pf., also von 74 Pf. auf 75 Pf. erhöht.

b) angelernten Arbeitern wird ab laufender Lohnwoche (27. März 1927) der Lohn um 5 Pf., also von 63 auf 68 Pf., ab 2. Oktober 1927 um 1 Pf., also von 68 auf 69 Pf. erhöht.

c) ungelernten Arbeitern wird ab laufender Lohnwoche (27. März 1927) der Lohn um 5 Pf., also von 56 auf 61 Pf., ab 2. Oktober 1927 um 1 Pf., also von 61 auf 62 Pf. erhöht.

2. Die übrigen Lohnsätze werden dementsprechend erhöht, indem alles, was 0,5 Pf. und höher ist, nach oben und alles, was 0,4 Pf. und weniger ist, nach unten auf ganze Pfennige abgerundet wird.

3. Die Lehrlingssätze werden für alle drei Tarifgebiete für die ganze Dauer der Geltung des vorliegenden Schiedsspruchs im 1. Lehrjahr auf 12 Pf., im 2. Lehrjahr auf 14 Pf., im 3. Lehrjahr auf 22 Pf., im 4. Lehrjahr auf 26 Pf. die Stunde erhöht.

4. Der vorstehende Schiedsspruch kann zum erstenmal zum 14. Januar 1928 mit 14tägiger Frist gekündigt werden.

Die Parteien erhalten Frist zur Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches bis zum 30. März 1927, mittags 12 Uhr. Nichterklärung gilt als Annahme.

Die Funktionäre des Metallarbeiter-Verbandes nehmen an der Vertrauensmänner-Sitzung, die am Freitag den 25. März, abends 6.15 Uhr, bei Lüchtefeld stattfindet, zu dem Schiedsspruch Stellung.

Kirchenaustrittswoche

Die Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände Deutschlands veranstaltet vom 21. bis 26. März eine Kirchenaustrittswoche. Sie erstrebt auf religiösem Gebiet Wahrhaftigkeit und Entschiedenheit. Darum fordert sie alle freidenkenden Menschen auf, aus den alten Religionsgemeinschaften auszutreten und sich einer freigeistigen Organisation (Deutscher Monistenbund, Freireligiöse Gemeinde, Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung) anzuschließen. Auf freigeistigem Boden stehen alle Männer und Frauen, die den Glauben an Gott und Teufel, Himmel und Hölle ablehnen, und überzeugt sind, daß wir Menschen nur dieses eine Leben auf Erden zu führen haben, das menschwürdig zu gestalten unsre gemeinsame Aufgabe ist.

Wir treten ein für eine entschiedene Trennung von Staat und Kirche, also für Aufhebung aller kirchlichen Privilegien, für die weltliche Einheitsschule, für die Erteilung des Unterrichts im Geiste der Völkerversöhnung und für die Schaffung einer gerechten Wirtschaftsordnung im Sinne des Sozialismus. Darum tretet ein in unsre Reihen und kämpft mit uns für die Befreiung der Menschheit auf allen Lebensgebieten gegen jede Reaktion!

Der Kirchenaustritt muß persönlich beim Amtsgericht Altstadt, Halberstädter Straße 163 und Amtsgericht Neustadt, Umfassungstraße 76, Zimmer 4, vormittags 10 bis 1 Uhr, erklärt werden. Er ist kostenlos. Alle über 14 Jahre alten Personen müssen selbständig ausscheiden. Für Kinder unter 14 Jahren geben die Eltern die Austrittserklärung ab, Kinder über 12 Jahre müssen dabei anwesend sein und ihr Einverständnis bekunden. Wer tagsüber keine Arbeit wegen des Kirchenaustritts versäumen will, kann die Erklärung bei einem Notar am Freitag den 25. März abends abgeben. Nähere Auskunft hierüber erteilen die Geschäftsstelle des Verbandes für Freidenker und Feuerbestattung, Hohepfortestraße 41, der Vorsitzende der freigeistigen Arbeitsgemeinschaft, Genosse Grosse, Große Münzstraße 3, 1 (Metallarbeiterverband) sowie die Buchhandlung Volksstimme.

Freigeistige Arbeitsgemeinschaft Magdeburg.

Gegen Schnupfen hilft Forman

Zeugnisse

Alljährlich, wenn das Schuljahr sich seinem Ende zuneigt, taucht für Tausende von Kindern und Eltern die Frage der Versetzung und damit die des Zeugnisses auf. Nicht nur der Uebergang in höhere Schulen, Universitäten und ähnliche Institute ist von der Erwerbung eines guten Schulzeugnisses abhängig, sondern auch im Wirtschaftsleben spielt dies bei der Annahme von Lehrstellen, Stellungen usw. vielfach eine Rolle.

Nun ist aber das Schulzeugnis in seiner heute allgemein üblichen Form ein Unding. Zunächst sind die Zensuren stets subjektiv. Auch bei dem Vorhandensein von genauen Richtlinien wird häufig ein Lehrer anders urteilen als der andre. Auch wenn der Lehrer sich der größtmöglichen Objektivität befleißigt, wird dadurch der subjektive Charakter seines Urteils nicht behoben. Kennt er aber die häuslichen Verhältnisse des Kindes nicht genau, so greift er in der Einschätzung des Schülers sehr leicht vorbei. Vor allem besteht diese Gefahr bei solchen Lehrkräften, die, einer ganz andern Umgebung entstammend, und nur in bemittelten Kreisen verkehrend, sich in die Lage eines Arbeiterkindes und die ihm entstehenden Schwierigkeiten gar nicht hineinversetzen können. Auch eine gewisse Weltfremdheit, die namentlich bei ältern Lehrerinnen leicht vorhanden ist, wird diese mitunter zu falscher Beurteilung eines Kindes bringen.

Wenn man nun auch die Subjektivität der Zeugniserteilung nicht völlig verhindern kann, so ist es aber sehr wohl möglich, das bisher zumeist in Zahlen ausgedrückte Urteil in anderer Form zu bringen, die leichter verständlich ist und der kindlichen Eigenart mehr gerecht wird. Es läßt sich Geistesleben (wozu auch die Leistungen in den einzelnen Unterrichtsfächern gehören) nicht gut in Zahlen fassen. Besser ist es, wenn der Lehrer in einigen Sätzen über das Kind berichtet. Dann läßt sich weit genauer angeben, was das Kind kann und was nicht, wofür es besonderes Interesse hat und was ihm schwerfällt. Dann können sich auch die Eltern weit eher ein Bild von den Fortschritten ihrer Kinder machen, als wenn es nach alter Art heißt: „Deutsch 2—3" oder ähnlich so.

Ganz besonders verfehlt sind auch die noch immer gebräuchlichen Zensuren für Ordnung und Fleiß. Denn wenn ein Kind noch so sauber und ordentlich mit seinen Sachen umgeht, aber die kleineren Geschwister, die sich selber überlassen sind, weil die Mutter arbeiten muß, zu Hause Flecke in die Hefte bringen oder die Bücher zerreißen, so bekommt das daran gänzlich unschuldige Schulkind dafür eine schlechte Ordnungszensur. Es ist vorgekommen, daß Kinder bei ihrer Schulentlassung wegen einer ungenügenden Nummer in Ordnung, an der nicht sie, sondern die häuslichen Verhältnisse schuld waren, eine Lehrstelle nicht erhielten. Auch in bezug auf den angewandten häuslichen Fleiß ist der Lehrer auf Vermutungen angewiesen, die sehr oft mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen, weil der Beurteiler die aus der proletarischen Häuslichkeit erwachsenden Hemmungen nicht genügend kennt.

So wird durch ein verkehrtes Schulzeugnissystem vor allem manchem Arbeiterkind unrecht getan. Darüber hinaus reden aber auch die zahlreichen Schülerselbstmorde an höheren Schulen, die wegen eines schlechten Zeugnisses erfolgten, eine eindringliche Sprache.

Niemals sollten Eltern ein Kind quälen, es übermäßig belasten, um ein gutes Zeugnis zu erhalten. Die Begabungen sind ungleich verteilt. Schon innerhalb der wissenschaftlichen Fächer unterscheidet man mathematische, sprachliche und naturwissenschaftliche Begabung. Weniger von der Schule erfaßt werden die künstlerischen und die manuellen (handwerklichen) Begabungen. Dabei sind auch diese durchaus wichtig. Nach irgendeiner Seite hin wird schon jedes Kind etwas leisten. Auf diesem Gebiet sollte man es fördern, nicht aber es zu kraftübergendender Arbeit treiben, nur damit es unter allen Umständen eine gute Zensur in einem Fach erlangt, das ihm ganz und gar nicht liegt. — Auch das übertriebene Pauken kurz vor der Zeugniserteilung vermehrt nur die ohnehin beträchtliche Zahl der nervösen Kinder.

Mit den vorstehenden Ausführungen soll nicht gesagt sein, daß die Eltern Gleichgültigkeit dem gegenüber an den Tag legen sollen, was ihre Kinder in der Schule treiben. Denn wir wissen als Sozialisten, daß eine gute Schulbildung nötig ist, damit unsre Nachkommen den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse zum Siege bringen können. Im Gegenteil sollte sich die Arbeitermutter recht oft nach den Leistungen ihrer Kinder erkundigen, damit sie, wenn möglich, rechtzeitig helfend eingreifen kann.

Schon wird an modern arbeitenden Schulen auch das Zeugniswesen in neuer Form angezogen. Aber auch an den vielen Schulen, die noch im alten Geiste leben, ist die Reform des Zeugnissystems dringend notwendig.

H. B.

Vorläufig kein Abbau der privaten Vorschulen

Nach den Beschlüssen des Reichstags und Reichsrats kann in diesem Schuljahr der Abbau der privaten Vorschulen nicht erfolgen, da die Entschädigungsfrage für die Inhaber, Leiter und Lehrkräfte der Privatschulen noch nicht gelöst ist. Entgegen den Anträgen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatte die Mehrheit des Reichstags keine Neigung, hier auf eine schnelle und klare Regelung einzugehen, d. h. die Privatschulen Ostern 1927 aufzuheben, vorbehaltlich der vom Reichstag in Bälde festzusetzenden Entschädigung. Der von unser Seite gezeigte Weg war gangbar. Aber die heimlichen und offenen Feinde der Grundschule sagten sich hier: Zeit gewonnen, alles gewonnen. Es geht den Herrschaften um die Erhaltung der Privatschulen überhaupt, damit sie ihre Kinder nicht in die Grundschulen zu schicken brauchen. Auf der einen Seite redigt man für alle möglichen und unmöglichen Fragen die „Einheitsfront" des deutschen Volkes, auf der andern Seite hält man seine Kinder von der Grundschule fern, dem einzigen Orte, wo eine Einheitsfront, und sei es vorläufig auch nur für die ersten Schuljahre des Kindes, möglich ist.

Unsre so schön einheitlich gedachte Grundschule ist jetzt zerschlagen. In einigen Ländern Simultan-Grundschulen, dann die Bezirksgrundschulen, evangelische, katholische Grundschulen, dazu kommen, wo die jüdische Bevölkerung stark ist, auch jüdische Grundschulen errichtet werden. Unsre weltlichen Schulen vermehren den Reigen, dessen Schluß die oben so beliebten privaten Vorschulen bilden. Und sie müssen den Herrschaften erhalten bleiben.

In Verfolg der Reichstagsbeschlüsse hat der preußische Kultusminister dem „Amtlichen Preußischen Pressedienst" zufolge die Leiter der Privatschulen und -klassen angewiesen, in diesem Jahr noch einmal Kinder in die für den ersten Schulpflichtsjahrgang bestimmte Privatschulklasse aufzunehmen.

Selbstverwaltung oder Bureaukratie?

(Bemerkungen zum Finanzausgleich.)

Von Dr. Gerhard Weißer, Magdeburg.

Je näher der Termin rückt, an dem es zu der endgültigen Reglung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden kommen soll, um so lebhafter wird die öffentliche Diskussion über dieses schwierige und in jeder Hinsicht bedeutsame Problem. Um so deutlicher zeigt sich aber auch, daß seine Aufwerfung notwendig zur Ueberprüfung grundlegender staatspolitischer Fragen führt.

Bei der Verteilung der von den Steuerzahlern aufgebrachten Mittel können die drei großen Konkurrenten im Kampf um den Besitz des Staatssäckels in sehr verschiedener Weise berücksichtigt werden; je nachdem, wie groß der einzelne Anteil wird, ist aber auch ihre politische Machtstellung, überhaupt ihr Anteil an der Gestaltung des öffentlichen Lebens stärker oder schwächer. Denn auch im Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ist es so, daß Macht und Einfluß sehr wesentlich — wenn auch nicht allein — davon abhängen, bei wem das Geld ist. Das Problem des Finanzausgleichs führt also zwangsläufig zur Frage der Machtverteilung überhaupt.

Im Gegensatz zur Vorkriegszeit, in der im Kampf um den Finanzausgleich die Länder obenauf waren und die Gemeinden ihre Position zur Not noch hielten, ist heute das Reich in erfolgreichem Vordringen begriffen. Es hat die wichtigsten Steuern einschließlich ihrer Verwaltung an sich gerissen und schickt sich an, nunmehr auch in das ureigenste Gebiet der Länder und Gemeinden, das der Realsteuern, einzudringen. Die Wirkung ist, wie wir sie erwarten mußten: Länder und Gemeinden haben Stück für Stück von ihrer alten Unabhängigkeit und Macht hergeben müssen; die Länder an das Reich, und die Gemeinden an Reich und Länder, da sich die letztern naturgemäß an den noch schwächern Gemeinden schadlos zu halten suchen.

Dadurch wird naturgemäß der Zentralismus außerordentlich gefördert. Es steht die Frage, ob es wirklich ein Gewinn für das Wohl unsers Volkes ist, wenn die Leitung seiner Geschicke auf allen Gebieten von einer einzigen allmächtigen Zentralstelle ausgeht. Unverkennbar hat zwar die Demokratisierung unsers Staatslebens den zentralistischen Bestrebungen Vorschub geleistet. Gerade unter den Vertretern der Linksparteien finden sich viele, die mit vollen Segeln dem Ziele dieser neuen Strömung zusteuern. Sie haben sich in der Zeit des alten Regimes daran gewöhnt, den eigentlichen Wert der Selbstverwaltung darin zu sehen, daß sie „ein Stück Volksrecht im Obrigkeitsstaat" darstellte. Nachdem nun heute das ganze Staatsgebäude vom Fundament bis zur Spitze nach dem Willen der Volksmehrheit verwaltet wird, da sei, so meinen sie, die Betonung eines Gegensatzes zwischen Staat und Gemeinden nicht mehr am Platze. Die Selbstverwaltung habe aufgehört, ein „notwendiger Unterbau und Ergänzung des Volksstaates zu sein". So konnte man erst jüngst in einem Artikel der „Gewerkschaftszeitung" wörtlich lesen (Nr. 52 vom 25. 12. 1926). Aehnliche Aeußerungen ließen sich in großer Zahl anführen.

Nur konsequent ist es auch bei solcher Stellungnahme, wenn diese zahlreichen Gegner der Selbstverwaltung im Streit um den Finanzausgleich bedingungslos die Parole des Reichsfinanzministers Reinhold und seines einflußreichen Staatssekretärs wiederholen: „Auf der Stufenleiter Gemeinden, Länder, Reich sei das Reich Spitze und wichtigster Besitz; es müsse daher in jenem Kampf in erster Linie unterstützt werden."

Dieser Gedankengang beruht aber auf Irrtümern und Trugschlüssen. Was zunächst Wert und Zweck der Selbstverwaltung anlangt, so sind sie von der Staatsform unabhängig. Unter jedem Regime, mag es demokratisch oder nicht sein, zeigen sich in einem Staatswesen (ja in jeder überörtlichen Organisation überhaupt!) auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung Erscheinungen, die

eine gewisse Dezentralisation ratsam und notwendig

machen. Die Beschlüsse, die am grünen Tische der Regierung gefaßt werden, können nicht mehr dem bunten Wechsel und der reichen Vielgestaltigkeit des Volkslebens gerecht werden, in das sie regelnd eingreifen. Sie müssen, um bei der Fülle des zu Regelnden noch befolgt werden zu können, schematisierend wirken. Ebenso wird die Denkweise des ständig wachsenden Beamtenstabes unter dem Drucke der Verwaltungsdisziplin immer starrer bis zur Uniformität. Denn je größer der Verwaltungsapparat wird, um so mehr muß die Initiative der untern Stellen eingeengt werden; diese unterliegen vielmehr einer immer intensivern Beaufsichtigung. Das lähmt dann auch den Arbeitseifer und begünstigt — als Ersatz des verdrängten gesunden Ehrgeizes — die Entstehung eines innerlich unwahren Selbstgefühls. Hierdurch wird die so dringend gebotene Fühlung mit der Bevölkerung noch weiter gelockert. Kurz, es entsteht Bureaukratismus, dessen Wirken sich wie ein erstickender Aschenregen über alles frisch blühende Leben legt.

Man wende nicht ein, daß die am Sitze der Regierung zusammenströmenden Volksvertreter diesem Uebel vorbeugen können! Dazu sind sie viel zu schwach. Der Verwaltungsapparat eines großen Staates ist ein Körper von einem so ungeheuern Eigengewicht, daß man ihn nicht durch diese oder jene Einwirkung auf seine schmale Spitze ausschlaggebend beeinflussen kann. Wenn man dies will, so gehört dazu vielmehr, daß die Hebel an tausend Stellen seines Fundaments, überall an den Stellen seiner unmittelbaren Ausstrahlung auf das soziale Leben angesetzt werden!

Hierin liegt nun der Schlüssel zum richtigen Verständnis für Zweck und Wert der Selbstverwaltung. Wie große Industriekonzerne den in ihren Interessenkreis gezogenen Betrieben aus klarer Einsicht in den Wert einer nur sich selbst verantwortlichen Initiative die Gestaltung ihrer innern Angelegenheiten zur selbständigen Reglung überlassen, so will auch die staatspolitische Idee der Selbstverwaltung die Initiative der mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten Bevölkerung für alle diejenigen öffentlichen Zwecke nutzbar machen, die nicht unbedingt durch überlokale Organisationen erfüllt werden müssen. Auf diese Weise will sie einen ständigen Zustrom frischen Blutes in den leicht erstarrenden Körper der Staatsverwaltung leiten.

Mag dann immerhin einmal Zusammensetzung und Kurs einer Gemeindemajorität von der Stellungnahme der Staatsmajorität abweichen — eine weitblickende, staatsmännische Denkweise wird sich über diesen im Augenblick vielleicht unbequemen und ärgerlichen Widerstand hinwegsetzen. Denn dieser Mangel wird vielfach aufgewogen durch die Vorteile der Selbstverwaltung.

Unsre allgemeinen Betrachtungen werden durch die

tatsächlichen Leistungen der Gemeinden

bestätigt. Es sollte nicht nötig sein, die lange Reihe von glänzenden Beispielen nutzbringender Betätigung aufzuzählen, von der die nun schon 100jährige Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung zu berichten weiß. Wir wollen nur einige Beispiele aus neuerer Zeit anführen. Es wird ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Städte bleiben, daß sie schon in der Vorkriegszeit die erste Bresche in das rein kapitalistische System der Bodenbewirtschaftung gelegt haben, indem sie begannen, die Bodenspekulation durch Landabgabe unter Vorbehalt eines Wiederkaufsrechts, später durch Bestellung von Erbbaurechten usw. zu unterbinden. Auch heute gehen die Gemeinden in ihren Opfern für einen gesunden Wohnungsbau weit über den vom Staate vorgezeichneten Rahmen hinaus.

Ebenso war der Ausbau des öffentlichen Arbeitsnachweiswesens in der Vorkriegszeit ein Ausfluß freier Entschließung der Gemeinden. Ein großer Teil der Wohlfahrts- und Gesundheitspflege, namentlich zahlreiche Einrichtungen der vorbeugenden Fürsorge (Erholungsheime, Gesundheitsberatung, Kinderhorte usw., Stätten der Körperpflege und des Sportes) sind der Initiative der Selbstverwaltung zu danken, ebenso viele Fortschritte im Schul- und Volksbildungswesen. Auch an die Leistungen der Provinzen als Selbstverwaltungsorgane, beispielsweise an ihre gemeinnützig arbeitenden Realkreditinstitute, wie Land- und Stadtschaften, sei erinnert.

Und man darf wohl aus der Betätigung der Gemeinden nach dem Kriege schließen, daß ihre soziale und kulturelle Wirksamkeit durch den Wegfall des undemokratischen frühern Gemeindewahlrechts wesentlich belebt worden ist, während manche erheblichen Mißstände beseitigt oder gemildert sind.

Alles dies wird nun

durch den neuen Zentralismus verkannt und gefährdet.

Die auf sein Konto zu setzende Selbstverwaltungsfeindlichkeit äußert sich auf zweierlei Weise. Einerseits durch eine sachlich nicht gerechtfertigte Verstärkung der staatlichen Aufsicht, die in einem früher nicht gekannten Maß und oft schikanös in alle Einzelheiten der Gemeindeverwaltung einzudringen versucht. Anderseits in einer Einengung ihrer finanziellen Beweglichkeit, die im offensichtlichen Mißverhältnis zu den ihr zugewiesenen bzw. überlassenen Aufgaben steht. Während nun diese finanzielle Einengung mit einer angeblich bei den Gemeinden vorhandenen Verschwendungssucht begründet wird, geht jene verstärkte Aufsicht von einem Verwaltungsapparat aus, der nach nahezu allgemeiner Ueberzeugung übersetzt ist und also in ganz unnötiger Weise Steuermittel verschlingt.

Kein einsichtiger Kommunalpolitiker wird dagegen ankämpfen, daß dem Reiche der Anteil an den Steuern zukommt, den es zur Erfüllung seiner stark vermehrten Aufgaben benötigt! Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß die Steuermilderungen der letzten Jahre unbestreitbar die finanzielle Lage des Reiches nicht verschlechtert haben, sondern auf Kosten der Gemeinden durchgeführt worden sind, so wird man erkennen, daß jenes Argument nur das Mittel sein soll, um den wachsenden politischen Widerstand gegen die drückende Steuerlast vom Reich auf andre, nämlich die Gemeinden, abzulenken. So hat denn auch das Reichsfinanzministerium die Legende von der Verschwendungssucht der Gemeinden planmäßig weitergetragen, während die Maßlosigkeit, mit der in dieser Legende Einzelerscheinungen verallgemeinert werden, gerade ihm genau bekannt sein sollte. (Inzwischen beginnt sich die Wahrheit in dieser Hinsicht ja auch schon durchzusetzen.)

In Wirklichkeit stehen Reich und Gemeinden naturgemäß an Bedeutung für das Wohl des deutschen Volkes gleich; das ergibt sich für jeden Kenner der staatlichen Organisation aus der heute geltenden Verteilung der Aufgaben. Eine Verkümmerung der Gemeinden wirkt sich ebenso verderblich aus, wie eine Schwächung der eignen Funktionen des Reiches. Der Zusammenbruch der kommunalen Wohlfahrtspflege würde den Bestand des Staatsgefüges kaum weniger gefährden als etwa eine neuerliche Schwächung unsers Währungssystems; denn von dieser Fürsorge sind heute Millionen von Volksgenossen in ihrer ganzen Existenz abhängig. Beide Organe des einen deutschen Volkskörpers müssen daher lebenskräftig erhalten werden. Und man würde keinen Pfennig sparen, wenn man

die Gemeinden finanziell ruiniert,

dann aber ihre Arbeit, weil sie im Gesamtinteresse geleistet werden muß, durch andre Organe fortführen läßt, die zudem nach aller Erfahrung dazu weniger geeignet sein würden als die bisherigen.

Der neue Zentralismus wird also, wenn er sich durchsetzt, um einer falschen Theorie willen einen blühenden Zweig unsers öffentlichen Lebens zum Verdorren bringen, ohne damit etwas andres zu erreichen als einen Machtzuwachs der Bureaukratie, die ihr stärkstes Gegengewicht gerade in lebenskräftigen Selbstverwaltungsorganen findet (und nicht im Parlament). —

Der hiermit zugestandene zeitweilige Aufschub des Abbaues der privaten Vorschulen und Vorschulklassen, heißt es in der Verfügung weiter, erfolgt lediglich, um die Durchführung der Entschädigung der durch den Abbau wirtschaftlich Betroffenen möglichst entgegenkommend zu gestalten. An der Notwendigkeit, den gesetzlich vorgeschriebenen Abbau durchzuführen, ist nichts geändert worden.

Wir betonen nochmals, es wäre für unser Schulwesen besser gewesen, wenn die Kinder schon in diesem Jahr den für sie zuständigen Grundschulen zugeführt worden wären. Eltern- und Lehrerschaft müssen bei ihren Parteien und Abgeordneten dahin wirken, daß im nächsten Jahre die privaten Vorschulklassen endgültig zugunsten der Grundschulen verschwinden und nicht etwa in andrer Form neu erstehen.

K. P.

Sozialdemokratische Partei Magdeburg

Achtung, Frauen!

Montag den 4. April, abends 8 Uhr, findet für Groß-Magdeburg ein

Bunter Abend

statt, an dem auch Männer teilnehmen können. Mitwirkende: Schlesik-Orchester unter Leitung des Kapellmeisters W. Pfrieme und Schauspieler Albert Walther. Programme zu 20 Pfennig sind bei allen Bezirksleiterinnen und im Sekretariat zu haben.

Das magdeburgische Land Jüterbog

Im Magdeburger Geschichtsverein sprach der Berliner Bibliotheksdirektor Dr. Hoppe über die Geschichte des Landes Jüterbog. Eine Mauritius-Statue an dem schöner spätgotischen Jüterboger Rathaus zeugt noch heute von der alten Beziehung Jüterbogs zu Magdeburg. Das Moritzstift, der Vorläufer des Erzbistums Magdeburg, hat schon auf ostelbischem Boden eine Reihe von Liegenschaften und Rechten besessen, die sich als Etappen einer nach Osten führenden Straße Biederitz—Möckern—Loburg durch die Brandheide nach Belzig, weiter nach dem 1008 zuerst erwähnten Jüterbog, dann weiter über Dahme nach der Lausitz hin erkennen lassen. Eine erhöhte Bedeutung gewann dieser Besitz in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts, in der Zeit der sogenannten ostdeutschen Kolonisation, jener großen, vom Volksüberschuß veranlaßten Ausdehnungsbewegung nach dem slawischen Osten. Damals versuchte auch der Magdeburger Erzbischof Wichmann nach Osten hin Raum zu gewinnen.

Die Eroberung sollte durch Ansiedlung von Bauern gesichert werden. Besonders sind es die Flamen gewesen. Auf ihre Einwanderung deuten noch viele Namen (Fläming), Bauformen, Sitten und Gebräuche hin. Daneben entstanden feste militärische Plätze, in deren Schutz dann erste städtische Ansiedlungen sich bildeten. Grenzplätze dieser Art, die später zum Teil wieder an Nachbargebiete verlorengingen, waren zum Beispiel Trebbin, Belzig, Wiesenburg, Dahme, Baruth. Verwaltungsmittelpunkt aber wurde Jüterbog, wo Wichmann 1174 eine Stadt gründete. Der Ort lag zwischen zwei älteren Siedlungen, einer alten heidnischen Kultursätte (dem Tanzberg) und der der magdeburgischen Burg (heute der sogenannten Dammvorstadt). Die Kirchenbauten zeigten bauliche Einflüsse magdeburgischer Herkunft. Viele Klöster

Nachrichten aus der Provinz

Von der Invalidenversicherung

Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt hat einen vorläufigen Bericht über die Rentenbewegung im Jahre 1926 herausgegeben. Bemerkenswert ist die weitere erhebliche Zunahme der Renten. Die Zahl der laufenden Renten vermehrte sich in dem einen Jahr um rund 12 000, so daß am 31. Dezember 1926 ein Bestand an Renten von zusammen 148 972 vorhanden war. Bedenkt man, daß die Landesversicherungsanstalt etwa 800 000 Versicherte zählt, so ergibt sich, daß etwa 5 bis 6 Beitragszahler einen Rentenempfänger erhalten müssen. Das ist eine ganz erhebliche Belastung.

Invalidenrenten wurden im Jahre 1926 zusammen 16 908 beantragt (gegen 16 094 im Jahre 1925). Anerkannt wurden 14 310 Rentenansprüche, davon 1793 mit Kinderzuschüssen. Abgelehnt wurden 2320 Rentenanträge, und zwar 1539, weil noch nicht Invalidität im Sinne der Reichsversicherungsordnung als vorliegend anerkannt wurde, 654 weil durch nicht genügende Beitragszahlung die Anwartschaft erloschen und 101, weil die Wartezeit (von 200 Beitragswochen) noch nicht erfüllt war. In Wegfall kamen im Jahre 1926 nur 6869 Invalidenrenten. Am 31. Dezember 1926 war ein Bestand von 96 343 Invalidencenten vorhanden. Der Mindestbetrag einer Invalidenrente ist 20 Mark monatlich. Durch die Steigerungsbeträge (Anrechnung der geleisteten Beträge) kann sie sich aber bis zu etwa 32 Mark erhöhen. Der Durchschnitt ist 24 bis 28 Mark monatlich.

Krankenrenten für den Fall länger als 26 Wochen währender vorübergehender Erwerbsunfähigkeit werden nicht mehr besonders festgesetzt. Es gibt jetzt dafür die allgemein übliche Invalidenrente. Aus frühern Zeiten ist aber noch ein Bestand von 1187 laufenden Krankenrenten vorhanden.

Auch Altersrenten werden nicht mehr besonders festgesetzt. Statt diesen gibt es jetzt ebenfalls die Invalidenrenten. Auf Antrag der Rentenempfänger werden die Altersrenten in Invalidenrenten umgewandelt. Im Jahre 1926 wurden noch 357 derartige Umwandlungen vorgenommen, gleichwohl liefen am 31. Dezember 1926 noch 4882 solcher Altersrenten. Da sie in der Regel niedriger sind als die Invalidenrenten, haben die Empfänger von der Verabsäumung des Antrags auf Umrechnung nur Nachteile.

Witwenrenten werden gewährt, wenn die Witwe eines Versicherten erwerbsunfähig im Sinne der Invalidenversicherung ist. Dadurch ist von vornherein die Zahl der Renten erheblich eingeschränkt. Im Jahre 1926 wurden 5332 solcher Renten beantragt (gegen 4644 im Jahre 1925). Bewilligt wurden 4126 solcher, (gegen 3523 im Jahre 1925). Abgelehnt wurden 822 Anträge, und zwar in 527 Fällen, weil die Witwe noch nicht invalid war und in 61 Fällen, weil der verstorbene Ehemann die Anwartschaft hatte verfallen lassen. In Wegfall kamen im Jahre 1926 nur 761 solcher Renten. Eine Witwenrente beträgt ungefähr zwei Drittel des Betrags einer Invalidenrente. Ende 1926 liefen 15 804 Witwenrenten.

Waisenrenten werden den ehelichen und unehelichen Kindern verstorbener Versicherter gewährt. Im Jahre 1926 wurden 2634 solcher beantragt, gegen 2334 im Jahre 1925. Abgelehnt wurden 137 derartige Anträge, und zwar 76 weil der Verstorbene die Wartezeit noch nicht erfüllt oder die Anwartschaft verloren hatte. In Wirklichkeit festgesetzt wurden 2027 Waisenrenten. In Wegfall kamen nur 583 Waisenrenten. Ende 1926 war ein Bestand von 30 690 laufenden Waisenrenten vorhanden. Bei all diesen Ziffern sind aber nur die Waisenstämme (die Familien), nicht die einzelnen Empfänger gezählt. Die Waisenrente für ein Kind ist halb so hoch wie eine Invalidenrente.

Zusammen wurden im Jahre 1926 erhoben 24 596 Rentenansprüche. Bewilligt wurden 20 464, abgelehnt 3279 Anträge. Ein großer Teil erledigte sich auf sonstige Weise (Zurücknahme usw.). Vom Bestehen der Invalidenversicherung bis Ende 1926 wurden 381 346 Renten überhaupt festgesetzt. Aufgewendet wurden im Jahre 1926 für Renten rund 20 Millionen Mark.

Ueber die sonstigen Vermögensverhältnisse sei folgendes mitgeteilt. Die Einnahme an Beträgen stieg von rund 26 Millionen Mark im Jahre 1925 auf rund 32 Millionen Mark im Jahre 1926. Diese Steigerung von rund 6 Millionen Mark ist die Folge einer gegen Ende des Jahres 1925 vorgenommenen Beitragserhöhung. Der Beitragsmarkenverkauf geschieht durch die Post; für etwa ½ Million Mark Marken wurden von der Versicherungsanstalt unmittelbar an große Firmen verkauft. Das Reinvermögen der Anstalt hat die Summe von rund 19 Million Mark wieder erreicht.

Bemerkenswert ist, daß der Kampf um die Rente insofern sich verschärft hat, als sich die Zahl der Berufungen gegen Rentenbescheide von 1185 im Jahre 1925 auf 2539 im Jahre 1926 vermehrte. In fast 2000 Fällen handelte es sich um Invalidenrenten. In 209 Fällen kam der Streit in der Gestalt von Revisionen an das Reichsversicherungsamt. In nur etwa ein Viertel der Fälle überhaupt hatte das Verfahren Erfolg für die Kläger.

Gewerbliche Betriebszählung

Das Material der gewerblichen Betriebszählung vom 16. Juni 1925 ist jetzt bei dem Statistischen Reichsamt zusammengestellt. Es wurden gezählt im Deutschen Reiche (ohne Saargebiet): rund 8,5 Millionen gewerbliche Betriebe (örtliche Einheiten) mit 18,4 Millionen beschäftigten Personen, mit 19,3 Millionen PS installierter Kraftmaschinenleistung zum Antrieb von Arbeitsmaschinen, 87 Millionen PS Leistung der verwendeten (Land-, Wasser- und Luft-) Fahrzeuge aller Art.

Besonderes Interesse erwecken für uns die Ziffern, die für die Provinz Sachsen ermittelt sind. Sie sagen uns, daß hier die Zahl der Betriebe insgesamt 160 906 betrug, die 4,66 Prozent aller im Reiche gezählten Betriebe darstellt, von denen 1 907 949, das sind 55,22 Prozent auf Preußen entfallen. Die Zahl der in den Betrieben beschäftigten Personen betrug insgesamt 894 999 oder 4,87 Prozent, davon waren weibliche Personen 196 398 oder 21,9 Prozent. Von den gezählten Betrieben verwendeten Kraftmaschinen und Kraftfahrzeuge 28 408, das sind 17,7 Prozent. Die Leistung der zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendeten Wind-, Wasser-, Wärmekraftmaschinen (Primärmotoren) betrug 350 609 PS, die der verwendeten Elektromotoren (Sekundärmotoren) 725 830 PS. Die Leistung der Primär- und Sekundärmotoren zusammen war also 1 076 439 PS, die 5,57 Prozent aller verwendeten PS darstellt. Auf 100 Personen entfallen danach 120,3 PS. Die Leistung der vorhandenen Kraftfahrzeuge aller Art betrug 2 400 644 PS.

Von den Betrieben entfielen auf Industrie (einschließlich Bergbau und Baugewerbe) 84 039 (4,56 Prozent), in denen 623 911 Personen (5 Prozent) beschäftigt wurden; davon waren weiblich 118 041 (18,9 Prozent). In 22 824 (27,2 Prozent) Betrieben wurden Kraftmaschinen und Kraftfahrzeuge verwendet. Die Leistung der zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendeten PS betrug insgesamt 1 026 730 (5,67 Prozent), die Leistung der Kraftfahrzeuge aller Art 289 207

Auf Handel und Verkehr (einschließlich Gast- und Schankwirtschaft) entfielen 70 240 (4,7 Prozent) Betriebe mit 247 370 (4,6 Prozent) beschäftigten Personen, von denen 69 694 (28,2 Prozent) weiblich waren. In 4952 Betrieben wurden Kraftmaschinen und Kraftfahrzeuge verwendet. Die Leistung der zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendeten PS betrug 45 150, die Leistung der vorhandenen Kraftfahrzeuge aller Art 2 107 130 PS.

Die Provinz Sachsen nimmt eine Mittelstellung ein, wie aus einigen zum Vergleich herangezogenen Ziffern ersichtlich ist. Während in der Provinz Sachsen die Zahl der Betriebe 160 906 (4,66 Prozent) betrug, war sie in der Rheinprovinz 336 919 (10,53 Prozent), in Berlin 294 300 (8,52 Prozent), in Niederschlesien 169 960 (4,92 Prozent), in Hannover 162 512 (4,7 Prozent), in Westfalen 196 453 (5,68 Prozent). Niedrigere Ziffern weisen auf Ostpreußen mit 77 225 (2,24 Prozent), Brandenburg mit 120 863 (3,5 Prozent), Pommern mit 81 026 (2,35 Prozent), Posen-Westpreußen mit 12 124 (0,35 Prozent), Schleswig-Holstein mit 84 509 (2,44 Prozent), Hessen-Nassau mit 134 384 (3,89 Prozent) und Hohenzollern mit 4792 (0,14 Prozent) Betrieben. —

B—e.

Stadtverordnetenwahl zu Genthin

Die Neuwahl der Stadtverordneten-Versammlung ist auf den 27. März ausgeschrieben. Vier Jahre sind seit der letzten Wahl, die am 15. April 1923 wegen der Eingemeindung der Landgemeinde Altenplathow stattfinden mußte, verflossen. Die damalige Wahl fiel in eine Zeit der größten politischen Zerrissenheit, in eine Zeit des Aufflackerns der Reaktion und in eine Zeit des Bruderkampfes. Dementsprechend war auch der Ausfall. Die bürgerliche Reaktion, Deutschnationale bis Demokraten, konnte von 30 Mandaten 15 auf sich vereinigen. Die Mieter erhielten 3 Mandate, die Kommunisten 6 und unsre Fraktion konnte gleichfalls nur mit 6 Mandaten in das Stadtparlament einziehen.

Infolge dieses Ausfalls der Wahl war es für die sozialdemokratische Fraktion äußerst schwierig, positive Arbeit zu leisten, zumal noch der ehemalige Auchgenosse Wagner nach kurzer Zeit wegen Desertion ausgeschlossen werden mußte, so daß die Fraktion jetzt nur noch aus 5 Vertretern besteht. W., der inzwischen bei den Kommunisten gelandet war, wurde nachher deutschvölkisch, Deutschnationaler und als solcher sogar Wortführer der Bürgerlichen. Heute jedoch haben diese W. wieder kaltgestellt und er geht zur Wahl am 27. mit einer eignen Liste vor. Von unsern Genossen im Stadtparlament kann man heute sagen, daß sie sich trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche im Interesse der arbeitenden Schichten

erfolgreich durchgesetzt

haben. Unsre Genossen sind aber auch die einzigen, die von Anfang bis zur Auflösung, mit Ausnahme des W., die ganze Wahlperiode durchgehalten haben, während von den andern Fraktionen nicht mehr ein einziger der zuerst Eingetretenen vorhanden ist.

Die stärkste Feuerprobe hatte unsre Fraktion im April 1924 zu bestehen, um die Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung auf Antrag der Bürgerlichen zu verhindern. Diese Situation wurde wiederum durch die Radau- und Prügelszenen, die einige Kommunisten und der Stadtverordnete W. veranstalteten, hervorgerufen. Wir hätten uns mit der Maßnahme der Bürgerlichen, die Stadtverordneten-Sitzungen zu schwänzen, einverstanden erklären können, wenn diese es nicht auf eine Machtprobe gegen die gesamte Linke abgesehen hätten. Es ist dann auch gelungen, trotz der Minderheit der Linken, die Stadtverordneten-Sitzungen beschlußfähig zu erhalten und die Auflösung zu verhindern.

Der Antrag der Reaktionäre auf Auflösung wurde vom Minister des Innern abgewiesen. Die Listennachfolger wurden berufen, die Stadtverordneten-Versammlung war wieder vollzählig und die Rechtsparteien hatten

ihre Schlappe erlitten.

Nach der neuen Zusammensetzung trat allerdings eine Schwächung der Linken ein, weil sich die neuen Mietervertreter den Bürgerlichen anschlossen, mit diesen durch dick und dünn gingen und so die Interessen der Mieter mit Füßen traten. Außer an der Schaffung von Ortsstatuten, der Wahl von Kommissionen usw. haben unsre Genossen im nun auseinandergegangenen Parlament auch bei Beschlüssen in vermögensrechtlicher Hinsicht erfolgreich mitgewirkt.

Sie sind auch nicht davor zurückgeschreckt, Lasten zu übernehmen, wenn diese im Interesse der Entwicklung der Stadt lagen und dadurch auch Arbeitsmöglichkeiten geschafft werden konnten, oder aber wenn es sich um den Ausbau der sozialen Fürsorge oder der Beseitigung der Wohnungsnot handelte. So sind zum Beispiel für die Durchlegung des Mittellandkanals und Schaffung von Industriegelände 650 Morgen Ländereien erworben worden, wofür eine Anleihe von 1 Million Mark aufgenommen werden mußte, wovon allerdings 300 000 Mark dem Neubau von Wohnungen dienen sollten. Auf die Verwendung der 300 000 Mark kommen wir noch zurück.

Zur Durchlegung und Berichtigung von Straßen mußten eine ganze Anzahl Grundstücke, teilweise gegen harten

Widerstand der Rechten,

erworben werden. So wurden zur Erweiterung der Amtsstraße die Grundstücke von Reinicke, Räck und Fischer erworben. Zur Regulierung der Gutenberg- und der Parchenstraße wurde das Grundstück von Hasse erworben. Zur Durchlegung einer Straße am Seminar wurden Grundstücke von Schlömann, Hörske und Seifert erworben. Zur Erweiterung des Schulplatzes der Mittelschule wurde das Thiemannsche Sägewerk erworben, in dem eine ganze Anzahl kleinerer Arbeiten für die Stadt durch eigne Leute trotz der Empörung der Rechten ausgeführt werden. Ferner wurden noch eine Anzahl Gartengrundstücke erworben, die als Bauplätze Verwendung finden können und zum Teil für Straßendurchlegung erforderlich sind.

Um für die Jugend die so notwendige Spiel- und Sportplatzfrage zu regeln, wurde das Schützenhaus gekauft. Hier bietet sich nun Gelegenheit, den noch fehlenden Sportplatz in vorgeschriebener Form zu errichten. Die Bewilligung der Mittel für diese Anlage wird Sache der neuen Stadtverordneten sein. Die Sportler mögen deshalb am Wahltag an die Herrichtung ihres Platzes denken. In Genthin-A. wurden zur Schulplatzerweiterung und Regulierung des Jungfernsteges Grundstücke von Meier, Wahnschapp und Levin erworben. Auch eine Anzahl Schulerweiterungsbauten wurden ausgeführt. Gegen den starken Widerstand der Linken wurden allerdings auch einige Lehrerstellen abgebaut. Hoffentlich denkt die Lehrerschaft an diese Maßnahmen am Tage der Neuwahl der Stadtverordneten-Versammlung! —

Nun wollen wir uns mit den Beschlüssen der Stadtverordneten-Sitzung für Straßenbauten und Wohnungsneubauten beschäftigen. Wenn die Erwerbslosigkeit in den letzten Jahren nicht wieder den Umfang wie im Jahre 1923 (1200 Personen) erreicht hat, so ist dies auf diese unter dem Drucke der Linken beschlossene Arbeiten, die allerdings mit Hilfe von Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge durchgeführt worden, zurückzuführen. In der letzten Woche waren aber immer noch 250 Unterstützungsempfänger vorhanden. Es wird auch für unsre Neueintretenden Genossen auf diesem Gebiete noch sehr viel Arbeit geben.

Allein im letzten Jahre sind in Genthin und Genthin-A. neun Straßen neu gepflastert, fünf Straßen neu chaussiert, eine Straße neu angelegt worden. In Verbindung mit diesem Straßenneubau und der Erweiterung des Plauerkanals zum Mittellandkanal sind umfangreiche Erdarbeiten durchgeführt worden. Hierbei sind allerdings erhebliche öffentliche Mittel vergeudet worden, wogegen unsre Genossen

scharf Stellung nahmen.

Zur Abtragung von Wiesenboden auf den domänenfiskalischen Wiesen waren außer den Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge 2000 Mark bewilligt worden. Dem unheilvollen Einfluß des Stadtverordneten Wagner und einiger seiner Freunde ist es zu danken, daß diese Summe sich auf etwa 26 000 Mark erhöhte, ohne daß eine Bewilligung für diese Erhöhung vorlag.

War schon die Abtragung des Wiesenbodens als Unsinn zu betrachten, so ist die spätere Lehmgrabung direkte Vergeudung öffentlicher Mittel gewesen. Um überhaupt eine Verwendung dieses Bodens nachzuweisen, hat man denselben später auf die Bürgersteige in Genthin-A. gebracht, so daß diese unpassierbar wurden. Das alles nur, weil W. von der ausführenden Firma beschäftigt wurde. W. kam für eine solche Beschäftigung gar nicht in Frage. Man weiß auch heute noch nicht, von welcher Stelle W. seinen Lohn, der nicht gerade niedrig war, erhielt. Für die vergeudeten Gelder hätten in Genthin-A. nach Urteilen von Fachleuten sämtliche Bürgersteige mit Mosaik gepflastert werden können. Aehnlich lagen die Dinge bei der Pflasterung der Karower Straße. Hier wurde die bereits fertiggestellte Pflasterung, nur weil die bürgerliche Mehrheit es wollte,

wieder aufgerissen,

um die Straße einen Meter zu verbreitern. Der Stadt ist natürlich wiederum ein Schaden von mehreren Tausend Mark zugefügt worden.

Nicht immer war es für unsre Genossen leicht, sich für die Pflasterarbeiten eine Mehrheit zu verschaffen. Sogar mit unsern Freunden von links gab es hierbei oft Differenzen. Die bürgerlichen Geldsackpolitiker aber versuchten, diese Arbeiten zum Schaden der Stadt ihren Freunden zuzuschanzen.

Den Wohnungsbau zu fördern war bei der Einstellung der bürgerlichen Mehrheit unmöglich. Die Durchführung der beschlossenen Bauten wird vom Magistrat und der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit immer wieder sabotiert. Es besteht sogar die Befürchtung, daß die bereitgestellten Mittel zu andern Zwecken verpulvert worden sind. Wie schon erwähnt, sind bei Aufnahme der Millionenanleihe 300 000 Mark aus dieser zum Wohnungsbau bereitgestellt. Hierfür sollten etwa 30 Wohnungen errichtet werden, aber über 10 Wohnungen ist man nicht hinausgekommen. Als Ende des Jahres 1925 Abhilfe in kurzer Zeit unbedingt erforderlich wurde, hat man allerdings 39 Barackenwohnungen errichtet, die der Stadt nur Sorgen bereiten und für die Mieter keine annehme Wohnungen sind.

Bei der Aufnahme einer weitern Anleihe von 600 000 Mk. sind, um uns die Annahme schmackhaft zu machen, noch einmal 200 000 Mark zum Bau von 20 Wohnungen bereitgestellt worden. Wir befürchten, daß ihrem Zweck nicht zugeführt werden, wenn nicht die Linke aus der Wah mit einer Mehrheit hervorgeht. Es sind also

insgesamt 500 000 Mark

zum Bau von neuen Wohnungen bereitgestellt. Nach den Worten des Bürgermeisters hat das Zehnfamilienhaus 80 000 Mk. gekostet und haben die Baracken 120 000 Mark gekostet. Dies sind zusammen erst 200 000 Mark. Her mit den übrigen 300 000 Mark! Nach Auskunft des Wohnungsamtes sind ungefähr 650 wohnungslose Familien vorhanden. Das sind, wenn man auf die Familie vier Köpfe rechnet, bei rund 10 000 Einwohnern 25 Prozent der der Gesamtbevölkerung.

Trotz dieser katastrophalen Wohnungsnot geht die Profitgier einiger Hausbesitzer wie Ecks und Wagner sogar so weit, daß sie im Stadtparlament zum Ausdruck brachten, durch die Neubauten könne der Zustand eintreten, daß die Wohnungen in ihren alten Häusern nicht mehr vermietbar seien und die Mieten gedrückt würden. Auch die bisherigen Mietervertreter sind, da sie zum größten Teile unsre Anträge niederstimmten, mit schuldig, daß nichts geschehen. Auch als Vertreter beim Schöffengericht und im Mieteinigungsamt haben sie versagt.

Wähler, merkt euch alle diese Sünden der bürgerlichen Stadtväter und gebt eure Stimme nur dem Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei, der

Liste Theue.

Kreis Jerichow 1

Kreiskonferenz der Kriegsopfer.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hält am 27. März seine Kreiskonferenz in Gommern ab.

Zu Ehren der auswärtigen Delegierten findet am Sonnabend den 26. März abends in der „Sonne" ein Begrüßungsabend statt. Es wirken mit der Frauen- und Männerchor des Arbeitergesangvereins, die Freie Turnerschaft und Stadtmusikdirektor Süßkraut.

Zur Kreiskonferenz sind alle Behörden des Kreises eingeladen. Bundesvorsitzender Pfändner (Berlin) wird ein sozialpolitisches Referat halten. Alle Mitglieder sind als Gäste willkommen. —

Biederitz

Bildungsabend heute (Dienstag) 8 Uhr in der „Weintraube". Genosse Elchlepp spricht über die Revolution von 1848. —

Pretzien

Einen schweren Unfall beim Rangieren im Steinbruch erlitt der Arbeiter Paul Bussenius, indem ihm eine vollbeladene Lore mit Steinen über den Fußknöchel ging. Der bedauernswerte junge Mann mußte sofort mit dem Auto nach dem Kreiskrankenhaus Burg gebracht werden. —

Gommern

Einen Werbe- und Aufklärungsabend veranstaltet das Reichsbanner am 25. März in der „Sonne". Reichsjugendleiter Pape (Magdeburg) wird einen Lichtbildervortrag halten. Alle Republikaner sind eingeladen. —

Vom Starkstrom verbrannt. In der Nähe des Bahnhofs Königsborn waren Arbeiter von der Eisenbahn-Fahrleitungsmeisterei damit beschäftigt, verschiedene Auswechslungen an der Starkstromleitung vorzunehmen. Dabei kam der Arbeiter Habach (Gommern) der Umgehungsleitung, welche nicht ausgeschaltet war, zu nahe. Es gab einen Knall und eine gewaltige Stichflamme; die Leiter stürzte zu Boden und der Arbeiter hing mit einem Bein in der 8 Meter hohen Leitung. Er schrie vor Schmerz laut auf und schaukelte hin und her, so daß man jeden Augenblick glaubte, er stürze herab. Die Umgehungsleitung wurde ausgeschaltet und die Arbeitskollegen befreiten den Kollegen aus der schrecklichen Lage. Der Unterschenkel, mit dem der Strom Berührung gehabt hat, ist vollständig verbrannt. Besinnungslos wurde der Verunglückte in einem Auto ins Altstädtische Krankenhaus Magdeburg geschafft. Die lange Arbeitszeit (von morgens ½7 bis abends um 6 Uhr sind die Leute unterwegs) und die schlechte Entlohnung (60 Pfennig für die Gefahrenarbeit) sind mit schuld an dem Unglücksfall. —

Ein Unglück kommt selten allein. In der Nacht vom Montag zum Dienstag, gegen 11.30 Uhr, fuhr ein von Zerbst kommendes großes Lastauto, Typ Bergmann, der Firma Plath, Südfruchthandlung in Magdeburg, in einem Stundentempo von 40 Kilometer die Chaussee in Richtung Magdeburg entlang. Kurz

vor dem „Waldschlößchen" versagte die Steurung, und das Auto sauste gegen einen Baum. Der wurde glatt umgerissen, und das Auto stürzte nach in den Straßengraben. Es ist natürlich arg beschädigt. Chauffeur und Beifahrer aber sind glücklicherweise ohne nennenswerte Verletzungen davongekommen. Während sie nun, um telephonisch ein Gespann zum Wegschleppen herbeizurufen, nach Gommern gingen, wurde das Auto bestohlen. Von den 20 Kisten mit Apfelsinen ist eine aufgebrochen und halb entleert worden. Auch eine Kiste mit Aalen hat den Beifall der unbekannten Diebe, von denen jede Spur fehlt, gefunden. Ein Unglück kommt selten allein . . . Am Dienstag morgen war das Auto repariert und konnte die Fahrt fortsetzen. —

Stadtkreis Burg

Enteignungsverfahren. Der Mittellandkanalbau macht die Herstellung eines Gleisanschlusses vom Reichsbahnhof Burg bis zur Brückenbaustelle in Hohenwarthe notwendig. In der Gemarkung Burg wird der Anschluß auf dem alten Berliner Eisenbahndamm geführt. Da das Gelände zum großen Teile der Reichsbahnverwaltung gehört sind Erwerbungen nur in geringem Umfang notwendig. Um diese durchsetzen zu können, hat der Oberpräsident das Enteignungsverfahren einleiten lassen. Die Entwürfe liegen im Polizeisekretariat, Pieschelsche Anstalt, Zimmer 6, zur Einsicht aus. —

Verschwunden ist seit Sonnabend die 16jährige Margarete Münschke, Mühlenstraße 16. Die Ermittlungen sind aufgenommen.

Weltliche Schule. Am Mittwoch den 23. März findet in der „Zentralhalle" der Elternabend der Sammelschule statt. Da ein umfangreiches Programm der Erledigung harrt, ist es notwendig, schon ½8 Uhr mit den Vorführungen zu beginnen. Saalöffnung 6 Uhr. Eintritt 30 Pfennig. Die Elternschaft muß sich danach einrichten. Gleichzeitig wird auf die in der letzten Schulwoche stattfindende Ausstellung der Schülerarbeiten hingewiesen. Außerdem findet am Freitag den 1. April eine große Elternversammlung in der Sammelschule statt. Nach dem Vortrage „Religion und Lebenskunde" wird die Jugendweihe besprochen werden. —

Konzert in der Kirche. „Der Arbeitersänger und seine Stellung zur geistlichen Musik" lautete das Thema, über das der Kunstbeirat des Arbeitersängerbundes, Genosse Hänel (Berlin), in einer Versammlung im Schützenhaus sprach. Der Redner verstand es, den Wert der geistlichen Musik als Kunst zu würdigen. Nichts in der Welt ist von Bestand. Die Kirchen haben es immer verstanden, das politische und wirtschaftliche Leben der Völker zu beeinflussen. Es konnte nicht ausbleiben, daß auch die Motive aller Kunst kirchlicher Natur waren. Es würde unsrer Kulturmission widersprechen, wollten wir heute Bilder, Bauten und Musik die als Kunstwerte anzuerkennen sind, vernichten. Nicht Kirchenkonzerte sollen gegeben werden, sondern Konzerte in der Kirche zur Pflege der alten Musik. Die Melodie wird uns packen, und das dabei gesungene Wort darf und kann nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein. An vielen Beispielen zeigte der Redner, daß heute auch die Kommunisten, soweit sie einem Arbeitergesangverein angehören, Konzerte in Kirchen veranstalten, ohne sich in ihrer religiösen Einstellung etwas zu vergeben. Der Vorkämpfer Genosse Wilhelm Liebknecht und in neuerer Zeit Lenin, haben den Wert der geistlichen Musik als Kunst erkannt und sie dementsprechend beachtet. Eine rege Aussprache folgte den Ausführungen, an der sich die Genossen Fissel, Reimelt jun., Werner, Pohlmann und Genossin Anna Süß beteiligten. Kleine Bedenken konnten leicht behoben werden, so daß einstimmig das Vorhaben des Volkschors gebilligt wurde. Der Arbeiterschaft kann der Besuch des Konzerts in der Kirche nur empfohlen werden. Die Auswahl der Lieder verspricht einen genußreichen Abend. —

Kreis Wanzleben

Gesprächsstoff der Frauen.

Auf der Anklagebank des erweiterten Schöffengerichts sitzen zwei Fleischerstöchter aus Hohendodeleben. Beiden wird ein Verstoß gegen den Paragraphen 218 des Strafgesetzbuchs zur Last gelegt. Die eine Angeklagte hat schon einmal wegen einer solchen „Straftat" Scherereien gehabt. Damals mußte sie vor das Schwurgericht, da Abtreibungen in die Kategorie der Verbrechen gesteckt worden waren. Der jahrzehntelange Kampf der Sozialdemokraten gegen diesen unmenschlichen Strafparagraphen hat manchen Erfolg zu verzeichnen. Abtreibung gilt „nur" noch als „Vergehen", wird von den Schöffengerichten abgeurteilt, die für einen solchen Fall sogar die an sich noch zu verhängende Gefängnisstrafe in Geldstrafe umwandeln können. Als Sozialisten sind wir mit der jetzigen strafrechtlichen Behandlung der Abtreibung noch längst nicht einverstanden oder gar zufrieden. Der Kampf geht weiter. Menschlichkeit wird über die kalten Paragraphen doch einmal den Sieg erringen.

Die beiden Frauen aus Hohendodeleben haben es sich aber selbst zuzuschreiben, wenn sie wegen einer solchen Geschichte auf die Anklagebank gekommen sind. Sie konnten den Mund nicht halten, haben sich guten „Freunden" anvertraut, dabei aber vergessen, daß selbst die dickste Freundschaft einmal in die Brüche gehen kann. So war es auch hier. Zwischen den befreundeten Familien herrschte bald bitterste Feindschaft. Der eine Teil hatte sich eine Geheimbrennerei zugelegt. Der Versuch, den Staat zu betrügen, war herausgekommen und wegen dieser bösen Sache wird sich der Ehemann der einen Familie noch vor Gericht zu verantworten haben. Die Fleischermeisterfamilie war höhnisch. Sie baute im Winter vor dem Hause des Herrn Geheimbrenners einen Schneemann, der in der Hand einen Wegweiser trug:

Zur Geheimbrennerei!

Daraus entstand natürlich wilde Wut bei der verhöhnten Familie und schnurstracks lief der Ehemann zur Polizei und zeigte die beiden Töchter des Fleischermeisters wegen Abtreibung an.

Vor Gericht marschiert eine klassische Zeugenreihe auf. Zunächst der Herr Geheimbrenner mit seiner Ehefrau. Beiden liest man die Wut über das Verhalten der Angeklagten von den Gesichtern ab. Der Vorsitzende ist dann auch sehr vorsichtig und vereidigt die Zeugen erst später, so daß sie jederzeit Gelegenheit hatten, ihre Aussage noch abzuändern. Ein weiterer Zeuge war früher Bräutigam einer andern Schwester der Angeklagten. Er hat von seiner frühern Braut manches erfahren, das er — als das Verhältnis in die Brüche gegangen war — brühwarm dem Geheimbrennerehepaar mitteilte. Vor Gericht ist aber der Zeuge sehr vorsichtig. Er verweigert sogar über einige Punkte die Aussage, da er sonst in die Gefahr geriete, sich selbst einer strafbaren Handlung bezüchtigen zu müssen.

Der Vater dieses Zeugen, der vor einiger Zeit durch Selbstmord geendet hat, hat seine Vernehmung bei der Polizei mit den Worten begonnen: „Ich habe keine Ursache, die Angeklagten zu schonen"! Wie viel Wert man auf solche Aussagen geben kann, dürfte jedem klar sein. Eine andre Zeugin hat bemerkt, daß das Kleid der einen Angeklagten mal etwas straff gesessen hat, was später nicht mehr der Fall war. Eine wirklich wichtige Aussage. Der Staatsanwalt benutzt das sogar, um seine Strafanträge zu begründen.

Jede Aussage trug den

Stempel des Hasses

gegen die Angeklagte. Wir haben keine Ursache die Fleischerstöchter aus Hohendodeleben irgendwie in Schutz zu nehmen. Was uns bei diesem Fall interessiert, ist die Tatsache, wie aus Neid und Tratsch eine sehr ernste Anklage entstehen kann. Der Staatsanwalt beantragte Gefängnisstrafen von 1 und 2 Monaten. Das Gericht sprach die eine Angeklagte frei, da der Nachweis der Abtreibung nicht zu erbringen war. Die zweite Angeklagte erhielt einen Monat Gefängnis mit Strafaussetzung gegen eine Geldbuße von 30 Mark.

Hätten die Angeklagten den Mund gehalten und das, was sie getan haben, als Angelegenheit behandelt, die nur sie selbst etwas angeht, sie wären sicherlich niemals auf die Anklagebank gekommen. Es wird aber erzählt und erzählt. Frau Meier hat das Versprechen gegeben, nie ein Wort darüber zu erwähnen. Am nächsten Tage geht sie bestimmt zu Frau Lehmann, sagt zu ihr im Vertrauen, was sie eben erfahren hat, und morgen weiß es das ganze Dorf. Die Frauen klatschen sich selbst ins Gefängnis. Und man kann mit ihnen nicht einmal Mitleid haben. —

Groß-Ottersleben

Die Protestversammlung der Arbeitsinvaliden und Witwen war gut besucht. Etwa 350 Sozialrentner lauschten den Worten des Kollegen Müller vom Gauvorstand des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden, als er das unsoziale Verhalten der Reichsregierung schilderte. Das soziale Unrecht, das schon seit Jahren an den Aermsten der Armen verübt wird, muß beseitigt werden. Zu diesem Kampf ist es notwendig, daß sich alle Invaliden der Arbeit organisieren. Es ist aber auch Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, die Opfer der Armut in ihrem schweren Kampf zu unterstützen. In der Aussprache stimmte der Leiter des örtlichen Wohlfahrtsamtes, Geißler, den Ausführungen des Referenten zu und schilderte die Schwierigkeiten der Kommunen, die auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung die sozialen Lasten mit zu tragen haben. Kollege Frensel fordert die Mitglieder auf, in der Arbeit nicht zu erlahmen und den Vorstand in der Agitation zu unterstützen. An den Reichstag sowie den Sozialpolitischen Ausschuß wurde eine Entschließung angenommen, die die sofortige Erhöhung der Invalidenrenten fordert. —

Arbeiterjugend. Heute (Dienstag) Generalprobe auf dem Jungborn; morgen (Mittwoch) abend Spaziergang. Treffpunkt um 8 Uhr in der „Linde"; Freitag Aufführung des Schmökerspiels „Am Marterpfahl der Sioux" in Magdeburg im „Hofjäger". —

Kreis Wolmirstedt

Kolbitz

Gemeindevertreter-Sitzung. Beschlossen wurde der Anschluß an den preußischen Landgemeinde-Verband. Ferner sollen die Gemeindevertreter mit einer kommunalen Zeitschrift beliefert werden. Zum Antrag des Elektrizitätswerks, Besitzer Knapp, auf Beteiligung der Gemeinde am Bau einer Badeanstalt, wurde beschlossen: Die Gemeinde ist nicht abgeneigt, sich an dem Bau zu beteiligen und schlägt Herrn Knapp vor, Kostenanschläge beizubringen, damit Verhandlungen beginnen können. Den von der Kirchenvertretung eingebrachten Antrag auf Aemtertrennung lehnt die Gemeindevertretung mit 7 gegen 3 Stimmen ab und beschließt, gerichtlichen Bescheid abzuwarten. —

Dahlenwarsleben

Der Arbeiterradfahrerverein veranstaltet am Sonntag den 27. März, nachmittags 1 Uhr, ein Radrennen (30 Kilometer) und abends 8 Uhr einen Bunten Abend, verbunden mit großem Radrennen auf der Bühne im Lokal von Krause. Alle örtlichen Vereine sind eingeladen. —

Kreis Neuhaldensleben

Erweiterung der Aussperrung in der Keramindustrie.

Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob die Arbeitgeber der Keramindustrie, oder doch zumindestens deren Wortführer im Arbeitgeberverband, die Absicht haben, einen Machtkampf mit allen Mitteln heraufzubeschwören. Nachdem zunächst vom Arbeitgeberverband für die Feinkeramische Industrie nur die Aussperrung für Bayern und Norddeutschland angeordnet war, haben diese nunmehr Anweisung gegeben, die Aussperrung auf Mittel- und Südthüringen zum 2. April auszudehnen. Für die Betriebe in Bayern und Norddeutschland sind die Kündigungen bereits zum 26. März ausgesprochen. Nachdem nunmehr auch die Kündigung in den Betrieben in Mittel- und Südthüringen zum 2. April angekündigt ist, wird so ziemlich der größte Teil der in der Keramindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt sein.

Wie wir erfahren, haben die Arbeitgeber besondere Sorge um die unorganisierten Arbeiter ihres Betriebs, da diese, weil sie nicht organisiert sind, keine Unterstützung erhalten können. Die Arbeitgeber tragen sich nun mit dem Gedanken, den von der Aussperrung mit betroffenen Unorganisierten die staatliche Erwerbslosenunterstützung zu sichern. Nach den Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge-Verordnung ist es aber unmöglich, da der § 3 ausdrücklich bestimmt, daß bei Erwerbslosigkeit, die durch Ausstand oder Aussperrung überwiegend verursacht ist, die staatliche Unterstützung nicht in Frage kommt.

Der Reichsarbeitsminister bemüht sich den Streit zu schlichten, um es nicht zu einem offnen Kampfe kommen zu lassen. Es ist zu diesem Zweck ein neues Schlichtungsverfahren eingeleitet und der Ministerialrat Dr. Hausschild in Weimar mit der Leitung der Verhandlung betraut. Auf Einladung dieses Vorsitzenden ist am Montag den 21. März im Reichsarbeitsministerium Berlin eine Besprechung gewesen. Ob die Bemühungen dieses Schlichtungsausschusses von Erfolg sein werden, ist noch sehr fraglich, wenn nicht die Arbeitgeber zu der Einsicht kommen, daß sie ihr Verlangen auf Einführung von Verschlechterungen zurückziehen müssen, und auf der andern Seite sich bereit erklären, in bezug auf die Lohn- und Arbeitszeitfragen den Arbeitnehmern Zugeständnisse zu machen. —

Neuhaldensleben

Vom Ortsausschuß des A. D. G. B.

Die Sitzung war von 26 Vertretern der Gewerkschaften besucht. Genosse Feldmann gab ein Schreiben des Bundesvorstandes bekannt, worin dieser die Ansicht des Arbeitersekretariats bestätigt, daß bei Erwerbslosigkeit im Anschluß an eine Krankheit von mehr als 1 Woche eine Wartezeit nicht in Frage kommt. Diese Mitteilung soll den Verwaltungsausschußmitgliedern bekanntgegeben werden, da der hiesige Arbeitsnachweis in letzter Zeit in zwei solchen Fällen eine Wartezeit von 4 Wochen angeordnet hatte, die aber durch Verhandlung mit dem Vorsitzenden auf 2 Wochen reduziert wurde. Eine Anzeige wegen Ueberzeitarbeit gegen die Firma Carstens, die sich inzwischen durch eine Verhandlung geregelt hat, wurde zur Kenntnis genommen, ebenso von dem Stande des Verfahrens gegen den Inhaber der Alörechischen Handschuhfabrik wegen Ueberschreitung der Arbeitszeitverordnung und wegen nichtgenehmigter Sonntagsarbeit. Eine Mitteilung des Regierungspräsidenten besagt, daß voraussichtlich in Neuhaldensleben der Sitz eines Arbeitsgerichts sein wird. Den Bericht von der außerordentlichen Bezirkskonferenz erstattet Kollege Twardy. Eine längere Aussprache fand statt über einen Antrag eines Vertreters, welcher verlangt, daß die Maifeier nicht nur vom Ortsausschuß mit der S. P. D. zusammen veranstaltet wird, sondern auch mit der Kommunistischen Partei. Dieser Antrag wurde dem Vorstand des Ortsausschusses zur Beratung überwiesen. Mit einer Partei, die weiter nichts kann und tut, als die Sozialdemokratie zu beschimpfen und zu bekämpfen, trifft man keine gemeinsame Veranstaltung. Verschiedene Klagen wurden vorgetragen über zu lange Arbeitszeit in den handwerksmäßigen Betrieben. Es soll hier eine genaue Kontrolle stattfinden und jede Uebertretung der Arbeitszeitverordnung zur Anzeige gebracht werden. —

Arbeiterwohlfahrt. Ein Schulungsabend findet am Mittwoch den 23. März, abends 8 Uhr, bei Herzog statt. Genosse Feldmann wird in dieser Zusammenkunft über Wöchnerinnenschutz, Wochenhilfe und Familienwochenhilfe sprechen. Außer den Helfern und Helferinnen können auch sonst interessierte Genossinnen und Genossen an diesen Zusammenkünften teilnehmen. —

Zum Schulbeginn. Es ist dem Ortsausschuß gelungen, eine Partie Schulranzen für Knaben und Mädchen, welche Ostern zur Schule kommen, aus reinem Leder zu einem billigen Preise zu erhalten. Muster sind zur Ansicht im Arbeitersekretariat ausgelegt. Bestellungen müssen recht schnell erfolgen. —

Parteiversammlung am Freitag den 25. März, abends 8 Uhr, bei Herzog. In dieser Versammlung wird Bericht erstattet von der Bezirkstagung der Kommunalvertreter, vom Bezirksparteitag und vom Bezirksfrauentag. —

Eilsleben

Der Frauenverein der sozialen Fürsorge veranstaltet am Sonntag den 27. März im Saale von Könnecke einen Wohltätigkeitsabend zur Unterstützung der bedürftigen Konfirmanden. Das Programm verspricht einen genußreichen Abend. Wir fordern alle Wohlfahrtsgemeinschaftsmitglieder auf, diesen Abend zu besuchen. —

Kreis Calbe

Arbeiterjugend, Werbebezirk Egeln.

Am Sonntag den 27. März, nachmittags 3 Uhr, findet im Jugendheim in Westeregeln eine wichtige Führersitzung statt. Pflicht eines jeden Vorsitzenden ist es, mit seinen Funktionären pünktlich zu erscheinen. Als Tagesordnung ist vorgeschlagen: 1. Osterwerbung; 2. Osterfahrt; 3. Anträge.

Nach der Führersitzung findet um 5 Uhr eine Musikgruppenübung, und abends 8 Uhr Jugendchorübung statt.

Jugendgenossinnen und -genossen, die Osterwerbung erfordert noch viel Arbeit. Kommt alle zu den Veranstaltungen!

Der Werbebezirksleiter.

Aken

Um die weltliche Schule. Ein Lichtbildervortrag der Ortsgruppe der freien Schulgesellschaften war sehr gut besucht. Der Redner begrüßte besonders das zahlreiche Erscheinen der Frauen. In seinem Vortrag schilderte er zunächst das Wirken Pestalozzis und wie dieser Menschenfreund von der Kirche bekämpft worden ist. Die schlechten Lebensverhältnisse der Arbeiter sind vor allem auch auf die Gleichgültigkeit zurückzuführen, die jedem von uns in der konfessionellen Schule anerzogen worden ist. Die weltliche Schule dient der Erziehung freier Menschen. Der Lichtbildervortrag selbst behandelte die freudlose Jugend des Proletarierkindes. Bilder von der Beschaffenheit der Gymnasien und der Volksschulen ließen deutlich den Unterschied erkennen. In der zweiten Lichtbilderfolge wurden die Vorteile der weltlichen Schule veranschaulicht. Zu der am gleichen Tage in der „Akener Zeitung" erschienenen Erklärung der Lehrer, daß sie die Gemeinschaftsschule, die vom Deutschen Lehrerverein als Programm gefordert werde, unterstützen, klärte der Referent die Besucher dahin auf, daß das Programm des Deutschen Lehrervereins das der weltlichen Schule sei. Er empfahl den Lehrern, sich dieses schicken zu lassen. Auf die Eingesandts des Herrn Dr. ging er nicht ein, da dieser nicht erschienen war. Seine Ausführungen fanden reichen Beifall. Der Vorsitzende berichtete über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen mit dem Magistrat zur Errichtung der weltlichen Schule. Das Verschulden, daß die Schule noch nicht errichtet ist, tragen die Behörden. Genosse Ende erkennt in der Hinauszögerung der Errichtung eine Sabotage. —

Eine Protestversammlung der Arbeitsinvaliden und Witwen fand am Sonntag nachmittag im „Berliner Hof" statt. Die Versammlung war schwach besucht. Daß Arbeiter nicht die Interessen dieser Invaliden unterstützen, ist um so bedauerlicher, als sie doch selbst, vielleicht schon am andern Tage, durch Unfall bei der Arbeit dieses Heer vergrößern können. Der Referent, unser Stadtverordneter Weitsch, wußte die Not der Opfer des Kapitalismus ins rechte Licht zu stellen. Eine Diskussion gab es nicht, was zur Folge hatte, daß ein anwesender Kommunist der bereits genügend Stichwörter auf seinem Block vermerkt hatte, die Versammlung mit seinem dicken Notizblock unterm Arm und einem derben Fluch verließ. Ein Protestschreiben soll den Reichsbehörden zugesandt werden. Es enthält die vom Verband wiederholt geforderten Erhöhungen der unzulänglichen Renten. Anschließend hatte der Verein noch seine Monatsversammlung. —

Freidenkerversammlung. Es wurden Vorbereitungen für die Kirchenaustrittswoche getroffen. Eine Versammlung wird aus diesem Anlaß am Freitag stattfinden. Sie wird noch durch Inserat bekanntgegeben. Die Jugendweihe findet am nächsten Sonntag den 27. März, statt. —

Barby

Verkehrssorgen. Die Presse verficht schon seit langer Zeit die Gründung eines Verkehrsvereins zur Verwirklichung berechtigter Verkehrswünsche, ohne daß sie bisher Erfolg gehabt hätte. Es wird vor allem eine Verbesserung des Eisenbahnverkehrs angestrebt, da aus der alten Hauptlinie Wiesenburg—Güsten eine Nebenlinie geworden ist, die keinen Eilzugverkehr mehr kennt. Dafür wurde die Linie über Dessau bevorzugt und hat Aussicht, weiter bevorzugt zu werden. In Zerbst befürchtet man, daß Zerbst nicht an den für dieses Jahr vom Verkehrsamt Dessau beabsichtigten Sonderfahrten teilnehmen kann; also auch dort hat man das Bewußtsein, an einem „verkehrstechnischen Blinddarm" zu liegen. Vielleicht wird mehr für Barby und für Zerbst erreicht, wenn beide Städte gemeinsam bei der Direktion Magdeburg ihre Interessen vertreten. Der Sonntagstriebwagen, der die Harzfahrer abends wieder nach Hause bringt, muß auch früh verkehren, damit in Güsten der Anschluß an den um 7 Uhr vormittags nach Aschersleben fahrenden Zug erreicht wird. Sonntagsrückfahrkarten nach Magdeburg haben wir; wo aber bleiben die Sonntagsrückfahrkarten nach dem Harz. Ein Barbyer Verkehrsverein muß kommen, der sich ein Arbeitsprogramm aufstellt, das die notwendigsten Verbesserungen des Verkehrs zu verwirklichen sucht. Die Gewerbetreibenden haben das größte Interesse daran, daß sich Handel und Wandel bei uns heben; vielleicht nehmen sie selbst die Gründung einer solchen Organisation in die Hand, um so mehr, als das Ringen um neue Verkehrsaufgaben gerade von ihrer Seite jüngst erst wieder eingesetzt hat. Unterschriften in stattlicher Anzahl sind für die beiden Landratsämter in Calbe und Burg gesammelt worden, die für die Pflasterung der Strecke Walternienburg—Ronney auf der großen Straße Zerbst—Schönebeck eintreten, die unbedingt erforderlich ist, wenn der Verkehr über Barby auf dieser Straße wegen der Unpassierbarkeit von mehreren hundert Metern in nassen Zeiten nicht ersticken soll. Der Kreis Calbe hat schon Mittel bereitgestellt, seinem kurzen Anteil an dieser Strecke endlich die Gestalt zu geben, die einer zeitgemäßen Autoverkehrsstraße angepaßt ist. Aber seine Bemühungen sind nur halb, wenn der Nachbarkreis nicht auch seinen Anteil ausbaut, der in noch schlimmerem Zustand ist. —

Saatkartoffeln. Landbund und Bauernbund hatten sich an den Kreis gewandt um 4000 Mark Kredite zur Beschaffung von Saatkartoffeln. Die Stadt sollte für diese Summe die selbstschuldnerische Bürgschaft übernehmen, das durch einen Beschluß der Stadtverordneten auch geschah, allerdings unter den Bedingungen, daß auch für andre Leute, die Leidtragende des Hochwassers gewesen sind, Saatkartoffeln besorgt werden sollten, und daß die Stadt die Verteilung selber in die Hand zu nehmen hätte. Die ersten Kartoffeln stehen nun bei der Laderampe am Bahnhof zur Verfügung. Die Barbezahler werden zuerst berücksichtigt, um genau zu erfahren, wieweit die Kreditsumme reicht oder überschritten werden muß. Kaufberechtigt sind nur diejenigen, die vom Magistrat am 17. März eine Nachricht erhalten haben. —

Stadtschule. Am Sonnabend den 26. März wird eine Beethoven-Feier veranstaltet im Rahmen des Vormittags-

unterrichts. Kantor Schramm wird diese durchführen. Am 29. März, abends 8 Uhr, findet im Schulsaal eine Elternversammlung feierlichen Charakters statt, die für die Eltern und Angehörigen der abgehenden Schulkinder bestimmt ist. Die eigentliche Entlassung ist am 31. März, vormittags 11 Uhr. — Die von der Elternbeiratsfraktion „Für Schulfortschritt und Schulfreiheit" mit Unterstützung der republikanischen Elternschaft besorgte Friedrich-Ebert-Büste wird erst nach den Osterferien aufgestellt werden, um die Vorbereitung und Durchführung einer würdigen und erhebenden Feier zu ermöglichen.

Die Aufführung des Dramas „Für Einheit, Freiheit und Vaterland", verfaßt vom Genossen Rektor Karstädt, findet im Magdeburger Stadttheater am 16. April statt. —

Die Dienstgeschäfte für den beurlaubten Bürgermeister hat im Arbeitsamt Genosse Ratsherr Hermann Franz übernommen.

Calbe

Tragischer Tod. Franz Ullner war Wächter in der Wollwarenfabrik von Grienke. Schon längere Zeit litt er an Krämpfen. Jetzt wurde er tot im Kesselhaus aufgefunden. Wahrscheinlich ist er von einem Anfall überrascht worden, so daß er dabei auf das Gesicht fiel und den Erstickungstod erlitt. —

Eickendorf

Der Frauenabend war gut besucht. Die Schulkinderspeisung wurde besprochen. Die schulärztlich untersuchten Kinder sollen täglich ¼ Liter Milch und ein Brötchen erhalten. Der Eintrittspreis für den Bunten Abend am 26. März wurde auf 20 Pfennig festgesetzt. Bis jetzt sind 120 Pakete zur Verlosung angemeldet worden. Die Genossinnen von Bad Salzelmen, Glöthe, Biere und Groß-Mühlingen haben ihr Erscheinen zugesagt. —

Die Gemeindevertretersitzung war von Zuhörern gut besucht. Einem Antrag der Erwerbslosen auf Gewährung einer Osterbeihilfe wurde zugestimmt. Es soll wie bei der Weihnachtsbeihilfe verfahren werden. Die Schulkinder sollen untersucht und bedürftige Kinder in Erholung geschickt werden. Unsre Genossen beantragten für die Untersuchung einen der örtlichen Aerzte zu nehmen, weil diese auch mit den Familienverhältnissen Bescheid wissen. Genosse Klingenstein geißelte das Verhalten der Lehrerschaft, die mit den Schulkindern über Land bei Wind und Wetter zur Besichtigung des monarchistischen Films „Volk in Not" gegangen waren. Nach der Erklärung des Gemeindevorstehers, daß dann der Kreisarzt die Kinder noch nachuntersuchen müsse, wurde einstimmig der Kreisarzt als Schularzt gewählt. Die Kleinbauern unsers Ortes beantragten, daß die Gemeinde die Unterhaltungskosten eines Zuchtbullen, der von einem Landwirt angeschafft wird, übernimmt. Dem Antrag wird zugestimmt. Für ein Darlehen eines Siedlers bis zu 5000 Mark übernimmt die Gemeinde die selbstschuldnerische Bürgschaft. —

Licht umsonst. Ende voriger Woche gab ein sogenannter „Zirkus" auf dem Teichplatz ein Gastspiel. Bei einem Anwohner erhielt er Anschluß an die Lichtleitung. Als der Mann am andern Morgen aufstand, waren die „Künstler" verschwunden und hatten die Bezahlung der Lichtrechnung vergessen. Eine sofort aufgenommene Verfolgung hatte Erfolg und der Geprellte erhielt nach längerer Verhandlung sein Geld. —

Schönebeck

Mieterverein am Freitag den 26. März, abends 8 Uhr, im „Alten Dessauer", Bad Salzelmen, öffentliche Mieter-Versammlung. Stadtv. Becker (Magdeburg) wird einen Vortrag halten. —

Auszahlung einer außerordentlichen Unterstützung an die Kleinrentner am Mittwoch den 23. März, von 1 bis 2 Uhr, im Stadthaus, Zimmer 7. —

Parteiversammlung am Donnerstag, abends 8 Uhr, im „Stadtpark" (gelber Saal). Genosse Müller (Magdeburg) hält einen wissenschaftlichen Vortrag. Ueber die letzte Stadtverordneten-Sitzung wird Bericht erstattet, ebenso vom Bezirkstag. —

Werbeversammlung der Freigeistigen Arbeitsgemeinschaft am Freitag abend, unter Mitwirkung der Arbeitsgemeinschaft der freien Sänger Schönebeck-Felgeleben, in der „Tonhalle", welche sich mit dem Kirchenaustritt beschäftigen soll. Lehrer Wuttke (Magdeburg) wird sprechen. Bringt die Frauen mit. Eintritt 10 Pf., Erwerbslose frei. —

Krisenfürsorge. Die Auszahlung an die Unterstützungsempfänger der Gemeinden (Männer und Frauen) findet Freitag mittag von 12 bis 1 Uhr, nicht wie bisher von 2 bis 3 Uhr, in Zimmer Nr. 8 des Arbeitsamts statt. —

Stadtkreis Aschersleben

Die Baugenossenschaft Aschersleben hat sich im letzten Jahre günstiger entwickelt. Der Geschäftsbericht, welcher der am 28. März stattfindenden Generalversammlung vorgelegt wird, sieht sogar einen Reingewinn vor. Die Mitgliederzahl ist trotz verschiedener Abgänge von 182 auf 186 gestiegen. Dadurch vermehrte sich das Geschäftsguthaben um 4596 Mark. Es beträgt am Schlusse des Jahres die Gesamtsumme von 37 200 Mark. Sie hat sich im Laufe des Jahres um 800 Mark vermehrt. Es wurden eingenommen an Mieten 20 659 Mark, an Sparkassenzinsen 510 Mark. Gewinn- und Verlustkonto schließt mit 21 676 Mark ab. Die Mieten haben ungefähr dieselbe Höhe wie im Jahre 1916. Das Hypothekenkonto hat eine Höhe von 73 000 Mark. Der verhältnismäßig günstige geldliche Stand der Baugenossenschaft hat zur Folge, daß im Sommer der Häuserbau fortgesetzt werden soll. Geplant sind zwei größere Häuser mit je acht Wohnungen. Der Bau ist selbst für den Fall beabsichtigt, daß von der Landesversicherungsanstalt Baugeld nicht zu haben sein sollte. Die Baukosten sind auf rund 150 000 Mark veranschlagt. Die neuen Häuser erstehen im Zusammenhang mit der Siedlung in der Johannisvorstadt (Nähe Schlachthof). —

Kreis Quedlinburg

Die Bergarbeiter für Arbeitszeitverkürzung.

Die Bergarbeiter-Versammlungen am Sonntag in Hohm, Nachterstedt, Gatersleben und Königsaue waren verhältnismäßig gut besucht. Die von dem Reichstagsabgeordneten Jansch eck und dem Landtagsabgeordneten Otter gehaltenen Referate wurden mit großem Beifall aufgenommen. Einstimmig wurde die Erklärung abgegeben, daß sich die Belegschaften von Grube Konkordia bei Nachterstedt und Grube Georg bei Königsaue bei den kommenden Verhandlungen um Arbeitszeitverkürzung einmütig hinter ihre Führung stellen.

Ferner wurde in den Versammlungen festgestellt, daß die Ausführungen der Unternehmervertreter am 21. Dezember 1926 bei den Verhandlungen in Berlin in Gegenwart der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums nicht den Wünschen der Belegschaften entsprechen, weiter nichts als von den Unternehmervertretern vorgetragene Unwahrheiten sind. Sie sollen nur dazu dienen, die Oeffentlichkeit und auch das Reichsarbeitsministerium irrezuführen.

Tatsache ist, daß es die Belegschaften bis auf den letzten Mann satt haben, die ihnen durch den Schiedsspruch vom 23. Dezember 1923 aufgezwungene zwölfstündige Schichtzeit weiter zu verfahren. Auch die noch nicht organisierten Bergarbeiter und die Werksvereinler machen bei der Frage der Arbeitszeitverkürzung keine Ausnahme.

Es gibt also kein Belegschaftsmitglied, das anerkennt, was Direktor Piatscheck am 21. Dezember 1926 in Berlin gesagt hat: 3 Jahre hätten die Werksverwaltungen friedlich mit ihren Belegschaften gelebt, die Arbeiter hätten sich an die heutige Arbeitszeit gewöhnt und sogar ihre Leistung noch gesteigert. Ferner wirkt noch eine ungeheure Erregung in den Belegschaften nach über den Zwischenruf des Herrn Direktors Piatscheck, daß die hohen Krankenziffern auf die Faulheit der Arbeiter zurückzuführen seien.

In allen vier Versammlungen wurde der Verbandsleitung das Vertrauen ausgesprochen und ihr aufgetragen, das möglichste zu tun, um die tarifliche Arbeitszeit wieder herbeizuführen. —

Sozialdemokratischer Verein Schönebeck u. Umg.

Am Donnerstag den 24. März, abends 8 Uhr, im „Stadtpark" (gelber Saal)

Mitgliederversammlung

Referent: Genosse Müller (Magdeburg) über **Bildungswesen, Stadtverordneten-Berichte usw.**

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand**

Aus der Altmark

Osterburg

Kreistags-Fraktionssitzung am Donnerstag den 24. März, mittags 12 Uhr, im Schützenhaus. Kreistagsitzung nachmittags 2 Uhr. —

Kakerbeck

Oeffentliche Versammlung am Freitag den 25. März, abends 8 Uhr. Parteisekretär Genosse Müller (Stendal) spricht. Männer und Frauen, kommt in diese Versammlung! —

Rochau

Gesindel. Die Ortsgruppe Rochau des Reichsbanners legte am Sonntag vor einer Woche einen Kranz mit einer Schleife in den Reichsfarben am Gefallenen-Denkmal nieder. Die Farben der Schleife haben nun den Nationalisten nicht gefallen. Schon am andern Morgen mußte man sehen, daß die Schleife zerschnitten war. Lichtscheues Gesindel benutzte die Nacht zu solcher verwerflichen Tat, ließ seine Kraft am toten Gegenstand aus, an einem Kranze, der den Gefallenen des Weltkriegs galt! Stärkt die Reihen der Reichsbanner-Kampffront, daß unser der Sieg sei trotz alledem! —

Gardelegen

Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung hält morgen (Mittwoch) abend 8 Uhr in der „Reichskrone" eine öffentliche Versammlung ab. Es soll für den Kirchenaustritt Propaganda gemacht werden. Alle Mitglieder und alle andern freidenkenden Menschen sind eingeladen. Macht euch endlich von dem Druck der Kirche frei und werdet Freidenker! —

Stadtkreis Stendal

Chausseesperren.

Wegen Ausführung von Walz- und Pflasterarbeiten auf der Provinzialstraße von Dolle nach Stendal zwischen Kilometer 20,6 bis 21,60 und Kilometer 23,8 bis 24,6 wird die völlige Sperrung der Strecke von Kilometer 20,6 bis 24,6 (zwischen den Ortschaften Gohre und Stendal) für jeden Verkehr in der Zeit vom 21. März bis zum 23. April erforderlich. Der Verkehr wird verwiesen auf die Straßenverbindung von Lüderitz nach Tangermünde über Groß-Schwarzlosen — Hüselitz — Bellingen, dann über Ostheeren nach Stendal. Der leichte Verkehr kann den in Gohre abzweigenden Feldweg nach Döbbelin, dann die Kreisstraße von Insel nach Stendal benutzen.

Straßensperrung ist auch zwischen den Ortschaften Stendal und Borstell, wo ebenfalls Walz- und Pflasterarbeiten vorgenommen werden. Bearbeitet wird die Strecke von Kilometer 30,8 bis 31,9. Die für jeden Verkehr bis zum 23. April gesperrt ist. Der Verkehr wird verwiesen auf die Straßenverbindung von Stendal über Rindtorf—Lindtorf—Baben—Goldbeck und Häsewig nach der Provinzialstraße bei Häsewig und weiter nach Osterburg sowie umgekehrt nach Stendal. Der leichte Verkehr kann den links bei Kilometer 30,560 der Provinzialstraße von Stendal nach Osterburg abzweigenden Feldweg bis zum Wiederanschluß an die Provinzialstraße kurz vor Borstel benutzen. —

Todessturz aus dem Eilzug. Am Montag morgen bemerkte der Bahnhofsvorsteher auf der Station Kallehne, daß ein Abteil 3. Klasse des Eilzuges Leipzig—Hamburg offen stand. Der Zug verläßt gegen ½8 Uhr nachts Stendal und nimmt erst in Salzwedel wieder Aufenthalt. Die Untersuchung ergab, daß der Mann aus dem Zuge gestürzt sein muß, den man zwischen Brunau und Kallehne tot neben den Schienen liegend auffand. Es handelt sich um den Sanitätsrat Dr. Weyhe aus Flensburg. —

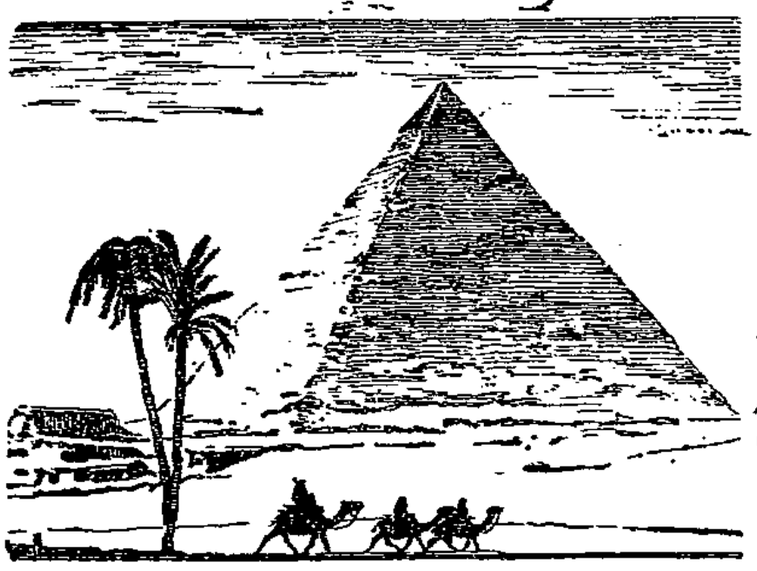
Freitod. Am Montag morgen fand man zwischen den Schienen der Strecke Stendal—Wittenberge an der Wahrburger Mühle einen jungen Mann tot auf. Er ist vom Zuge überfahren worden. Die Ursache zu dieser Tat ist nicht bekannt. Es wird Selbstmord angenommen. —

Hundebestandsaufnahme. Wie der Magistrat bekanntgibt, findet in den nächsten Wochen die Hundebestandsaufnahme in der üblichen Weise statt. Hundesteuerfreiheit muß bis spätestens Ende März nachgesucht werden, spätere Anträge werden nicht mehr berücksichtigt. —

„Heil Moskau!" Auch in Stendal hatten die Moskauer Jünglinge zu einer Erwerbslosen-Demonstration aufgerufen. Leider fehlten wieder die Massen, obgleich noch „Rot Front" von Tangermünde angetreten war. Man kann feststellen, daß sich auch die Indifferenten einmal in aller Oeffentlichkeit gezeigt haben. Bisher war es in Stendal wie überall so, daß die kommunistische Bewegung fiel und stieg mit dem Stande der Erwerbslosigkeit. Man kann danach ermessen, wie krankhaft diese Bewegung ist. Ganz deutlich ließ sich auch wahrnehmen, daß sich die Reaktionären über diese Demonstration nur freuten. Die Kommunisten sind ja auch ihre treuen Handlanger. Den besten Beweis dafür haben sie im Stendaler Rathaus erbracht, als ihr einer Mann gegen die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit gestimmt hat. Er wollte also für die Erwerbslosen keine Arbeit, und heute will er für Arbeit demonstrieren! Solche Leute sind reif für Uchtspringe. Die Leuchte in Stendal, der Erwerbslosenratsvorsitzende Stöhr aus Wahrburg, hat es denn auch offen ausgesprochen: „Ich arbeite lieber mit Deutschnationalen als mit Sozialdemokraten." Der Umzug bewegte sich vom Mönchskirchhof aus durch die Straßen der Stadt unter Vorantritt eines Trommlerkorps. In dem Zuge der etwas über 100 Männer und Frauen, trug man Transparente mit den Forderungen der Demonstranten. Oftmals brüllte man den abseitsstehenden Gewerkschaftler an, mitzumachen. Auf dem Marktplatz sprachen Stöhr und dann Wippert (Magdeburg). Stöhr log, das Reichsbanner habe Parole erlassen, die Kundgebung zu sabotieren. Wippert meinte u. a., das Dawesabkommen, Locarno und Genf hätten uns ins Unglück gestürzt. Er redete also wie ein Deutschnationaler. Alles in allem: Es war Theater, die Rede klang in nichts aus. So lief auch die Kundgebung in nichts auseinander. Die gewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen wissen, daß nicht Radau und Redensarten fruchten, sondern nur zielbewußte von Sachkenntnis getragene Arbeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisation. Die Kommunisten aber wollen ja eine Besserung der Verhältnisse gar nicht, denn dann müßten sie einpacken. Wie sie arbeiten, läßt sich besser nicht schildern als mit den Worten: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein." —

Wegen Verführung einer Minderjährigen mußte sich der Arbeiter Hermann R. aus Stendal vor dem Schöffengericht verantworten. Am 4. September vorigen Jahres fand in Zieran ein Tanzvergnügen statt, an dem der Angeklagte und das Mädchen teilnahmen. Nach Schluß des Vergnügens soll er sich strafbar gemacht haben. Die Oeffentlichkeit wurde während der Verhandlung ausgeschlossen. In erster Instanz war der Angeklagte zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Berufungsverhandlung ermäßigte die Strafe auf 4 Monate Gefängnis und Bezahlung der Kosten. Die Entscheidung über die Strafaussetzung bleibt dem Gericht erster Instanz überlassen. —

Von den sieben Weltwundern



wußten die Alten viel zu berichten. Jedermann kennt die Pyramiden, vielen sind sie ein großartiges Reiseerlebnis, und selbst ähnliche moderne Wunder, wie die Wolkenkratzer, Hochhäuser und Eiffeltürme kommen nur schwer gegen sie auf.

Was die Pyramiden unter den Kolossalbauten der Welt sind, das ist unsere

GREILING-JUWEL zu 6 ₰

unter den Zigaretten. Wir bringen mit der Greiling-Juwel eine neue Qualitätszigarette in der hervorragendsten Mischung aus Samsoun mit mazedonischen Tabaken. Auch die auf rationellste Weise dafür in Anwendung kommende Goldfolie-Packung ist eine Novität und garantiert zugleich für die stete Frische des Inhalts. Mild im Geschmack, von charaktervollstem Aroma, würdig der großen ägyptischen Könige und Pyramidenerbauer, ist diese Zigarette wie geschaffen, dem modernen Raucher unvergleichliche Genüsse zu spenden.

Unsere Schwarz-Weiß-4 ₰ und Auslese-5 ₰

sind überall in Deutschland rühmlichst bekannt. Sie gehören zu den wenigen führenden Marken. Ihre hervorragende Qualität ist unbestritten. Es gibt keine besseren Zigaretten in diesen Preislagen. Der von Monat zu Monat steigende Umsatz beweist es.

Aus Anhalt

Die anhaltische Grundwertsteuer bleibt.

Im Anhaltischen Landtag sprach zur ersten Lesung des Haushaltplans außer den Rednern der bürgerlichen Parteien und der Kommunisten nach dem Genossen Voigt noch der Genosse Peus. Im Haushaltsausschuß trat dann eine überraschende Wendung ein: Die Beratung der Gesetzentwürfe über die Grund- und Gebäudesteuer und die Hauszinssteuer wurden abgebrochen. Dies geschah infolge einer Erklärung des Ministerpräsidenten, wonach das Staatsministerium die Absicht hat, beide Entwürfe zurückzuziehen. Veranlaßt wurde die Entschließung des Staatsministeriums durch Verhandlungen, die vor dem Reichsrat über einen Antrag Badens stattfanden, der den Zweck verfolgt, die Länder von dem Zwange zu befreien, die von dem Reiche festzustellenden Einheitswerte schon vom 1. April 1927 an ihren Realsteuern zugrunde zu legen. Ferner ist in Rücksicht gezogen die Erklärung des Reichsfinanzministers, wonach noch im Herbst dieses Jahres dem Reichstag ein Reichsrahmengesetz über die Realsteuern der Länder vorgelegt werden soll.

Es war mit Sicherheit zu erwarten, daß der Antrag Badens im Reichsrat zur Annahme gelangen würde, was denn auch tatsächlich geschehen ist. Die Reichsregierung wird, diesem angenommenen Antrag entsprechend, dem Reichstag eine Vorlage unterbreiten. Es empfiehlt sich danach nicht, die Landesgrundsteuergesetzgebung auf die Einheitswerte abzustellen. Diese Auffassung wird von den Ländern, insbesondere von Preußen, das ebenfalls beabsichtigt, seinen Grundsteuergesetzentwurf zurückzuziehen, geteilt. Es kommt hinzu, daß das für die Realsteuern der Länder angekündigte Reichsrahmengesetz eine völlige Neuordnung der Grundsteuermaterie vom 1. April 1928 bedingt und die jetzt etwa vorzunehmende Aendrung daher nur den Wert einer Zwischenlösung haben kann. Es werden danach wahrscheinlich die gegenwärtig geltenden Gesetze über die Grundwertsteuer und die Steuer vom bebauten Grundbesitz auf ein weiteres Jahr verlängert.

Es ist dagegen nicht beabsichtigt, von der Neureglung der Gewerbesteuer Abstand zu nehmen. Der Haushaltsausschuß hat diesen Entwurf in erster Lesung durchberaten, und die zweite Lesung wird in Kürze erledigt sein. In Preußen ist das Gewerbesteuergesetz für 1927 bereits vom Landtag verabschiedet. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Kreis Wanzleben.

Werbedemonstration. Um den Ortsverein Hakeborn ins Leben zu rufen, veranstalten die Kameradschaften der Egelner Mulde und sämtliche Radfahrer-Abteilungen der Bezirke I und II eine Werbedemonstration am 27. März, nachmittags 4 Uhr, in Hakeborn. Es wird starke Beteiligung erwartet. Abends ½8 Uhr findet dann ein Lichtbildervortrag mit nachfolgendem Tanzvergnügen statt. Kreisspielleute müssen antreten.

Jäger, Kreisleiter.

Groß-Ottersleben. Freitag den 25. März, abends 8 Uhr, im „Weißen Schwan" Monatsversammlung mit Filmvortrag. Sämtliche Kameraden mit Frauen und Gästen sind dazu eingeladen. — Radfahrer fahren am Sonntag 2 Uhr nach Hakeborn. —

Biederitz-Heyrothsberge. 1. Hundertschaft Freitag abend 8 Uhr wichtige Mitgliederversammlung in der „Weintraube". —

Aus den Gerichtssälen

Schüsse in der Nacht

Am Montag begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Tauchnitz die zweite diesjährige Schwurgerichtsperiode. Am ersten Verhandlungstag hatte sich der Arbeiter Wilhelm Heinemann, ein 21 Jahre alter Mann, aus Groß-Ottersleben wegen Jagdvergehens, Bedrohung, unbefugten Waffenbesitzes und versuchten Totschlags zu verantworten. Der Angeklagte war am 23. November vergangenen Jahres in der Ottersleber Feldmark zum Wildern gewesen und hatte etwa gegen 3 Uhr morgens den Heimweg angetreten. Als er von Hohendodeleben kommend dem Dorfeingang zustrebte, bemerkte er zwei Polizeibeamte am Dorfeingang, vor denen sich zu verbergen er allen Anlaß hatte. Der Angeklagte stand hinter einer niedrigen Mauer, hatte aber nicht bemerkt, daß die Polizeibeamten, die einen Hund bei sich führten, schon auf verdächtiges Geräusch bei der Mauer aufmerksam geworden waren.

Die Polizeibeamten, es handelt sich um die Polizeibetriebsassistenten Müller und Gutsche aus Groß-Ottersleben, riefen den Mann an und verlangten von ihm, daß er stehenbleiben solle. In diesem Augenblick soll der bis dahin immer noch Unbekannte einen Schuß abgegeben haben, der aber die Beamten nicht traf. Daraufhin zog auch Gutsche seine Pistole. Er schoß mehrere Male hinter dem die Flucht ergreifenden Manne her, wobei der Angeklagte — wie sich später herausstellte — einen Streifschuß an der Hüfte erlitt. Aber trotz dieser Verwundung lief Heinemann über Aecker und Felder weiter, verfolgt nicht nur von den Polizeibeamten, sondern auch von deren Hund, der gleichfalls mit auf die Verfolgung geschickt worden war. Der Polizeihund stellte auch später den Angeklagten, so daß er von dem Ortspolizisten Müller festgenommen werden konnte.

Die Festnahme erfolgte auf einem Böckelmannschen Ackerstück an der Straße nach Hohendodeleben. Müller rief dem Angeklagten zu: „Hände hoch, Waffen weg!, worauf der Gestellte aber nicht sofort reagierte. Da aber Heinemann auch keine Anstalten machte, etwa auf den Polizisten zu schießen, ging Müller an ihn heran und entriß ihm das Gewehr. Von Gutsche wurde der Beschuldigte dann zum Arzte geschafft, wo er verbunden wurde. Die Wunde ist längst geheilt.

Vor dem Schwurgericht gibt der Angeklagte zu, gewildert zu haben. Er bestreitet auch nicht, geschossen zu haben, nur soll der von ihm abgegebene Schuß nicht dem Beamten, sondern dem Polizeihund gegolten haben, der hinter ihm her war. Es entbrennt sich über diese Frage — da damit der Totschlagsversuch steht oder fällt — eine ausgiebige Debatte zwischen Staatsanwalt, Verteidiger, Vorsitzenden und Zeugen. Die beiden Polizeibeamten bleiben dabei, daß sie an dem Abend der Meinung waren, der abgegebene Schuß hätte ihnen gegolten. Sie bestreiten entschieden, daß der Angeklagte die Absicht gehabt haben könne, auf den Hund zu schießen, da der Hund bei Abgabe des Schusses sich noch an der Leine befand und erst losgemacht wurde, als der Schuß von dem Angeklagten bereits abgegeben worden war. Umsomehr sei, daß der Angeklagte auf den Hund geschossen haben will, als dieser sich in einer Entfernung von etwa 4 Meter von ihm befand.

Der Staatsanwalt nimmt versuchten Totschlag in Verbindung mit Jagdvergehen an und beantragt 3 Jahre 7 Monate Zuchthaus. Die Geschworenen bejahen die Fragen nach Totschlagsversuch und verurteilen den Angeklagten lediglich wegen Beunruhigung und Jagdvergehens zu sechs Monaten Gefängnis. —

Kleine Chronik

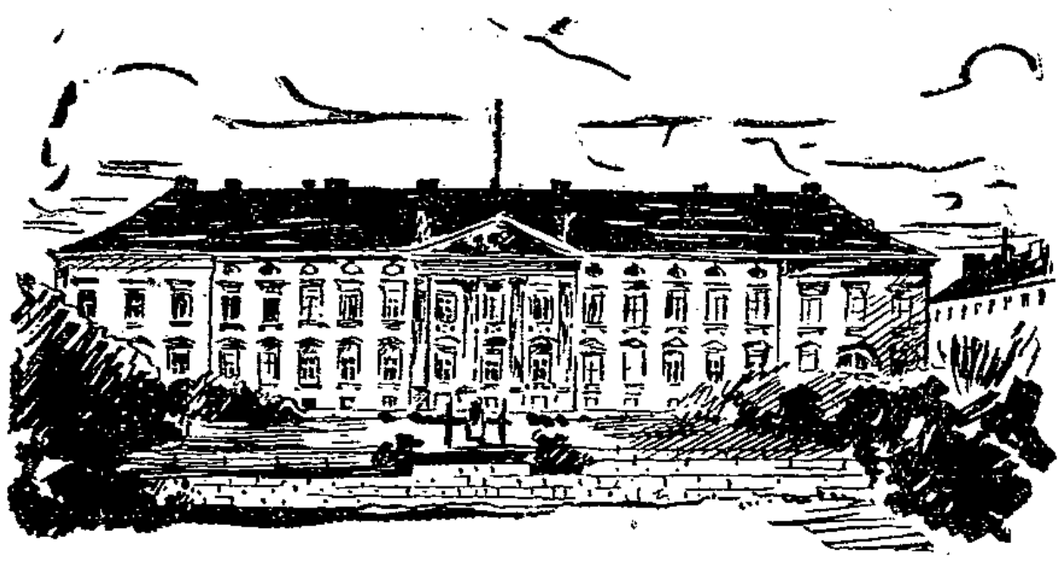
Drei Kinder in einen Teich geworfen.

In dem thüringischen Gebirgsdörfchen Steinach-Hellenberg warf eine Arbeiterin Hoffmann, die an Depressionen erkrankt war, in einem Anfall von geistiger Umnachtung ihre drei Kinder im Alter von 1 bis 4 Jahren in den tiefen Dorfteich und sprang ihnen dann selbst nach. Mutter und Kinder ertranken. —

Sich und beide Kinder vergiftet.

Eine Familientragödie hat sich am Montag in Essen abgespielt. Infolge von Familienschwierigkeiten vergiftete sich die 34 Jahre alte Frau Ella Heinemann mit ihren beiden 8 und 3 Jahre alten Kindern Werner und Lothring durch Gas. Als sie aufgefunden wurden, waren alle drei Personen bereits tot. —

Ein Schloß als Erholungsheim



Das bei der Vermögensauseinandersetzung mit den Hohenzollern dem preußischen Staate zugefallene Schloß Bellevue soll nach vorliegenden Projekten zur Unterbringung von Bureaus oder als Erholungsheim eingerichtet werden. Zu dem an der Spree gelegenen Schlosse gehört ein herrlicher alter, 11½ Morgen großer Park mit äußerst reizvollen gärtnerischen Anlagen. Nach dem ersten Vergleich vom 12. Oktober 1925 zwischen dem ehemaligen Herrscherhaus und dem preußischen Staat war der Wert von Schloß und Park Bellevue mit 36 436 516 Mark veranschlagt. Unser Bild zeigt Schloß Bellevue. —

In die Spree gestürzt.

Vor dem Hause Reichstagsufer 3 in Berlin stürzte sich am Montag abend der 26 Jahre alte Kassierer Johann Winter aus Friedrichsfelde in selbstmörderischer Absicht in die Spree. Beamte des Reichswasserschutzes konnte den Lebensmüden nur als Leiche bergen. Die Motive der Verzweiflungstat sind noch unbekannt.

Die Schwarzenkopfhütte abgebrannt.

Die im Rotewandgebiet der bayrischen Alpen in 1314 Meter Höhe liegende Schwarzenkopfhütte, die erst am 23. Oktober 1926 als Ski- und Berghütte der bayrischen Landespolizei mit einer Belegsmöglichkeit für 140 Mann eingeweiht wurde, ist in den Abendstunden des Sonntags innerhalb 2 Stunden völlig niedergebrannt. Man vermutet, daß sie durch Funkenflug in Brand gesetzt worden ist. —

Totschlag wegen eines Regenwurms.

In Stuttgart wurde ein 14jähriger Knabe von einem andern Jungen durch einen Messerstich ins Herz so schwer verletzt, daß er nach wenigen Minuten verstarb. Der jugendliche Messerstecher ergriff zunächst die Flucht, doch konnte er bald ermittelt und festgenommen werden. Es handelt sich um einen schwachsinnigen Hilfsschüler, der mit dem Getöteten wegen eines Regenwurms zum Angeln in Streit geraten war. —

Staubexplosion in einer Korkmühle.

In einer Korkmühle in Murr bei Marbach (Oesterreich) entstand durch eine Staubexplosion ein Brand, der an dem Korkmehl und den Korkballen so reichliche Nahrung fand, daß die ganze Mühle niedergebrannt ist. Man befürchtet, daß ein vermißter Arbeiter in den Flammen umgekommen ist. Der Obermüller erlitt bei der Explosion so schwere Brandwunden, daß er im Krankenhaus verstarb. Ein weiterer Arbeiter wurde schwer, drei andre leicht verletzt. —

325 000 Frank für eine Nase.

Vor der Pariser Strafkammer wurde am Montag ein Entschädigungsprozeß eines Pariser Mannequin verhandelt. Die junge Dame hatte bei einem Automobilunfall ihre Nase verloren. Das Gericht hat ihr einen Schadenersatz von 325 000 Frank zuerkannt und damit einen Rekord für Nasenpreise aufgestellt. —

Die Frau in Ketten.

Aus Samarkand (Sowjetrußland) wird gemeldet, daß im Dorfe Damarik auf dem Besitztum des Großbauern Seid Kulow eine mit Stahlfesseln angekettete Frau entdeckt wurde, die sich als Ehefrau Kulows herausstellte. Nach ihrer Befreiung durch die Behörden wurde festgestellt, daß Kulow seine Frau bereits seit 5 Jahren angekettet gefangen hielt. Kulow begründete sein Vorgehen damit, daß seine Frau damals ohne Gesichtsschleier ausgehen wollte und somit sich schwer gegen den mohammedanischen Glauben vergangen hätte. Kulow wurde verhaftet. —

Wasserstände

+ bedeutet über, — unter Null.

		Elbe	Wachs Fall	
Kimburg	21. 3.	+ 0,56	—	—
Brandeis	„	+ 0,94	—	—
Melnik	„	+ 0,18	—	—
Leitmeritz	„	+ 0,81	—	—
Aussig	„	+ 1,15	—	—
Dresden	„	— 0,36	—	—
Torgau	22. 3.	+ 1,87	—	0,03
Wittenberg	„	+ 2,41	—	0,5
Roßlau	„	+ 2,20	—	0,08
Aken	„	—	—	—
Barby	„	+ 2,47	—	0,07
Magdeburg	„	+ 1,95	—	0,02
Tangermünde	„	+ 3,10	—	0,11
Sütenberge	„	+ 2,80	0,05	—
Tangermünde	„	—	—	—
Dömitz	„	+ 2,17	0,07	—
Dalchau	„	—	—	—
Boitzenburg	„	—	—	—
Hohnstorf	21. 3.	+ 1,98	0,03	—

		Mulde	Wachs Fall	
Düber	22. 3.	+ 0,58	0,13	—
Unstrut und Saale				
Grochlitz	22. 3.	+ 1,79	—	0,01
Trotha Ufr.	„	+ 2,56	—	0,09
Bernburg Ufr.	„	+ 1,84	—	0,06
Kalbe Oberpeg.	„	+ 1,80	—	0,5
Kalbe Unterpeg.	„	+ 1,58	—	0,08
Grizehne	„	+ 1,61	—	0,08
Havel				
Brandenburg Oberpegel	21. 3.	+ 2,21	—	0,04
Brandenburg Unterpegel	„	+ 1,78		0,13
Rathenow Oberpegel	„	+ 1,03	—	0,05
Rathenow Unterpegel	„	+ 1,31	—	0,04
Havelberg	„	+ 2,91	0,02	—

Wettervorhersage

Aussichten für Mittwoch: Bei nach Südwest und West drehenden Winden zunehmende Bewölkung, vorwiegend trocken, mild. —

Warenmärkte

Berliner Produkten-Börse vom 21. März

Weizen, märk. 267,00—270,00. Roggen, märk. 246,00—248,00. Sommergerste 214,00—232,0. Wintergerste 192,00—205,00. Hafer, märk. 158,00—206,00. Mais loco Berlin 178,00—180,00. Weizenmehl (100 Kilogramm) 34,25—36,50. Roggenmehl (100 Kilogramm) 33,25—35,25. Weizenkleie 15,50—15,75. Roggenkleie 13,00—13,25. Viktoriaerbsen 42,00—59,00. Kleine Speiseerbsen 30,00—32,00. Futtererbsen 22,0—28,00. Peluschken 30,00—32,00. Wicken 22,00—24,00. Lupinen, blaue 13,50—14,50, gelbe 15,00—16,00. Serradella, neue 21,50—24,00. Rapskuchen 15,50—15,70. Leinkuchen 20,20—20,40. Trockenschnitzel 11,90—12,10. Sojaschrot 18,80—12,90. Kartoffelflocken 29,80—30,30. (Preise in Mark für 50 Kilogramm.)

Devisen-Notierungen in Reichsmark

		19. März Geld	19. März Brief	21. März Geld	21. März Brief
Amsterdam-Rotterdam	100 Gulden	168,48	168,90	168,49	168,91
Buenos-Aires	1 Peso	1,773	1,783	1,778	1,782
Brüssel-Antwerpen	100 Belga	58,51	58,65	58,53	58,67
Danzig	100 Gulden	81,57	81,77	81,62	81,82
Oslo	100 Kronen	109,92	110,20	109,91	110,19
Kopenhagen	100 Kronen	112,23	112,51	112,23	112,51
Stockholm	100 Kronen	112,68	112,94	112,64	112,92
Helsingfors	100 finnl. Mark	10,395	10,635	10,505	10,635
Italien	100 Lire	19,55	19,29	18,99	19,03
London	1 Pfund	20,42	20,48	20,41	20,49
Neuyork	1 Dollar	4,21	4,22	4,2095	4,2105
Paris	100 Frank	16,48	16,52	16,48	16,52
Schweiz	100 Frank	81,07	81,17	80,95	81,15
Spanien	100 Peseten	73,96	74,14	73,82	74,01
Japan	1 Yen	2,071	2,076	2,070	2,074
Rio de Janeiro	1 Milreis	0,457	0,459	0,457	0,459
Wien	100 Schilling	59,21	59,35	59,20	59,34
Prag	100 Kronen	12,46	12,502	12,462	12,502
Budapest	100 Pengo	7,35	7,417	7,367	7,417
Bulgarien	100 Leva	3,64	3,64	3,46	3,54
Madrid	100 Pesetas	3,042	3,052	3,042	3,052
Athen	100 Drachmen	21,55	21,65	21,555	21,645
Konstantinopel	1 Pfund	2,11	2,12	2,115	2,123

Kanada G. 4,201 B. 4,211, Uruguay G. 4,225 B. 4,235.

Rundfunkprogramme

Leipzig — Dresden

Mittwoch, 23. März. 4.30: Nachmittag für die Jugend. Gertrud Busch liest aus „Jugendschriften", dazwischen spielt die Funkkapelle. ⊙ 6.05: Morsekurs. ⊙ 6.20: Arbeitsmarktbericht. ⊙ 7: Berufsarbeit unter Lebensgefahr. Dr. Riedel: „Die häufigsten Gefahren und ihre Bekämpfung. Feuer und Explosionsgefahr." ⊙ 7.30: Prof. Verweyen: „Training und Askese." ⊙ 8: Wettervoraussage, Schneebericht und Zeitangabe. ⊙ 8.15: Tschaikowsky-Abend. Mitwirkende: Charlotte Vieregk (Ges.), Th. Blumer (Klavier) und das Dresd. Streichquartett. Trio für Klavier, Violine und Cello (A-Moll), op. 50. — Lieder für Sopran. — Streichquartett (D-Dur), op. 11. ⊙ 10: Funkpranger. ⊙ 10.25: Funkbrettl. Mitwirkende: Anny Mad (Lieder zur Laute), Otto Haage (Saxophon), Keßler (Lustiges) und das Leipz. Funkorch.

Berlin — Königswusterhausen — Stettin

Mittwoch, 23. März. 1.30: Glockenspiel der Parochialkirche. ⊙ 3.30: A. J. Richert: Wo bekommen wir unser tägliches Obst her? ⊙ 4.30: Jugendbühne. Beethovens Leben, erz. von A. Braun. ⊙ 5: Konzert. ⊙ 6.20: Dr. Ullmann: Die Beschwerden der alternden Frau. ⊙ 6.50: Gartendir. Lesser: Frühjahrsarbeiten im Garten. ⊙ 7.15: Th. Kappstein: Nietzsches Werdegang als Mensch und als Philosoph. ⊙ 7.45: Prof. Pahl: Naturerkenntnis und Kulturfortschritt. ⊙ 8.15: Dr. Schmidt spricht über Beethoven. ⊙ 8.30: Beethoven. Grillparzer: Erinnerungen an Beethoven. Beethovens Brief an Wegeler. Brief an ? Das Heiligenstädter Testament. Grillparzer: Am Grabe Beethovens bei der Enthüllung des Denksteins. Gel. von Th. Loos. ⊙ 9.15: Dem Gedenken Beethovens (1770—1827). Sinfonie Nr. 9. Rose Walter (Sopran), Charlotte Müller (Alt), Eugen Transky (Tenor), Cornelis Bronsgeest (Bariton), Funkchor. Funkorch. ⊙ 10.30: Tanzkapelle Gaden.

Königswusterhausen. Mittwoch, 23. März. 12: Lektor Claude Grander, G. van Eyseren: Französisch für Schüler. ⊙ 12.30: Mitteilungen des Reichsstädtebundes. ⊙ 2.30: Anna-Rose Bube: Mode und Kultur. ⊙ 3.30: Prof. Amsel und Oberschull. Westermann: Einheitskurzschrift für Anfänger. ⊙ 4: Prof. Dr. Schreyer, Oberschulrat Hilker: Kunst und Erziehung. ⊙ 4.30: Stud.-Rat Friebel, Lektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene. ⊙ 5: Prof. Siegfried Ochs: Unsere Kirchenmusik. ⊙ 6: Gewerbeoberlehrer Mayer: Techn. Lehrgang für Facharbeiter: Flächen- und Raummessung. ⊙ 6.30: Stud.-Rat Friebel, Lektor Mann: Engl. für Anfänger. ⊙ 6.55: Prof. Prion: Spaziergang mit einem Laien durch die Börse. ⊙ 7.20: Dr. Rohrbach: Erziehung zu weltpolitischem Denken: Ost- und Südasien in der heutigen Weltpolitik.

Hamburg — Hannover — Bremen

Mittwoch, 23. März. 1.20: Engl. Schulfunk. ⊙ 2.05: Bremen (alle Noragsender): Konzert. ⊙ 4.15: nur Hannover: Beethoven. Mitw.: Kammerorchester. Am Flügel: Mary Wurm. Trio B-dur op. 11.. Septett Es-dur. ⊙ 4.15: nur Bremen: Frühlings- und Wanderlieder. Mitw.: Georg Becker (Tenor) und das Kammerorch. ⊙ 4.15: nur Kiel: Walter Loschen: Lustige plattdütsche Vertellsels. ⊙ 4.30: nur Hamburg: Tanztee. Kapelle Greve jen. ⊙ 6: Hamburg Kiel, Hannover: Volkstüml. Konzert. ⊙ 6.15: Bremen: Volkstüml. Konzert. ⊙ 6.45: nur Hamburg: Louis Korell: Die Arbeitsvermittlung und Fürsorge für wirtschaftlich schwache, berufsunreife und erwerbslose Jugendliche. ⊙ 6.45: nur Bremen: Telegr.-Insp. Schwerdtner: 10 Minuten Rundfunktechnik. ⊙ 6.45: nur Kiel: Tel.-Insp. Lüdtke: 10 Minuten Rundfunktechnik. Fragenbeantwortung und Wissenswertes. ⊙ 7.05: Hamburg (alle Noragsender): Landgerichtsdirektor Hadamczik: Die Auseinandersetzung geschiedener Ehegatten hinsichtlich der gemeinsam gemieteten Wohnung. ⊙ 7.30: Hamburg, Bremen, Kiel: Uebertr. aus dem Conventgarten. „Die Jahreszeiten", Oratorium von Haydn. Mitw.: Der Elternchor und Schülerchor der Oberrealschule in St. Georg. Solisten: Paula Kleinecke (Sopran), Harald Recher (Tenor), Robert Kleinecke (Baß). ⊙ 8: nur Hannover: Willy-Buschoff-Abend. ⊙ 9: nur Hannover: Konzert. Mitw.: Die Kammermus. Gillmann (Harfe), Ulrich (Flöte). Holy: Adagio. — Saint-Saens: Romanze für Flöte und Harfe. — Hasselmanns: Konzert-Studie für Harfesolo. — Gillmann: Arabeske für Harfe-Solo. — Godard: Suite für Flöte und Klavier. — Anschl. für Hamburg, Bremen und Kiel: Konzert aus Hamburg. ⊙ Für Hannover: Konzert aus Hannover.

Für den
RUNDFUNK
bediene sich jeder unsrer reichhaltigen
RADIO-LITERATUR
Unentbehrlich für alle Teilnehmer sind:

Radio-Bücher

Krüger Selbstanfertigung von Radio-Apparaten von 1 bis 5 Röhren . . . . Mk. 2.80
Krüger Antennenbau . . . . . Mk. 2.00
Krüger Störungen an Radioapparaten . . Mk. 2.00
Lich Die Werkstatt des Radio-Amateurs . Mk 2.50
Braunbeck Der Radio-Empfänger . . . . Mk. 1.80
Stoeger 99 erprobte Schaltungen . . . . . Mk. 3.50
v. Ardenne Der Bau von Widerstandsverstärkern . . . . . Mk. 4.00
und vieles andere.
Das Radio-Bastelbuch . . . . . Mk. 1.80
Rundfunk-Praktikum . . . . . Mk. 3.50
Rundfunk-Experimentierbuch . . . . 70 Pf.

Radio-Zeitschriften

Funk die Wochenschrift des Funkwesens, mit Programmen des In- und Auslandes . 60 Pf.
Der neue Rundfunk Mitteilungen des Arbeiter-Radioklubs mit Programm . . . . . 20 Pf.
Radio für Alle Monatsschrift für Radiosport und -Technik . . Mk. 1.00
Der Deutsche Rundfunk mit Programm 50 Pf.

BUCHHANDLUNG VOLKSSTIMME
Magdeburg, Große Münzstraße Nr. 3

des alten magdeburgischen Landes beteiligten sich an der Urbarmachung und wirtschaftlichen Ausnutzung des Neulandes. Mittelpunkt und zugleich größter Grundherr im Norden des Landes war das 1171 gegründete Kloster Zinna.

War die wirtschaftliche Voraussetzung für die weitere Entwicklung des Landes so im allgemeinen günstig, so hinderten politische Wirren ein weiteres Aufblühen. Brandenburg und die wettinischen Lande überflügelten inzwischen die nach Osten strebende schwächere magdeburgische Macht und riegelten sie gegen die Oder hin ab. So blieb ein räumlich beschränktes abgelegenes Ländchen übrig, dessen kleine Städtchen es zu keiner größeren Bedeutung brachten. Die wechselnden sozialen und wirtschaftlichen Schicksale der umliegenden Gebiete teilend, hat das Land Jüterbog unter der Oberherrschaft des Erzstifts und späteren Herzogtums Magdeburg seinen Weg durch die Jahrhunderte genommen. Gegen Ende des Dreißigjährigen Krieges, 1635, wurde im Frieden zu Prag, der Südteil des Landes mit Dahme und Jüterbog losgerissen und zu Kursachsen geschlagen. Die Nordhälfte, der Kreis Luckenwalde, blieb bei Magdeburg, bis er endlich 1773 mit Brandenburg vereinigt wurde. Als man nach dem napoleonischen Kriege den preußischen Staat neu fügte und ihm die Nordhälfte des Königreichs Sachsen angliederte, da fanden sich wohl auch die 1635 getrennten Teile des Jüterboger Landes zu dem Kreise Jüterbog-Luckenwalde zusammen.

So sind nur verwehte geschichtliche Spuren, die den aufmerksamen Wandrer an den Ufern der Nuthe und der Nieglitz, an den Geschiebelehmhängen des Flämings, an Kirchen und Rathäuser der kleinen Landstädte und an dem imposanten Kirchenbau von Zinna erinnern, daß hier einmal magdeburgische Erzbischöfe Landesherren gewesen sind.

Reicher Beifall dankte dem Redner für seine Darlegungen.

Giftmordversuch an der Geliebten

Am zweiten Verhandlungstage beschäftigte sich das Schwurgericht in Magdeburg mit einem Giftmordversuch. Zu verantworten hatte sich der landwirtschaftliche Arbeiter Anton Mazur aus Ziesar. Der Angeklagte steht im 26. Lebensjahre und kam im August 1925 als Pferdepfleger nach Ziesar. Bald darauf begann er ein Liebesverhältnis mit dem Dienstmädchen Emma Sievert, mit der er zusammen bei einem Landwirt in Stellung war. Dieses Verhältnis dauerte bis zum März 1926 und war nicht ohne Folgen geblieben. Der Angeklagte erfuhr davon durch dritte Personen, ärgerte sich darüber und machte seiner Braut deshalb Vorhaltungen. Vor allem wehrte er sich dagegen, daß er als Vater des zu erwartenden Kindes in Anspruch genommen werden sollte. Der Angeklagte behauptet, erfahren zu haben, daß die Sievert sich auch mit andern Männern eingelassen habe. Da trotz der Vorwürfe die Sievert im Dorfe weitererzählte, daß Mazur der Vater des zu erwartenden Kindes sei, hat der Angeklagte seiner Braut den Laufpaß gegeben und ihr erklärt, daß sie sich dauernd mit andern Männern abgegeben und er mit ihr nichts mehr zu tun haben wolle. Schon am Tage nach dieser Auseinandersetzung wandte der Angeklagte seine Gunst einem andern jungen Mädchen zu, mit dem er wieder intimere Beziehungen aufnahm. Da aber die Redensarten im Dorfe nicht aufhörten, ihm sogar gesagt wurde, daß man sich schon auf die Kindtaufe freue, will der Angeklagte so in Wut geraten sein, daß er beschloß, seiner frühern Braut irgend etwas auszuwischen.

In seiner Eigenschaft als Pferdepfleger hatte der Angeklagte auch Zutritt zu Medikamenten, die dazu bestimmt waren, wurmkranke Pferde zu heilen. An einer Flasche, die im Pferdestall stand, befand sich ein rotes Etikett mit der Aufschrift „Vorsicht, Gift!" In einem großen Eimer sollten für die Pferde zwei Löffel von dieser Arznei hineingetan werden. Der Angeklagte füllte von der Pferdearznei ein wenig ab, tat es in eine kleine Flasche, um dieses Gift seiner frühern Braut zum Trinken zu geben. Er will die Absicht gehabt haben, die Emma Sievert — weil ihm ihre Redereien zuviel waren, ordentlich einmal „in Krankheit zu jagen". Er bestreitet, die Absicht gehabt zu haben, seine frühere Braut zu töten.

Am 16. November des vorigen Jahres wollte er seinen Plan ausführen. Nach dem gemeinschaftlichen Abendessen, an dem auch die Sievert teilnahm, suchte der Angeklagte spät abends die Sievert in ihrer Kammer auf. Die Giftflasche hatte er bei sich. Nach einer Aussprache wollte er versuchen, sie trotz des Bruches der Liebschaft zu einem abermaligen Geschlechtsverkehr mit ihm zu bewegen. Vorher hatte er sich aber entschlossen, sollte die Sievert sich weigern oder ihm über die Frage ihrer Schwangerschaft eine ungünstige Antwort geben, dann wollte er ihr auf irgendeine Weise das Gift einflößen. Wie er das tun wollte, darüber will sich der Angeklagte vorher Gedanken nicht gemacht haben. Als er abends gegen 11 Uhr in die Kammer der Sievert kam, die bereits im Bette lag, will er gesagt haben: „Ich will jetzt die Wahrheit hören. Die Redereien sollen aufhören." Die Sievert soll darauf geantwortet haben: „Das wird sich finden, wenn die Zeit heran ist!" Darauf will der Angeklagte die Sievert trotz des Zerwürfnisses noch einmal geschlechtlich gebraucht haben, wogegen sich die Zeugin nicht gewehrt haben soll. Der Angeklagte hat dann dem Mädchen die Flasche gegeben und dabei gesagt, das sei zum Abtreiben, das müsse sie einnehmen. Die Sibert antwortete: „Das hättest Du mir doch schon viel eher geben sollen!", und trank den Inhalt der Flasche aus. Der Angeklagte ist darauf wieder in seine Stube gegangen.

Am nächsten Tag ist die Sievert ins Krankenhaus gekommen, da sich in der Nacht Vergiftungserscheinungen bemerkbar gemacht hatten. Unmittelbar darauf wurde Mazur festgenommen und dem Amtsgericht in Ziesar zugeführt. Am nächsten Tage wurde er durch den Amtsrichter in Ziesar vernommen. Er hat unmittelbar nach seiner Festnahme wörtlich zu Protokoll gegeben: „Ich habe die Absicht gehabt, die Sievert zu vergiften. Zu diesem Zwecke habe ich sie in der vorigen Nacht in ihrer Kammer aufgesucht. Ich gab ihr das Gift, mit dem vollen Bewußtsein und dem ausdrücklichen Willen, sie ums Leben zu bringen." In der Hauptverhandlung bestreitet er energisch jede Mordabsicht. Er bleibt dabei, das Gift seiner frühern Braut nur eingegeben zu haben, um sie erkranken zu lassen. Er gibt aber auch heute zu, daß er mit der Möglichkeit gerechnet hatte, daß die Sievert an dem Inhalt der Flasche sterben könnte. Die Zeugin Sievert ist aber glücklicherweise wieder genesen. Im Dezember wurde das Kind geboren, das den Anlaß zu dem Giftmordversuch gegeben hatte.

Die Verhandlung dauert fort. —

Oeffentliche Gewerkschaftsversammlung

des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes heute Dienstag, abends 7½ Uhr, im „Konzerthaus". Genosse Franz Spliedt (Berlin) spricht über

Arbeitszeitnotgesetz und Achtstundentag!

— **Sozialdemokratische Partei.** Der Frauen-Unterhaltungsabend für den Bezirk Wilhelmstadt findet nicht im „Wilhelmspark", sondern im „Hohenzollerpark" statt. Eingang Große Diesdorfer Straße. —

— **Achtung, Holzarbeiter!** Die Tischler Magdeburgs arbeiten jetzt nahezu 1 Jahr vertragslos. Zähneknirschend ist unter dem Drucke der furchtbaren Arbeitslosigkeit das Diktat der Unternehmer auf Lohnkürzung getragen worden. Nun ist's aber genug. Der Tag der Abrechnung ist da. Am Donnerstag dieser Woche, sofort nach Arbeitsschluß treten die Kollegen im „Apollosaal", Wallstraße, zusammen, um zur Sache Stellung zu nehmen. Der Ernst der Situation erfordert, daß kein Kollege fehle. Mitgliedsbuch legitimiert. Siehe Inserat. Die Verwaltung. —

—**Einen Bunten Abend** veranstaltet die Gruppe Wilhelmstadt der Sozialistischen Arbeiterjugend am Freitag den 25. März im kleinen Saale des „Hofjägers". Alle Parteigenossen und Genossinnen, besonders aber die Jugend, ist zu dieser Veranstaltung eingeladen. —

— **Das Shakespearesche Lustspiel „Was ihr wollt"** gelangt am Sonntag den 27. März, nachmittags ½3 Uhr, im Stadttheater für die Magdeburger Volksbühne zur Aufführung. Eintrittskarten sind zum Preise von 0,30 Mark bis 2,50 Mark auch für Nichtmitglieder in der Geschäftsstelle der Magdeburger Volksbühne, Berliner Straße 19, erhältlich. —

— **Untergang der Romanows,** Schauspiel in vier Aufzügen von Dimitry, ist von der Direktion des Fürstenhof-Theaters Magdeburg zur Uraufführung erworben worden. Die Premiere ist auf Sonnabend den 26. März festgesetzt. —

— **Der Stand der Grippe in Magdeburg.** In der Zeit vom 13. bis 19. März sind dem Gesundheitsamt von den Krankenkassen mit Ausnahme der Betriebskrankenkassen 180 Grippe- und Influenza-Erkrankungen gemeldet. Auf die Allgemeine Ortskrankenkasse entfallen 148 und auf die übrigen Krankenkassen 32. In derselben Zeit sind dem Gesundheitsamt 3 Fälle von Lungenentzündung mitgeteilt. Todesfälle an Grippe haben sich 2 und an Lungenentzündung 7 ereignet. —

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Wilhelmstadt. Am kommenden Donnerstag abend 8 Uhr Frauen-Unterhaltungsabend im „Hohenzollernpark". Referent Genosse Pape. Außerdem wirkt das Musikerchor mit Frauen der Reichsbannerkameraden sind hierdurch freundlichst eingeladen und können an den Veranstaltungen teilnehmen.

— **Werden die Magdeburger alt?** Es ist ungemein schwierig, die jeweils älteste Person einer Großstadt festzustellen. Nach greifbaren Unterlagen dürften in Magdeburg derzeit nur eine Frau mit 99, zwei Frauen mit 97, drei mit 96 und eine Frau und zwei Männer mit 95 Jahren vorhanden sein. Magdeburgs Frauenüberschuß beträgt über 15 000, was sich durch die vermehrte Zuwandrung weiblicher Personen in Dienststellen einerseits, durch die Kriegsverluste (8000 Männer) anderseits geklärt. Männliche Personen zwischen 6 und 60 Jahren zählt Magdeburg 117 923, weibliche Personen desselben Alters aber 129 393. Man sieht auch hier wieder dieselbe Erscheinung, daß im Durchschnitt das „schönere" Geschlecht gleichzeitig auch das langlebigere ist. —

— **Kloster St. Augustini.** In die Vortragsreihe, die von der Verwaltung für die alten Insassen des Heims im Laufe der Wintermonate veranstaltet wird, kam in der vergangenen Woche durch die Freundlichkeit des Vorstandes des Riesengebirgsvereins, Sektion Magdeburg, eine angenehme Abwechslung. Die beiden Vorsitzenden des Vereins, Warmuth und Jäger, warteten mit einem Lichtbildervortrag: „Das Riesengebirge im Winter" auf. Die herrlichen Bilder, die durch einen humorvollen Vortrag den alten Leuten nahegebracht wurden, brachten viel Freude, vor allem auch bei den zahlreichen Schwerhörigen, die bei den gesprochenen oder gesungenen Vorträgen nicht recht auf ihre Kosten kommen. Der den Vortragenden dargebrachte Dank kam aus ehrlichem Herzen. —

— **Die Domfähre bleibt außer Betrieb.** Die Domfähre wurde im Jahre 1922 auf Veranlassung des damaligen Pächters eingestellt. Die Gründe, die zu der Einstellung führten, lagen darin, daß seit der Eröffnung der Ebertbrücke und Weiterführung der Straßenbahn über diese der Verkehr über die Fähre bedeutend zurückgegangen war. Mit der Aufgabe der Fähre wurde auch der Vertrag mit der Reichsbahndirektion aufgehoben, wonach der zur Fähre führende Fußgängertunnel auf dem Elbbahnhof zur Benutzung für den öffentlichen Verkehr freigegeben wurde. Für den Fall der Wiederaufnahme des Fährbetriebs würeden daher zunächst neue Verhandlungen mit der Reichsbahndirektion erforderlich sein. Es erscheint jedoch zweifelhaft, ob diese den Trunnel für öffentliche Zwecke wieder freigeben wird. Vor allem aber muß eine Rentabilität der Domfähre verneint werden, da die Mehrzahl des Magdeburger Publikums die Ebertbrücke weiterhin benutzen wird, um zum Stadtmarsch zu gelangen. Ein Pächter wird sich daher für diese Fähre wohl nicht wieder finden lassen, um so mehr, als der Fährbetrieb an dieser Stelle infolge der starken Strömung nur mit mit einem Dampfboot ausgeführt werden kann, und die Kosten für Beschaffung und Betriebsunterhaltung eines Dampfbootes in keinem Verhältnis zu den Einnahmen stehen würden. Aus den vorstehenden Gründen kann auch die Stadt den Fährbetrieb nicht selbst übernehmen und muß davon absehen, den Fährbetrieb am Domfelsen wieder zu eröffnen. —

— **„Soziale Bauwirtschaft".** Monatlich zwei Hefte, Bezugsgebühr für Gewerkschafter monatlich 50 Pfennig. Die Einrichtungen der Konsum- und Baugenossenschaften, der Arbeiterbank, der Bauhütten und der gewerkschaftlichen Wohnungsfürsorgegesellschaften haben die Fähigkeit der Arbeiter und Angestellten auch auf wirtschaftlichem Gebiet bewiesen. Sie haben sich nicht darauf beschränkt, bereits Vorhandenes einfach zu übernehmen, sondern sie haben selbstschöpferisch Mustergültiges geschaffen. Im vorliegenden Heft zeigt Walter Astor in seinem Aufsatz „Die Buchführung des Baubetriebes" wie diese Buchführung beschaffen sein muß, um allen Anforderungen zu genügen. Die privaten Baubetriebe werden zweifellos diese Ausführungen ebenso begrüßen wie die Darlegung des Ingenieurs Otto Rode über „Wirtschaftliche Materialgebarung", in denen er die Wege zu einer pfleglichen und sparsamen Materialbewirtschaftung angibt. Der Geschäftsführer der Bauhütte Nord, Architekt H. Klement, gibt aus seiner reichen Praxis in einem weitern Aufsatz eine Fülle von Anregungen über die zweckmäßigste Grundrißgestaltung kleiner Wohnungen. An die schönen Zeiten, wo noch jeder Handwerksgeselle zum Wanderstab greifen mußte, wenn er seine Fach- und Weltkenntnisse erweitern wollte, erinnert die Schilderung der Organisation der „Fremden oder Geschriebenen" im Zimmergewerbe, die sich ungeachtet aller Fortschritte der Technik bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Das Heft enthält dann noch die neuen Richtlinien des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt für die Neubaufinanzierung in Preußen, dazu eine Anzahl interessanter kurzer Notizen und die Beschäftigtenstatistik der in den sozialen Baubetrieben im Monat Januar 1927 Tätigen. Beschäftigt waren in diesem Monat 11 887 Arbeiter und Angestellte gegen 9842 im gleichen Monat des Vorjahrs, je Betrieb durchschnittlich 74 gegen 60.

× **Gestohlen** wurden am 19. d. M., 1 Uhr nachmittags, vor dem Hause Johannisbergstraße 7c, ein Motorrad Marke Zündapp Nr. 11177, Fahrgestell-Nummer 10761, Motor-Nummer unbekannt, Kennzeichen I M. 4976. Ferner wurde am 19. d. M. um die Mittagszeit, aus dem Hausflur Johannisbergstraße 2, ein Herrenfahrrad (Marke Diamant) ohne Nummer entwendet. Es handelt sich um eine Rennmaschine Modell 48. Das Rad hat einen schwarzen Rahmen, gelbe Felgen und hat eine nach unten gebogene Lenkstange. Weiter wurde am 19. d. M. aus einem Fahrradschuppen in der Poltestraße ein Herrenfahrrad (Marke Excelsior), Nummer unbekannt, gestohlen. Das Rad hat einen schwarzen Rahmen, schwarze Holzfelgen, Torpedofreilauf und ist mit einem englischen Lenker versehen. Sachdienliche Angaben über die Täter und den Verbleib der Räder erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 252 oder 261. —

— **Durch die Straße geschleift.** Das Pferd des Landwirts H. ging am Dienstag vormittag in der Neuen Neustadt durch. Es scheute vor einem Motorrad. Der Kutscher, der das Pferd im Gehen führte, wurde zu Boden gerissen und eine Strecke von dem wildgewordenen Tiere mitgeschleift. Er wurde schwer verletzt. —

— **Gefahren der Straße.** Der Laborant Hermann B., wohnhaft Nachtweide 49a, wurde am Montag mittag vor der Allgemeinen Ortskrankenkasse in der Lüneburger Straße von einem Auto angefahren und erlitt eine Oberschenkelverletzung. Der Verletzte fand Aufnahme im Krankenhaus Altstadt. —

Aus andern Stadtverwaltungen

Asphaltbelag für Altstadtstraßen

Im vorigen Sommer hat das städtische Tiefbauamt in Frankfurt a. M. den Versuch gemacht, mehrere Straßen der Altstadt mit einem Asphaltbelag zu versehen, der über das bisherige Steinpflaster aufgetragen wurde, um durch die verbesserte Straßendecke die alten Häuser gegen die Gefahr allzu großer Erschütterung durch den zunehmenden Lastkraftwagenverkehr zu schützen. Soweit die Pflasterung an sich noch gut war, hat sich dieses neue Verfahren auch bewährt. Diese Art der Asphaltierung soll in den Altstadtstraßen in diesem Jahre fortgesetzt werden, soweit es sich um Straßen mit fehlerlosem Steinpflaster handelt. Schlechte Erfahrungen machte man nur in einer Straße, in der sich das Pflaster wegen ausgeführter Kanalisationsarbeiten noch nicht genügend gesenkt und gefestigt hatte.

Auch das Magdeburger Tiefbauamt plant in diesem Jahre in einigen engen Altstadtstraßen die Aufbringung von Asphalt, damit die Verkehrserschütterungen gemildert werden. —

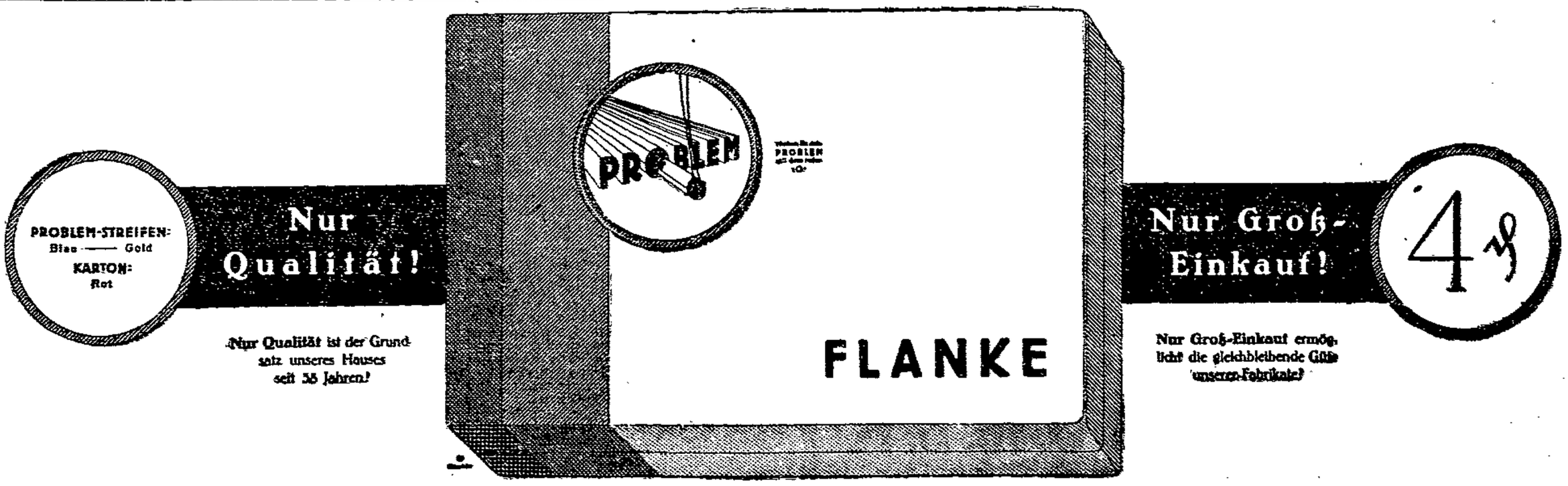
Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg

Mädel-Arbeitsgemeinschaft. Mittwoch 8 Uhr im Bildungssekretariat Zusammenkunft. Wir wollen den Bezirks-Mädeltag am 8. Mai besprechen.
Singekreis. Mittwoch Singen im Frankeheim.
Alte Neustadt. Dienstag Balladenabend. — Mittwoch Funktionärsitzung bei Raasch.

Theater, Konzerte, Vorträge

Beethoven-Kammermusikabend (Tonkünstlerverein) Montag den 28. März, Stadtmission (Streichquartett op. 132, Trio op. 97, Septett op. 20). Karten: Heinrichshofen, Volksstimme, Volksbühne.

„Was ihr wollt", Lustspiel von W. Shakespeare Sonntag den 27. März, nachm. 4½ Uhr, im Stadttheater. Inszenierung: Intendant Vogeler. Eintrittskarten (0,30 bis 2,50 Mk.) Heinrichshofen, Volksstimme und Volksbühne.



Vom Kaufmannsgericht

„Deutsche Worte"

Frau Siebert stand wieder einmal vor dem Kaufmannsgericht. Wie gewöhnlich fühlte sie sich schuldlos und die anspruchsvollen und rachsüchtigen Angestellten hatten ihr eine Klage aufgehängt.

Vor langer Zeit war es einmal ein Vater, der seine Tochter aus der Lehre nahm, da der Chef eine ganz gemeine Redensart gegenüber dem Lehrling anwandte. Hierüber sprach der Gerichtsvorsitzende seine Entrüstung aus und betonte, daß junge Menschen, die solche unsittlichen Worte mit anhören müssen, trotz guter Erziehung verdorben werden. Naiv erwiderte Frau Siebert: „Das wären doch nur echt deutsche Worte." „Wenn das Deutsch ist, dann danke ich für dieses Deutschtum," rief empört der Vorsitzende und gab Frau Siebert durch eine Verurteilung die richtige Antwort.

Diesmal hat Frau S. eine Angestellte entlassen. Das junge Mädchen nahm Ferien, die bereits schon im letzten Sommer fällig wären. Das paßte der Frau S. nicht. Sie ließ die Angestellte kommen, sprach mit ihr und gab auf die Frage, wann die Tätigkeit wieder aufgenommen werden sollte, keine Antwort. Das junge Mädchen behauptet, entlassen zu sein. Die Zeugen wollen es nicht gehört haben. So blieb nur eine schriftliche Entlassung für den nächsten Tag. Die Angestellte sagt ferner aus, im Geschäft als „Pack", ihr Wohnort mit „Pottlappenviertel" benannt zu sein. Mit dem Fernbleiben standen diese Aeußerungen aber nicht in Verbindung. Eine Klärung darüber, ob eine Arbeitsverweigerung oder eine fristlose Entlassung vorlag, konnte nicht erzielt werden. Auf Anraten des Gerichts gab der Z.-d.-A.-Vertreter sein Einverständnis zu einem Einigungsvorschlag. Die Angestellte erhielt 85 Mark Abfindung. —

Vereine und Versammlungen

Biochemischer Verein Magdeburg.

Frau Rektor E. Kohlhase (Magdeburg) sprach im gut gefüllten Saale der Luisenschule über das zeitgemäße Thema: „Die lebenswichtige Bedeutung der Biochemie für die Frau in und nach den Wechseljahren." Im Anschluß an zwei Schriften von Karl Scheffler kennzeichnete die gewandte Rednerin die kulturelle Stellung der Frau in der Gegenwart. Sie charakterisierte die in unangenehmer Weise auf den Organismus einwirkenden Zustände der sogenannten „Wechseljahre", wie Wallungen des Blutes, Blutandrang, fliegende Hitze, Kopfschmerz, Spannen in der Stirn, Flimmern vor den Augen, Schwindelanfälle, Angstgefühle, Herzklopfen, vorübergehende Verdunklung des Sehens. Durch die krankhaften Begleiterscheinungen von Blutarmut, Bleichsucht, schlechter Ernährung, Tuberkulose, Druck der Geschwülste wird die Wechselzeit für den weiblichen Organismus ein gefahrvoller Lebensabschnitt, in dem das Nervensystem unter besonderem Drucke steht. Großes Interesse der aufmerksamen Zuhörer löste die Frage aus: „Wie muß sich die im Wechsel stehende Frau biochemisch einstellen, um gesund und lebensfrisch zu bleiben?" Die Einstellung muß körperlich und seelisch erfolgen. Auf gesundes, mineralisiertes Blut als Energieträger muß der größte Wert gelegt werden. Die Ueberladung des Blutes mit Milch-, Fett-, Harn- und Kohlensäure, schädigt den Verbrennungsprozeß, die Auswertung der Nahrungsstoffe. Auf eine mineralsalzhaltige, vitaminreiche Ernährung, verbunden mit Hautpflege, ist zu achten. —

Mieter-Versammlung in Neue Neustadt.

Am Dienstag abend hielt die Ortsgruppe des Reichsbundes deutscher Mieter eine gut besuchte Mieterversammlung ab. Eingeleitet wurde sie durch einige gute Konzertstücke, die von der Versammlung mit Beifall aufgenommen wurde. Genosse Bernick sprach über die Mieterbewegung. Es ist bedauerlich, daß noch viele Mieter abseits stehen, obwohl es höchste Zeit ist, daß alle Mieter erwachen und erkennen, was ihnen an Lasten auferlegt wird. Mit den Gewerbetreibenden ist der Anfang gemacht. Wenn sich die andern Mieter nicht dagegen wehren, wird es ihnen ebenso ergehen. Der Anfang ist dadurch gemacht, daß am 1. April die Miete um 10 Prozent erhöht wird. Mit der Erfüllung des Art. 155 der Reichsverfassung, der bestimmt: „Jedem Deutschen eine Wohnung," sieht es noch sehr schlecht aus. Die Frauen ganz besonders müssen bei jeder Gelegenheit werben, denn sie spüren die Belastung am meisten. Daß die mieterfreundlichen Parteien in den Parlamenten nicht die Mehrheit haben, hat das deutsche Volk selbst verschuldet. Es wird hoffentlich in Zukunft lernen. —

Ufa

Walhalla-Lichtspiele

Unser ab heute beginnendes

2-Schlager-Programm

wird dem verwöhntesten Geschmack Rechnung tragen

Opfer der Liebe

Das Drama von Staravalow

Das Drama zweier Menschen, welches das Problem der Religionsverschiedenheit von Ehegatten behandelt und in seinen bemerkenswerten Höhepunkten zu stärksten dramatischen Wirkungen kommt.

In der Hauptrolle

Raquel Meller

Die berühmte spanische Tänzerin, welche bereits auch im Film größte Triumphe feiern konnte.

Ferner:

Der in der Hochfinanz spielende außerordentlich reizvolle und unterhaltende Gesellschaftsfilm

Monte Carlo

Der Film der großen Darsteller

Monte Carlo! Königin der Riviera. Berückende Sünderin! Unter Palmen und japanischen Kübeln wandeln die Söhne jener Bevorzugten, die den nordischen Winter an blauen Gestaden vergessen. In dem prunkvollen Marmorsaal des Kasinos rollt die Kugel das Schicksal. Elegante Frauen, Abenteurer, Glücksritter und russische Großfürsten drängen sich um die grünen Tische.

Das Spiel beginnt . . . . . .

Beginn 4.30 Uhr

UT Storchstraße

Ein Walzertraum

Ein entzückender Liebesroman mit Xenia Desni, Willi Fritsch, Mady Christians nach der bekannten Operette.

Dazu:

Die drei Probiermädels

Der große Berliner Sittenfilm. Verschwiegene Träume aus dem Leben von drei kleinen süßen Mädels.

UT Buckau UT

Albertini 750

und die

kleinen Mädchen

Die Sensation aller Sensationen!

Ein Abenteuer voll Mord, Totschlag und wilden Jagden und Verfolgungen

Außerdem:

Liebe und Trompetenblasen

Heitere Geschichten aus einer kleinen Garnison mit Lilian Harvey und Harry Liedtke

Zentral-Theater

DIREKTION: WALTER STEINERT

Täglich 8 Uhr:

Die große

Ausstattungs-Operette

Zirkusprinzessin

Gastspiel 10

Cordy Milowitsch und Erik Wirl

Ein einzig dastehender Sensations-Erfolg

ZENTRAL

Theater-Restaurant

Das große Schlager-Varieté-Programm

Eintritt einschl. Garderobe 10 Pfg.

Palast-Theater

Ab Dienstag

LEE PARRY

Die Frau, die nicht nein sagen kann

Ein reizvolles Spiel von Liebe und Glück in 7 Akten.

SONJA 152

Ein bezaubernd Spiel aus unserer Zeit, das im Rahmen einer packenden, modernen Handlung die Schicksale zweier Menschen schildert.

Die Dentigwoche.

Anfangszeiten 6 u. 8 Uhr.

Künstlerische Begleitmusik.

Friedrichs Festsäle.

Im Saalbau-Saal jeden Mittwoch, Donnerstag und Sonntag, 3½ Uhr nachm.

Kaffee-Konzerte

des Künstler-Trios Hempe.

— Eintritt frei —

Pain-Apparate

sofortige Schmerzbeseitigung innerhalb 24 Stunden

Warker

Apotheker, Magdeburg, Alter Markt

Schlafzimmer

wundervolle Muster, in echt Eiche und lackiert, komplett 890

1060 875 739 520 398 295 Mk

Jürgens & Co.

altes Zeughaus, Eingang Domplatz. Weitestgehende Zahlungserleichterungen.

Gasthaus Anhaltiner Hof

Brauneh.rschstraße 3 — Tel. 1891 —

Diverse Vereinszimmer bis 160 Personen

Walter Grunow.

Reparaturen, Ersatzteile. Eldowo, Katharinenstr. Nr. 11

Holzarbeiter Magdeburgs (Bezirkswerkstätten)

auf zum Kampf für Lohn und Vertrag

Am Donnerstag den 24. d. M., abends 5 Uhr, sofort nach Arbeitsschluß, nach den „Apollo-Festsälen", Wallstraße.

Verbandsbuch gilt als Ausweis.

Niemand fehle! Die Verwaltung.

Stadttheater.

Mittwoch den 23. März

Anf. 7½ Uhr Außer Anrecht. Ende nach 10 Uhr

Beethoven-Gedenktag

Fidelio

Leonore: Frieda Leider (Berlin)
Don Pizarro: Theodor Scheidl (Berlin)
Florestan: Ernst Neubert.

Donnerstag den 24. März

Anf. 7½ Uhr 6. Abend. Ende geg. 10½ Uhr

Neuinszenierung

Was ihr wollt

Lustspiel v. W. Shakespeare.

Wilhelm-Theater.

Mittwoch, 23. März, 8 Uhr

Vorst. f. d. Volksbühne: Wie es euch gefällt

Der Bücherkreis

Heft 3 für März 1927 ist erschienen!

Buchhandlung Volksstimme

Magdeburg, Große Münzstraße 3

Bringe meine Besohlanstalt

empfehlend in Erinnerung 1-1

Prima Kernleder, beste Handarbeit.

W. Thieme Schuhmachermeister, Halberstädter Str 101

Reichskrone Jakobstraße 42 Fernspr. 2193

732 Heute Mittwoch

Gr. Preisskat.

1. Preis Ein lebender Hammel.

Arbeitsmarkt

Tüchtige Fliesenleger

für Wand- und Fußbodenplatten, finden dauernde Arbeit.

Wilhelm Paul & Miller

Ofen- und Tonwaren-Fabrik.

Jüngerer zuverlässiger

Ofensetzer

wird für dauernde Arbeit sofort gesucht.

Otto Grose

Töpfermeister

Schönebeck, Elbstraße 23.

Zimmer tapezieren,

Deckenanstrich usw.

mache gleich mit

H. Thieme, Tapezierer

Kurfürstenstr. 27

Gegen **Blutarmut**

Appetitlosigkeit

Schwäche

Unregelmäßigkeit

d. natürlich Funktionen kämpft man erfolgreich mit

„Sangoton"

Viktoria-Apotheke

Otto-von-Guericke-Str. 94b

Günstige Gelegenheit für Kasse-Käufer!

2 eleg. u einf. Schlafzim. 250—800 M, eleg. u. einf. Herren- und Speisezim. 150—600 M Wohnzimmer Küchen usw. spottbillig. Dieses große Möbellag. wird nächsten Monat aufgegeben. Verkauf im Möbelspeicher Jakobst. 49.

Diese Woche gut und billig

Die 2-Pfd.-Dose

Karotten, gew.	36
Schnittbohnen	55
Gemischt. Gemüse	72
Pflaumen	68
Thür. dick. Pflaumenmus, hochf. Pfd.	45

Willy Walter

Staatsbürgerplatz 9
Böttcherplatz
Alter Markt 24
Prälatenstraße 17
Fürstenstraße 18.

Chaiselongues

Sofas, Auflege-Matratze, nicht billig und Schund, sondern äußerst preiswert zu verk. R. Bende, Tapezierermeister, Apiestr. 3. 01

Sehr günstiges Angebot

Ein fast neuer ½ Jahr alter

Popper-Konzertist

mit Jazz-Ansatz

30 Noten, 2 Einwurfkästen

Volle Garantie

Zahlungserleichtg.

Paul Schumann & Sohn Magdeburg

Breite Weg 187, p. l. E.

Gut erh. H.-Fahrrad billig zu verk. b. Bläß, Knochenhauerufer 85

25 Pianos

Hupfeld — Gebr. Zimmermann. Das Qualitäts-Piano.

Aeußerste Preise. 50 Mk. monatlich.

Streng reelle Bedienung.

Paul Schumann & Sohn gegr. 1889.

Grimpfüsse heilt Kirlan-Salbe der Hof-Apotheke

Breiteweg 158, Am Viktoriabrunnen

Gruden in allen Größen,

Giesau

Spiegelbrücke 10. Fernruf 6194.

Fensterleder

billigst

Südfront-Drogerie, Kruppstraße 24.

Prima neue weiße Gänsefedern, das Pfd. 3.50 u. 4.— M, sowie Halbdaunen das Pfd. 3.— u. 3.50 M zu verkauf. Lorenz, Goethestr. 37.

Grundstücks- und Wohnungsmarkt

Jung. Beamtp. sucht 1—2 leere Zimmer in der N. Neustadt. Offert. u. B 841 a. die Exp. der Volksst., Gr. Münzstr.

Preuß. Börnecke Laden

für besseres Geschäft zu mieten gesucht. Off. u. Nr 4241 an Gustav Stein, Anzeigen-Annahme, Leopoldshall, Staßfurt.

DAS NEUE GROSSE

EBERT-PORTRÄT

NACH DEM GEMÄLDE VON CONRADT

BILDGRÖSSE: 46×62 cm

PREIS: 9.50 M.

DAS BILD IST IN 7-FARBEN-OFFSET-DRUCK HERGESTELLT

EIN WERK HÖCHSTER TECHNISCHER VOLLENDUNG IST DAS

EBERT-PORTRÄT

DAS SCHÖNSTE GESCHENK FÜR JEDEN REPUBLIKANER! BESONDERS GEEIGNET FÜR SÄLE, VERSAMMLUNGSRÄUME USW.

VERLAG J. H. W. DIETZ NACHF. BERLIN SW 68, LINDENSTRASSE 3

ZU BEZIEHEN DURCH:

Buchhandlg. Volksstimme Gr. Münzstraße 3.

Bekanntmachung.

Auslegung eines Planes.

Der Herr Oberpräsident der Provinz Sachsen — Elbstrombauverwaltung — hat bei mir den Antrag gestellt, die Pläne für den Bau des Mittellandkanals in der Gemarkung Burg b. M. und zwar hinsichtlich des Baues der Anschlußbahn Burg—Hohenwarthe auf Grund des Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 26. Juli 1922 festzustellen.

Die Entwurfstücke liegen in der Zeit vom 21. bis 29. März 1927 in dem Polizeisekretariat in Burg, Pieschelsche Anstalt, Zimmer Nr. 6, zu jedermanns Einsicht aus. Jeder Beteiligte kann im Umfange seines Interesses Einwendungen gegen den Plan erheben. Auch der Verband des Gemeindebezirks hat das Recht, Einwendungen zu erheben, die sich auf die Führung des Unternehmens oder auf Anlagen an Wegen, Ueberfahrten, Triften, Einfriedigungen, Bewässerungs- und Vorflutanlagen beziehen. Solche Einwendungen sind bei der Polizeiverwaltung in Burg schriftlich einzureichen oder mündlich zu Protokoll zu erklären.

Magdeburg, den 7. März 1927

Der Regierungspräsident.

Nr. I, 3 v Ub. 771-27

In Vertretung: gez. Frensing

Beglaubigt: gez. Herzberg, Regierungssekretär.

Veröffentlicht

Burg, den 21. März 1927.

Die Polizeiverwaltung.

Soeben erschien der neue

Kommentar zum Betriebsrätegesetz

in 12, völlig veränderter Auflage von

Dr. Georg Flatow.

Mit der gesamten Rechtsprechung, Literatur und Gesetzgebung einschließlich des Arbeitsgerichtsgesetzes nach dem neuesten Stande ergänzt.

unentbehrlich für alle Gewerkschaftler

Mit Leinenrücken auf 545 Seiten beträgt der Preis . Mk 18.—

Buchhandlung Volksstimme Magdeburg.

Gardelegen 56 **Gardelegen**

Wegen Umbaues meines Hauses

Großer Räumungs-Ausverkauf

in

Uhren, Brillen, Gold- und Silberwaren

zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Günstige Gelegenheit in Konfirmandengeschenken

Willy Haubenreiser, Uhrmacher, Stendaler Str. 160

Mittelpunkt

Die konkurrenzlose 12-Pfennig-Zigarre

Lindau & Winterfeld G. m. b. H.

Zigarrenfabrik Magdeburg